

Bundesnotarordnung (BNotO)¹

vom 13. Februar 1961 (RGBl. I S. 191)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 1961 (BGBl. I S. 97)

Erster Teil Das Amt des Notars²

1. Abschnitt Bestellung zum Notar³

§ 1

Als unabhängige Träger eines öffentlichen Amtes werden für die Beurkundung von Rechtsvorgängen und andere Aufgaben auf dem Gebiet der vorsorgenden Rechtspflege in den Ländern Notare bestellt.⁴

§ 2

Die Notare unterstehen, soweit nichts anderes bestimmt ist, ausschließlich den Vorschriften dieses Gesetzes. Sie führen ein Amtssiegel und tragen die Amtsbezeichnung Notarin oder Notar. Ihr Beruf ist kein Gewerbe.⁵

§ 3

(1) Die Notare werden zur hauptberuflichen Amtsausübung auf Lebenszeit bestellt.

(2) In den Gerichtsbezirken, in denen am 1. April 1961 das Amt des Notars nur im Nebenberuf ausgeübt worden ist, werden weiterhin ausschließlich Rechtsanwälte für die Dauer ihrer Mitgliedschaft bei der für den Gerichtsbezirk zuständigen Rechtsanwaltskammer als Notare zu gleichzeitiger Amtsausübung neben dem Beruf des Rechtsanwalts bestellt (Anwaltsnotare).⁶

1 ERLÄUTERUNG

Die Änderungen durch das Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete des Notarrechts vom 16. Februar 1961 (BGBl. I S. 77) sind berücksichtigt, jedoch nicht dokumentiert.

2 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 2 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in der Überschrift des Teils „Erster Teil“ durch „Teil 1“ ersetzt.

3 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 2 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in der Überschrift des Abschnitts „1. Abschnitt“ durch „Abschnitt 1“ ersetzt.

4 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Wesen und Aufgaben des Notars“.

5 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 01 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Satz 2 „und tragen die Amtsbezeichnung Notarin oder Notar“ am Ende eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Beruf des Notars“.

6 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Abs. 3 aufgehoben. Abs. 3 lautete:

„(3) Ein Notar kann, wenn dies im Interesse einer geordneten Rechtspflege erforderlich ist, bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk er seinen Amtssitz hat, als Rechtsanwalt zugelassen werden; § 23 der Bundesrechtsanwaltsordnung ist nicht anwendbar. Die Zulassung kann bei einer wesentlichen Änderung der Verhältnisse zurückgenommen werden.“

§ 4

Es werden so viele Notare bestellt, wie es den Erfordernissen einer geordneten Rechtspflege entspricht. Dabei sind insbesondere das Bedürfnis nach einer angemessenen Versorgung der Rechtsuchenden mit notariellen Leistungen und die Wahrung einer geordneten Altersstruktur des Notarberufs zu berücksichtigen.⁷

§ 5

Zum Notar darf nur bestellt werden, wer die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richterergesetz erlangt hat. Das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz ist nicht anzuwenden.⁸

§ 6

(1) Nur solche Bewerber sind zu Notaren zu bestellen, die nach ihrer Persönlichkeit und ihren Leistungen für das Amt des Notars geeignet sind. Bewerber können nicht erstmals zu Notaren bestellt werden, wenn sie bei Ablauf der Bewerbungsfrist das sechzigste Lebensjahr vollendet haben.

(2) Im Fall des § 3 Abs. 2 soll als Notar nur bestellt werden, wer nachweist, dass er bei Ablauf der Bewerbungsfrist

1. mindestens fünf Jahre in nicht unerheblichem Umfang für verschiedene Auftraggeber als Rechtsanwalt tätig war,
2. die Tätigkeit nach Nummer 1 seit mindestens drei Jahren ohne Unterbrechung in dem in Aussicht genommenen Amtsbereich ausübt,
3. die notarielle Fachprüfung nach § 7a bestanden hat und

01.06.2007.—Artikel 3 Nr. 1 des Gesetzes vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 358) hat in Abs. 2 „Zulassung bei einem bestimmten Gericht“ durch „Mitgliedschaft bei der für den Gerichtsbezirk zuständigen Rechtsanwaltskammer“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Hauptberufliche Notare; Anwaltsnotare“.

7 ÄNDERUNGEN

01.08.1991.—Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Es werden nur so viele Notare bestellt, wie es den Erfordernissen einer geordneten Rechtspflege entspricht.

(2) In den Fällen des § 3 Abs. 2 können hierüber die Landesjustizverwaltungen die näheren Bestimmungen treffen. Sie können insbesondere die Bestellung vom Vorhandensein eines Bedürfnisses an dem in Aussicht genommenen Amtssitz oder vom Ablauf einer Wartezeit oder von beiden Voraussetzungen abhängig machen. Die Bestimmungen können allgemein oder für bestimmte Gerichtsbezirke getroffen werden.“

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 1 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Satz 2 „ist“ durch „sind“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Bedürfnis für die Bestellung eines Notars“.

8 ÄNDERUNGEN

01.07.1962.—§ 102 des Gesetzes vom 8. September 1961 (BGBl. I S. 1665) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Zu Notaren dürfen nur deutsche Staatsangehörige bestellt werden, welche die Fähigkeit zum Richteramt nach den Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes erlangt haben.“

13.12.2011.—Artikel 15 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515) hat „ein deutscher Staatsangehöriger bestellt werden, der“ durch „bestellt werden, wer“ ersetzt.

01.04.2012.—Artikel 15 Nr. 1 lit. b des Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515) hat Satz 2 eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Befähigung zum Richteramt“.

4. ab dem auf das Bestehen der notariellen Fachprüfung folgenden Kalenderjahr im Umfang von mindestens 15 Zeitstunden jährlich an von den Notarkammern oder Berufsorganisationen durchgeführten notarspezifischen Fortbildungsveranstaltungen teilgenommen hat.

Vor der Bestellung zum Notar hat der Bewerber darüber hinaus nachzuweisen, dass er mit der notariellen Berufspraxis hinreichend vertraut ist; dieser Nachweis soll in der Regel dadurch erbracht werden, dass der Bewerber nach Bestehen der notariellen Fachprüfung 160 Stunden Praxisausbildung bei einem Notar, den die für den in Aussicht genommenen Amtsbereich zuständige Notarkammer bestimmt, durchläuft. Die Praxisausbildung kann auf bis zu 80 Stunden verkürzt werden, wenn der Bewerber vergleichbare Erfahrungen als Notarvertreter oder Notariatsverwalter oder durch die erfolgreiche Teilnahme an von den Notarkammern oder den Berufsorganisationen durchgeführten Praxislehrgängen nachweist. Die Einzelheiten zu den Sätzen 2 und 3 regelt die Notarkammer in einer Ausbildungsordnung, die der Genehmigung der Landesjustizverwaltung bedarf. Auf die Tätigkeit nach Satz 1 Nr. 1 werden auf Antrag Zeiten nach Absatz 4 und Zeiten eines vorübergehenden Verzichts auf die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft wegen Schwangerschaft oder Betreuung eines Kindes oder eines pflegebedürftigen Angehörigen bis zur Dauer von zwölf Monaten angerechnet. Unterbrechungen der Tätigkeiten nach Satz 1 Nr. 1 und 2 auf Grund von Ereignissen des täglichen Lebens bleiben außer Betracht. Nicht als Unterbrechung der Tätigkeit nach Satz 1 Nr. 2 gelten die in Satz 5 genannten Zeiten für die Dauer von bis zu zwölf Monaten.

(3) Die Reihenfolge bei der Auswahl unter mehreren geeigneten Bewerbern richtet sich nach der persönlichen und der fachlichen Eignung unter Berücksichtigung der die juristische Ausbildung abschließenden Staatsprüfung und der bei der Vorbereitung auf den Notarberuf gezeigten Leistungen. Im Fall des § 3 Abs. 1 ist die Dauer des Anwärterdienstes angemessen zu berücksichtigen. Im Fall des § 3 Abs. 2 wird die fachliche Eignung nach Punkten bewertet; die Punktzahl bestimmt sich zu 60 Prozent nach dem Ergebnis der notariellen Fachprüfung und zu 40 Prozent nach dem Ergebnis der die juristische Ausbildung abschließenden Staatsprüfung, soweit nicht bei einem Bewerber, der Notar ist oder war, im Einzelfall nach Anhörung der Notarkammer ausnahmsweise besondere, die fachliche Eignung vorrangig kennzeichnende Umstände zu berücksichtigen sind. Bei gleicher Punktzahl ist im Regelfall auf das Ergebnis der notariellen Fachprüfung abzustellen.

(4) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung Bestimmungen über die Anrechnung von Wehr- und Ersatzdienstzeiten, Zeiten eines Beschäftigungsverbotes nach Mutterschutzvorschriften und Zeiten der Beurlaubung wegen Inanspruchnahme von Elternzeit auf die Dauer des Anwärterdienstes nach Absatz 3 Satz 2 sowie bei einer erneuten Bestellung über die Zeiten einer vorübergehenden Amtsniederlegung nach § 48b auf die bisherige Amtstätigkeit zu treffen. Sie können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.⁹

9 ÄNDERUNGEN

01.08.1991.—Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat die Vorschrift neu gefasst, wobei Abs. 3 Satz 4 bereits am 3. Februar 1991 in Kraft getreten ist. Die Vorschrift lautete:

„Nur solche Bewerber sind zu Notaren zu bestellen, die nach ihrer Persönlichkeit und ihren Leistungen für das Amt eines Notars geeignet sind.“

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 1 Satz 2 „Eingang ihrer Bewerbung“ durch „Ablauf der Bewerbungsfrist“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 2 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) In den Fällen des § 3 Abs. 2 soll in der Regel als Notar nur bestellt werden, wer bei Eingang seiner Bewerbung

1. mindestens fünf Jahre zur Rechtsanwaltschaft zugelassen war und

2. seit mindestens drei Jahren ohne Unterbrechung an dem in Aussicht genommenen Amtssitz hauptberuflich als Rechtsanwalt tätig ist.“

Artikel 1 Nr. 2 lit. c desselben Gesetzes hat in Abs. 3 Satz 4 „sowie einer vorübergehenden Amtsniederlegung“ nach „Rechtsanwaltschaft“ gestrichen und „sowie bei einer erneuten Bestellung über die Zeiten

§ 6a

Die Bestellung muß versagt werden, wenn der Bewerber weder nachweist, daß eine Berufshaftpflichtversicherung (§ 19a) besteht, noch eine vorläufige Deckungszusage vorlegt.¹⁰

§ 6b

(1) Die Bewerber sind durch Ausschreibung zu ermitteln; dies gilt nicht bei einer erneuten Bestellung nach einer vorübergehenden Amtsniederlegung gemäß § 48c.

(2) Die Bewerbung ist innerhalb der in der Ausschreibung gesetzten oder von der Landesjustizverwaltung allgemein bekanntgegebenen Frist einzureichen.

(3) War ein Bewerber ohne sein Verschulden verhindert, die Frist einzuhalten, so ist ihm auf Antrag Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren. Der Antrag ist innerhalb von zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses zu stellen. Die Tatsachen zur Begründung des Antrags sind glaubhaft zu machen. Die Bewerbung ist innerhalb der Antragsfrist nachzuholen.

(4) Bei der Auswahl unter mehreren Bewerbern nach § 6 Abs. 3 sind nur solche Umstände zu berücksichtigen, die bei Ablauf der Bewerbungsfrist vorlagen. Die Landesjustizverwaltung kann für den Fall des § 7 Abs. 1 einen hiervon abweichenden Zeitpunkt bestimmen.¹¹

einer vorübergehenden Amtsniederlegung nach § 48b auf die bisherige Amtstätigkeit“ nach „Satz 3“ eingefügt.

02.01.2001.—Artikel 22 des Gesetzes vom 30. November 2000 (BGBl. I S. 1638) hat in Abs. 3 Satz 4 „Erziehungsurlaub“ durch „Elternzeit“ ersetzt.

01.05.2011.—Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 2. April 2009 (BGBl. I S. 696) hat Abs. 2 und 3 durch Abs. 2 bis 4 ersetzt. Abs. 2 und 3 lauteten:

„(2) In den Fällen des § 3 Abs. 2 soll in der Regel als Notar nur bestellt werden, wer bei Ablauf der Bewerbungsfrist

1. mindestens fünf Jahre zur Rechtsanwaltschaft zugelassen war und
2. seit mindestens drei Jahren ohne Unterbrechung in dem in Aussicht genommenen Amtsbereich hauptberuflich als Rechtsanwalt tätig ist.

(3) Die Reihenfolge bei der Auswahl unter mehreren geeigneten Bewerbern richtet sich nach der persönlichen und fachlichen Eignung unter Berücksichtigung der die juristische Ausbildung abschließenden Staatsprüfung und der bei der Vorbereitung auf den Notarberuf gezeigten Leistungen. In den Fällen des § 3 Abs. 2 können insbesondere in den Notarberuf einführende Tätigkeiten und die erfolgreiche Teilnahme an freiwilligen Vorbereitungskursen, die von den beruflichen Organisationen veranstaltet werden, in die Bewertung einbezogen werden. Die Dauer des Anwärterdienstes ist in den Fällen des § 3 Abs. 1, die Dauer der Zeit, in der der Bewerber hauptberuflich als Rechtsanwalt tätig war, ist in den Fällen des § 3 Abs. 2 angemessen zu berücksichtigen. Die Landesregierungen oder die von ihnen bestimmten Stellen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung Bestimmungen über die Anrechnung von Wehr- und Ersatzdienstzeiten, Zeiten eines Beschäftigungsverbotes nach Mutterschutzvorschriften, Zeiten der Beurlaubung wegen Inanspruchnahme von Elternzeit und Zeiten eines vorübergehenden Verzichts auf die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft wegen Schwangerschaft oder Betreuung eines Kindes auf die Zeiten nach Satz 3 sowie bei einer erneuten Bestellung über die Zeiten einer vorübergehenden Amtsniederlegung nach § 48b auf die bisherige Amtstätigkeit zu treffen.“

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 2 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 3 Satz 3 „60 vom Hundert“ durch „60 Prozent“ und „40 vom Hundert“ durch „40 Prozent“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Eignung für das Amt des Notars“.

10 QUELLE

01.01.1983.—Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 7. August 1981 (BGBl. I S. 803) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Versagung der Bestellung“.

11 QUELLE

§ 7

(1) Zur hauptberuflichen Amtsausübung als Notar (§ 3 Abs. 1) soll in der Regel nur bestellt werden, wer einen dreijährigen Anwärterdienst als Notarassessor geleistet hat und sich im Anwärterdienst des Landes befindet, in dem er sich um die Bestellung bewirbt.

(2) Die Auswahl unter mehreren geeigneten Bewerbern um die Aufnahme in den Anwärterdienst ist nach der persönlichen und fachlichen Eignung unter besonderer Berücksichtigung der Leistungen in der die juristische Ausbildung abschließenden Staatsprüfung vorzunehmen. Bewerber sind durch Ausschreibung zu ermitteln; § 6b Abs. 2 bis 4 gilt entsprechend. Sie können auch dadurch ermittelt werden, daß ihnen die Landesjustizverwaltung die Eintragung in eine ständig geführte Liste der Bewerber für eine bestimmte Dauer ermöglicht. Die Führung einer solchen Liste ist allgemein bekanntzugeben.

(3) Der Notarassessor wird von der Landesjustizverwaltung nach Anhörung der Notarkammer ernannt. Der Präsident der Notarkammer überweist den Notarassessor einem Notar. Er verpflichtet den Notarassessor durch Handschlag auf gewissenhafte Pflichterfüllung.

(4) Der Notarassessor steht während des Anwärterdienstes in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Staat. Er hat mit Ausnahme des § 19a dieselben allgemeinen Amtspflichten und sonstige Pflichten wie der Notar. Er erhält vom Zeitpunkt der Zuweisung ab für die Dauer des Anwärterdienstes von der Notarkammer Bezüge, die denen eines Richters auf Probe anzugleichen sind. Die Notarkammer erläßt hierzu Richtlinien und bestimmt allgemein oder im Einzelfall, ob und in welcher Höhe der Notar, dem der Notarassessor überwiesen ist, ihr zur Erstattung der Bezüge verpflichtet ist.

(5) Der Notarassessor ist von dem Notar in einer dem Zweck des Anwärterdienstes entsprechenden Weise zu beschäftigen. Die näheren Bestimmungen über die Ausbildung des Notarassessors trifft die Landesregierung oder die von ihr durch Rechtsverordnung bestimmte Stelle durch Rechtsverordnung.

(6) Der Anwärterdienst endet

1. mit der Bestellung zum Notar,
2. mit der Entlassung aus dem Dienst.

(7) Der Notarassessor ist aus dem Dienst zu entlassen, wenn er seine Entlassung beantragt. Er kann entlassen werden, wenn er

1. sich zur Bestellung zum Notar als ungeeignet erweist,
2. ohne hinreichenden Grund binnen einer von der Landesjustizverwaltung zu bestimmenden Frist, die zwei Monate nicht übersteigen soll, den Anwärterdienst nicht antritt,
3. nach Ableistung des dreijährigen Anwärterdienstes sich ohne hinreichenden Grund um eine ihm von der Landesjustizverwaltung angebotene Notarstelle nicht bewirbt, die zuvor ausgeschrieben worden ist und die mangels geeigneter Bewerber nicht besetzt werden konnte.¹²

01.08.1991.—Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 3 lit. a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat „ ; dies gilt nicht bei einer erneuten Bestellung nach einer vorübergehenden Amtsniederlegung gemäß § 48c“ am Ende eingefügt.

Artikel 1 Nr. 3 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 bis 4 eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Bewerbung“.

12 ÄNDERUNGEN

01.01.1983.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 7. August 1981 (BGBl. I S. 803) hat Satz 2 in Abs. 3 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Er hat dieselben allgemeinen Amtspflichten wie der Notar.“

01.08.1991.—Artikel 1 Nr. 4 lit. a und b des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat Abs. 2 bis 6 in Abs. 3 bis 7 unnummeriert und Abs. 1 durch Abs. 1 und 2 ersetzt. Abs. 1 lautete:

§ 7a

(1) Zur notariellen Fachprüfung wird auf Antrag zugelassen, wer seit drei Jahren zur Rechtsanwaltschaft zugelassen ist und die Voraussetzungen für die Bestellung zum Notar gemäß § 5 erfüllt.

(2) Die notarielle Fachprüfung dient dem Nachweis, dass und in welchem Grad ein Rechtsanwalt für die Ausübung des Notaramtes als Anwaltsnotar fachlich geeignet ist. Sie gliedert sich in einen schriftlichen und einen mündlichen Teil.

(3) Die notarielle Fachprüfung dient der Bestenauslese. Die Einheitlichkeit der Prüfungsanforderungen und der Leistungsbewertung ist zu gewährleisten. Die Prüfung kann an verschiedenen Orten durchgeführt werden.

(4) Der Prüfungsstoff der schriftlichen und der mündlichen Prüfung umfasst den gesamten Bereich der notariellen Amtstätigkeit. Die Prüfungsgebiete regelt das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

(5) Für die von den einzelnen Prüfern vorzunehmenden Bewertungen und die Bildung der Prüfungsgesamtnote gelten die §§ 1 und 2 der Verordnung über eine Noten- und Punkteskala für die erste und zweite juristische Staatsprüfung vom 3. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1243) entsprechend.

(6) Die schriftliche Prüfung ist mit einem Anteil von 75 Prozent, die mündliche Prüfung ist mit einem Anteil von 25 Prozent bei dem Ergebnis der notariellen Fachprüfung zu berücksichtigen. Die notarielle Fachprüfung ist bestanden, wenn der Prüfling mindestens die Gesamtpunktzahl 4,00 erreicht hat.

(7) Ist die Prüfung nicht bestanden oder für nicht bestanden erklärt worden, kann sie einmal wiederholt werden. Eine bestandene Prüfung kann frühestens nach drei Jahren ab Bekanntgabe des Bescheides über das Ergebnis der notariellen Fachprüfung mit dem Ziel der Notenverbesserung einmal wiederholt werden.¹³

„(1) Zur hauptberuflichen Amtsausübung als Notar (§ 3 Abs. 1) soll in der Regel nur bestellt werden, wer einen dreijährigen Anwärterdienst als Notarassessor geleistet hat.“

Artikel 1 Nr. 4 lit. c desselben Gesetzes hat im neuen Abs. 4 Satz 3 „Gerichtsassessors“ durch „Richters auf Probe“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 4 lit. d desselben Gesetzes hat Nr. 3 im neuen Abs. 7 neu gefasst. Nr. 3 lautete:

„3. nachdem er die Genehmigung, sich um freie Notarstellen zu bewerben, erhalten hat, ohne hinreichenden Grund sich nicht um die ihm angebotenen Notarstellen bewirbt.“

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 4 lit. a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 2 Satz 2 „; § 6b Abs. 2 bis 4 gilt entsprechend“ am Ende eingefügt.

Artikel 1 Nr. 4 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 4 Satz 2 „und sonstige Pflichten“ nach „Amtspflichten“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 4 lit. c desselben Gesetzes hat in Abs. 7 Nr. 3 „nachdem er die Genehmigung, sich um freie Notarstellen zu bewerben, erhalten hat,“ durch „nach Ableistung des dreijährigen Anwärterdienstes“ ersetzt.

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 3 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 5 Satz 2 „durch Rechtsverordnung“ nach „ihr“ eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Anwärterdienst“.

13 QUELLE

09.04.2009.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 2. April 2009 (BGBl. I S. 696) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

08.09.2015.—Artikel 136 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) hat in Abs. 4 Satz 2 „und für Verbraucherschutz“ nach „Justiz“ eingefügt.

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 4 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 6 Satz 1 „75 vom Hundert“ durch „75 Prozent“ und „25 vom Hundert“ durch „25 Prozent“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Notarielle Fachprüfung“.

§ 7b

(1) Die schriftliche Prüfung umfasst vier fünfstündige Aufsichtsarbeiten. Sie dient der Feststellung, ob der Prüfling die für die notarielle Tätigkeit notwendigen Fachkenntnisse erworben hat und ob er fähig ist, in begrenzter Zeit mit vorgegebenen Hilfsmitteln eine rechtlich einwandfreie und zweckmäßige Lösung für Aufgabenstellungen der notariellen Praxis zu erarbeiten.

(2) Jede Aufsichtsarbeit wird von zwei Prüfern nacheinander bewertet. Die Namen der Prüflinge dürfen den Prüfern vor Abschluss der Begutachtung der Aufsichtsarbeiten nicht bekannt werden. An der Korrektur der Bearbeitungen jeder einzelnen Aufgabe soll mindestens ein Anwaltsnotar mitwirken. Weichen die Bewertungen einer Aufsichtsarbeit um nicht mehr als drei Punkte voneinander ab, so gilt der Mittelwert. Können sich die Prüfer bei größeren Abweichungen nicht einigen oder bis auf drei Punkte annähern, so entscheidet ein weiterer Prüfer; er kann sich für die Bewertung eines Prüfers entscheiden oder eine zwischen den Bewertungen liegende Punktzahl festsetzen.

(3) Die Bewertungen der Aufsichtsarbeiten werden dem Prüfling mit der Ladung zur mündlichen Prüfung bekannt gegeben. Wird mehr als eine Aufsichtsarbeit mit weniger als 4,00 Punkten bewertet oder liegt der Gesamtdurchschnitt aller Aufsichtsarbeiten unter 3,50 Punkten, so ist der Prüfling von der mündlichen Prüfung ausgeschlossen und hat die notarielle Fachprüfung nicht bestanden.¹⁴

§ 7c

(1) Die mündliche Prüfung umfasst einen Vortrag zu einer notariellen Aufgabenstellung und ein Gruppenprüfungsgespräch, das unterschiedliche Prüfungsgebiete zum Gegenstand haben soll. Das Prüfungsgespräch soll je Prüfling etwa eine Stunde dauern. In der Regel sollen nicht mehr als fünf Prüflinge gleichzeitig geprüft werden. In der mündlichen Prüfung soll der Prüfling neben seinen Kenntnissen insbesondere auch unter Beweis stellen, dass er die einem Notar obliegenden Prüfungs- und Belehrungspflichten sach- und situationsgerecht auszuüben versteht.

(2) Die mündliche Prüfung wird durch einen Prüfungsausschuss abgenommen, der aus drei Prüfern besteht. Sie müssen während der gesamten Prüfung anwesend sein. Den Vorsitz führt ein auf Vorschlag der Landesjustizverwaltungen, in deren Bereich Anwaltsnotare bestellt werden, bestellter Prüfer. Ein Prüfer soll Anwaltsnotar sein.

(3) Bei der mündlichen Prüfung können Vertreter der Notarkammern, der Bundesnotarkammer, des Prüfungsamtes, des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz und der Landesjustizverwaltungen anwesend sein. Das Prüfungsamt kann Personen, die zur notariellen Fachprüfung zugelassen worden sind, als Zuhörer zulassen. An den Beratungen nehmen nur die Mitglieder des Prüfungsausschusses teil.

(4) Im Anschluss an die mündliche Prüfung bewerten die Prüfer den Vortrag und das Prüfungsgespräch gemäß § 7a Abs. 5. Weichen die Bewertungen voneinander ab, so gilt der Mittelwert. Sodann gibt der Prüfungsausschuss dem Prüfling die Bewertungen bekannt. Eine nähere Erläuterung der Bewertungen kann nur sofort verlangt werden und erfolgt nur mündlich.¹⁵

14 QUELLE

09.04.2009.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 2. April 2009 (BGBl. I S. 696) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Schriftliche Prüfung“.

15 QUELLE

09.04.2009.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 2. April 2009 (BGBl. I S. 696) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 1 lit. a litt. aa des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat in Abs. 3 Satz 1 „und der Bundesnotarkammer“ durch „, der Bundesnotarkammer, des Prüfungsamtes“ ersetzt. Artikel 3 Nr. 1 lit. a litt. bb desselben Gesetzes hat Abs. 3 Satz 2 eingefügt.

§ 7d

(1) Der Bescheid über das Ergebnis der notariellen Fachprüfung ist dem Prüfling zuzustellen. Über die bestandene notarielle Fachprüfung wird ein Zeugnis erteilt, aus dem die Prüfungsgesamtnote mit Notenbezeichnung und Punktwert ersichtlich ist. Bei Wiederholung der notariellen Fachprüfung wird ein Zeugnis nur im Fall der Notenverbesserung erteilt.

(2) Über einen Widerspruch entscheidet der Leiter des Prüfungsamtes.¹⁶

§ 7e

(1) Die Prüfung gilt als nicht bestanden, wenn der Prüfling ohne genügende Entschuldigung nach der Zulassung zur Prüfung zurücktritt, eine Aufsichtsarbeit nicht oder nicht rechtzeitig abgibt oder zum Termin für die mündliche Prüfung nicht oder nicht rechtzeitig erscheint.

(2) Wer nachweist, dass er aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grund verhindert war, eine oder mehrere Aufsichtsarbeiten anzufertigen oder rechtzeitig abzugeben, kann die fehlenden Aufsichtsarbeiten erneut anfertigen; die bereits erbrachten Prüfungsleistungen bleiben unberührt. Wer nachweist, dass er aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grund die mündliche Prüfung ganz oder teilweise versäumt hat, kann diese nachholen.¹⁷

§ 7f

(1) Versucht ein Prüfling, das Ergebnis der notariellen Fachprüfung durch Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel, unzulässige Hilfe Dritter oder sonstige Täuschung zu beeinflussen, so ist die

Artikel 3 Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 4 Satz 1 „jeden Abschnitt des Prüfungsgesprächs“ durch „das Prüfungsgespräch“ ersetzt.

08.09.2015.—Artikel 136 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) hat in Abs. 3 Satz 1 „und für Verbraucherschutz“ nach „Justiz“ eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Mündliche Prüfung“.

16 QUELLE

09.04.2009.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 2. April 2009 (BGBl. I S. 696) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat Satz 1 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Über das Ergebnis der notariellen Fachprüfung erhält der Prüfling einen mit Rechtsbehelfsbelehrung versehenen schriftlichen Bescheid.“

Artikel 3 Nr. 2 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Gegen Bescheide, denen eine Bewertung von Prüfungsleistungen zu Grunde liegt, ist der Widerspruch gegeben. In anderen Fällen findet ein Vorverfahren nicht statt. Über den Widerspruch, der binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides einzulegen ist, entscheidet der Leiter des Prüfungsamtes.“

Artikel 3 Nr. 2 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 3 aufgehoben. Abs. 3 lautete:

„(3) Prüfungsentscheidungen und sonstige Maßnahmen im Zulassungs- und Prüfungsverfahren können durch einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung angefochten werden. § 111 gilt entsprechend. Der Antrag ist gegen den Leiter des Prüfungsamtes zu richten. Ist nach § 7d Abs. 2 Satz 1 ein Widerspruchsverfahren durchzuführen, beginnt die einmonatige Antragsfrist mit Zustellung des Widerspruchsbescheids.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Bescheid; Zeugnis; Rechtsmittel“.

17 QUELLE

09.04.2009.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 2. April 2009 (BGBl. I S. 696) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Rücktritt; Versäumnis“.

betroffene Prüfungsleistung mit null Punkten zu bewerten. Im Fall eines schweren oder wiederholten Täuschungsversuchs ist die gesamte notarielle Fachprüfung für nicht bestanden zu erklären.

(2) Wird ein schwerer Täuschungsversuch nach der Verkündung der Prüfungsgesamtnote bekannt, kann die betroffene notarielle Fachprüfung für nicht bestanden erklärt werden.

(3) Ein Prüfling, der erheblich gegen die Ordnung verstößt, kann von der Fortsetzung der Anfertigung der Aufsichtsarbeit oder der mündlichen Prüfung ausgeschlossen werden. Wird der Prüfling von der Fortsetzung der Anfertigung einer Aufsichtsarbeit ausgeschlossen, so gilt diese als mit null Punkten bewertet. Im Fall eines wiederholten Ausschlusses von der Anfertigung einer Aufsichtsarbeit oder des Ausschlusses von der mündlichen Prüfung gilt die notarielle Fachprüfung als nicht bestanden.¹⁸

§ 7g

(1) Die Durchführung der Prüfung obliegt dem bei der Bundesnotarkammer errichteten „Prüfungsamt für die notarielle Fachprüfung bei der Bundesnotarkammer“ (Prüfungsamt).

(2) Das Prüfungsamt entscheidet über die Zulassung zur Prüfung, bestimmt die Prüfer einschließlich des weiteren Prüfers (§ 7b Abs. 2 Satz 5) sowie die Prüfungsausschüsse, setzt die Prüfungstermine fest, lädt die Prüflinge, stellt das Prüfungsergebnis fest, erteilt das Prüfungszeugnis, entscheidet über die Folgen eines Prüfungsverstoßes und über Widersprüche nach § 7d Abs. 2 Satz 1. Die näheren Einzelheiten regelt das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

(3) Der Leiter des Prüfungsamtes vertritt das Amt im Zusammenhang mit der notariellen Fachprüfung im Verwaltungsverfahren und im gerichtlichen Verfahren. Der Leiter und sein ständiger Vertreter müssen die Befähigung zum Richteramt haben. Sie werden im Einvernehmen mit den Landesjustizverwaltungen, in deren Bereich Anwaltsnotare bestellt werden, nach Anhörung der Bundesnotarkammer durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz für die Dauer von fünf Jahren bestellt. Eine erneute Bestellung ist möglich.

(4) Bei dem Prüfungsamt wird eine Aufgabenkommission eingerichtet. Sie bestimmt die Aufgaben für die schriftliche Prüfung, entscheidet über die zugelassenen Hilfsmittel und erarbeitet Vorschläge für die mündlichen Prüfungen. Die Mitglieder der Aufgabenkommission müssen über eine der in Absatz 6 Satz 1 aufgeführten Qualifikationen verfügen. Sie werden von dem Leiter des Prüfungsamtes im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat für die Dauer von fünf Jahren bestellt. Eine erneute Bestellung ist möglich. Die Mitglieder der Aufgabenkommission erhalten für ihre Tätigkeit eine angemessene Vergütung.

(5) Bei dem Prüfungsamt wird ein Verwaltungsrat eingerichtet. Er übt die Fachaufsicht über den Leiter des Prüfungsamtes und die Aufgabenkommission aus. Der Verwaltungsrat besteht aus einem vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, einem von der Bundesnotarkammer und drei einvernehmlich von den Landesjustizverwaltungen, in deren Bereich Anwaltsnotare bestellt werden, benannten Mitgliedern.

(6) Zu Prüfern werden vom Prüfungsamt für die Dauer von fünf Jahren bestellt:

1. Richter und Beamte mit der Befähigung zum Richteramt, auch nach Eintritt in den Ruhestand, auf Vorschlag des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz und der Landesjustizverwaltungen, in deren Bereich Anwaltsnotare bestellt werden,
2. Notare und Notare außer Dienst auf Vorschlag der Notarkammern und

18 QUELLE

09.04.2009.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 2. April 2009 (BGBl. I S. 696) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Täuschungsversuche; Ordnungsverstöße“.

3. sonstige Personen, die eine den in den Nummern 1 und 2 genannten Personen gleichwertige Befähigung haben, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und den Landesjustizverwaltungen, in deren Bereich Anwaltsnotare bestellt werden.

Eine erneute Bestellung ist möglich. Die Bestellung kann aus wichtigem Grund widerrufen werden. Mit Vollendung des 70. Lebensjahres scheiden die Prüfer aus; unberührt hiervon bleibt die Mitwirkung in einem Widerspruchsverfahren.

(7) Die Prüfer sind bei Prüfungsentscheidungen sachlich unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Im Übrigen unterstehen sie in ihrer Eigenschaft als Prüfer der Aufsicht des Prüfungsamtes. Für ihre Tätigkeit erhalten sie eine angemessene Vergütung.¹⁹

§ 7h

(1) Für die Prüfung und für das erfolglose Widerspruchsverfahren sind Gebühren an die Bundesnotarkammer zu zahlen. Die Zulassung zur Prüfung erfolgt erst, wenn die Prüfungsgebühren bei der Bundesnotarkammer eingegangen sind. Tritt der Bewerber vor Antritt der Prüfung zurück, wird die Gebühr für die Prüfung zu drei Vierteln erstattet. Tritt der Bewerber bis zum Ende der Bearbeitungszeit für die letzte Aufsichtsarbeit zurück, ist die Gebühr zur Hälfte zu erstatten. Eine Erstattung von Gebühren im Fall des § 7f ist ausgeschlossen.

(2) Die Bundesnotarkammer bestimmt die Höhe der Gebühren nach Absatz 1, die Einzelheiten der Gebührenerhebung sowie die Vergütung des Leiters und der Bediensteten des Prüfungsamtes, der Mitglieder der Aufgabenkommission und der Prüfer durch Satzung, die der Genehmigung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz bedarf.²⁰

§ 7i

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz regelt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates nähere Einzelheiten der Organisation und des Geschäftsablaufs des Prüfungsamtes, der Auswahl und der Berufung der Prüfer, des Prüfungsverfahrens sowie des Verfahrens zur Beschlussfassung im Verwaltungsrat.²¹

19 QUELLE

09.04.2009.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 2. April 2009 (BGBl. I S. 696) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

08.09.2015.—Artikel 136 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) hat in Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Satz 3, Abs. 5 Satz 3 und Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 und 3 jeweils „und für Verbraucherschutz“ nach „Justiz“ eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Prüfungsamt“.

20 QUELLE

09.04.2009.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 2. April 2009 (BGBl. I S. 696) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

08.09.2015.—Artikel 136 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) hat in Abs. 2 „und für Verbraucherschutz“ nach „Justiz“ eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Gebühren“.

21 QUELLE

09.04.2009.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 2. April 2009 (BGBl. I S. 696) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

08.09.2015.—Artikel 136 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) hat „und für Verbraucherschutz“ nach „Justiz“ eingefügt.

§ 8

(1) Der Notar darf nicht zugleich Inhaber eines besoldeten Amtes sein. Die Landesjustizverwaltung kann im Einzelfall nach Anhörung der Notarkammer jederzeit widerrufliche Ausnahmen zulassen; der Notar darf in diesem Fall sein Amt nicht persönlich ausüben.

(2) Der Notar darf keinen weiteren Beruf ausüben; § 3 Abs. 2 bleibt unberührt. Der Anwaltsnotar darf zugleich den Beruf des Patentanwalts, Steuerberaters, Wirtschaftsprüfers und vereidigten Buchprüfers ausüben.

(3) Der Notar bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde

1. zur Übernahme einer Nebenbeschäftigung gegen Vergütung, insbesondere zu einer gewerblichen Tätigkeit,
2. zum Eintritt in den Vorstand, Aufsichtsrat, Verwaltungsrat oder in ein sonstiges Organ einer auf Erwerb gerichteten Gesellschaft, Genossenschaft oder eines in einer anderen Rechtsform betriebenen wirtschaftlichen Unternehmens.

Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die Tätigkeit nach Satz 1 mit dem öffentlichen Amt des Notars nicht vereinbar ist oder das Vertrauen in seine Unabhängigkeit oder Unparteilichkeit gefährden kann. Vor der Entscheidung über die Genehmigung ist die Notarkammer anzuhören. Die Genehmigung kann mit Auflagen verbunden oder befristet werden.

(4) Nicht genehmigungspflichtig ist die Übernahme des Amtes als Testamentsvollstrecker, Insolvenzverwalter, Schiedsrichter oder Vormund oder einer ähnlichen auf behördlicher Anordnung beruhenden Stellung sowie eine wissenschaftliche, künstlerische oder Vortragstätigkeit.²²

§ 9

(1) Zur hauptberuflichen Amtsausübung bestellte Notare dürfen sich nur mit am selben Amtssitz bestellten Notaren zur gemeinsamen Berufsausübung verbinden oder mit ihnen gemeinsame Geschäftsräume haben. Die Landesregierungen oder die von ihnen durch Rechtsverordnung bestimmten Stellen werden ermächtigt, um den Erfordernissen einer geordneten Rechtspflege insbesondere im Hinblick auf die örtlichen Bedürfnisse und Gewohnheiten Rechnung zu tragen, durch Rechtsverordnung zu bestimmen,

1. daß eine Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung oder eine gemeinsame Nutzung der Geschäftsräume nach Satz 1 nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde, die mit Auflagen verbunden oder befristet werden kann, und nach Anhörung der Notarkammer zulässig ist;
2. die Voraussetzungen der gemeinsamen Berufsausübung oder die gemeinsame Nutzung der Geschäftsräume, insbesondere zur Höchstzahl der beteiligten Berufsangehörigen sowie die Anforderungen an die Begründung, Führung, Fortführung und Beendigung der Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung oder Nutzung gemeinsamer Geschäftsräume.

(2) Anwaltsnotare dürfen sich nur miteinander, mit anderen Mitgliedern einer Rechtsanwaltskammer, Patentanwälten, Steuerberatern, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfern und verei-

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Verordnungsermächtigung zur notariellen Fachprüfung“.

22 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 5 lit. a und b des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Abs. 2 und 3 in Abs. 3 und 4 unnummeriert und Abs. 2 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 5 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 3 Satz 2 bis 4 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 5 lit. d desselben Gesetzes hat im neuen Abs. 4 „ , Schiedsrichter“ nach „Konkursverwalter“ eingefügt.

01.01.1999.—Artikel 15 Nr. 1 des Gesetzes vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2911) in der Fassung des Artikels 1 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 19. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3836) hat in Abs. 4 „Konkursverwalter“ durch „Insolvenzverwalter“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Nebentätigkeit“.

digten Buchprüfern zur gemeinsamen Berufsausübung verbinden oder mit ihnen gemeinsame Geschäftsräume haben.

(3) Die Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung oder die gemeinsame Nutzung der Geschäftsräume ist nur zulässig, soweit hierdurch die persönliche und eigenverantwortliche Amtsführung, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Notars nicht beeinträchtigt wird.²³

§ 10

(1) Dem Notar wird ein bestimmter Ort als Amtssitz zugewiesen. In Städten von mehr als hunderttausend Einwohnern kann dem Notar ein bestimmter Stadtteil oder Amtsgerichtsbezirk als Amtssitz zugewiesen werden. Der Amtssitz darf unter Beachtung der Belange einer geordneten Rechtspflege nach Anhörung der Notarkammer mit Zustimmung des Notars verlegt werden. Für die Zuweisung eines anderen Amtssitzes auf Grund disziplinargerichtlichen Urteils bedarf es der Zustimmung des Notars nicht.

(2) Der Notar hat an dem Amtssitz seine Geschäftsstelle zu halten. Er hat seine Wohnung so zu nehmen, daß er in der ordnungsgemäßen Wahrnehmung seiner Amtsgeschäfte nicht beeinträchtigt wird; die Aufsichtsbehörde kann ihn anweisen, seine Wohnung am Amtssitz zu nehmen, wenn dies im Interesse der Rechtspflege geboten ist. Beim Anwaltsnotar müssen die Geschäftsstelle und eine Kanzlei nach § 27 Absatz 1 oder 2 der Bundesrechtsanwaltsordnung örtlich übereinstimmen.

(3) Der Notar soll seine Geschäftsstelle während der üblichen Geschäftsstunden offen halten.

(4) Dem Notar kann zur Pflicht gemacht werden, mehrere Geschäftsstellen zu unterhalten; ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist er hierzu nicht befugt. Das gleiche gilt für die Abhaltung auswärtiger Sprechtage. Die Genehmigung kann mit Auflagen verbunden und mit dem Vorbehalt des Widerrufs erteilt sowie befristet werden. Vor der Erteilung oder der Aufhebung der Genehmigung ist die Notarkammer zu hören.²⁴

23 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 6 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Der Notar, der nicht selbst als Rechtsanwalt zugelassen ist, darf sich nicht mit einem Rechtsanwalt zur gemeinsamen Berufsausübung verbinden oder mit ihm gemeinsame Geschäftsräume haben. Die Aufsichtsbehörde kann für den Einzelfall Ausnahmen zulassen.“

(2) Die Landesregierungen oder die von ihnen bestimmten Stellen werden ermächtigt, um den örtlichen Bedürfnissen und Gewohnheiten Rechnung zu tragen, durch Rechtsverordnung zu bestimmen, daß sich ein zur hauptberuflichen Amtsausübung bestellter Notar nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde mit einem anderen Notar zur gemeinsamen Berufsausübung verbinden oder gemeinsame Geschäftsräume mit ihm haben kann. Die Genehmigung kann mit Auflagen verbunden oder befristet werden.“

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 5 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 1 Satz 2 „durch Rechtsverordnung“ nach „ihnen“ eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung“.

24 ÄNDERUNGEN

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 5 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Dem Notar wird ein bestimmter Ort als Amtssitz zugewiesen. Der Amtssitz darf nur nach Anhörung der Notarkammer mit Zustimmung des Notars verlegt werden; dies gilt nicht für eine Verlegung auf Grund disziplinargerichtlichen Urteils.“

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 7 lit. a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Dem Notar wird ein bestimmter Ort als Amtssitz zugewiesen. Der Amtssitz darf unter Beachtung der Belange einer geordneten Rechtspflege nach Anhörung der Notarkammer mit Zustimmung des Notars verlegt werden. Für die Zuweisung eines anderen Amtssitzes auf Grund disziplinargerichtlichen Urteils bedarf es der Zustimmung des Notars nicht.“

§ 10a

(1) Der Amtsbereich des Notars ist der Bezirk des Amtsgerichts, in dem er seinen Amtssitz hat. Die Landesjustizverwaltung kann nach den Erfordernissen einer geordneten Rechtspflege die Grenzen des Amtsbereichs allgemein oder im Einzelfall mit der Zuweisung des Amtssitzes abweichend festlegen und solche Festlegungen, insbesondere zur Anpassung an eine Änderung von Gerichtsbezirken, ändern.

(2) Der Notar soll seine Urkundstätigkeit (§§ 20 bis 22) nur innerhalb seines Amtsbereichs ausüben, sofern nicht besondere berechnigte Interessen der Rechtsuchenden ein Tätigwerden außerhalb des Amtsbereichs gebieten.

(3) Urkundstätigkeiten außerhalb des Amtsbereichs hat der Notar der Aufsichtsbehörde oder nach deren Bestimmung der Notarkammer, der er angehört, unverzüglich und unter Angabe der Gründe mitzuteilen.²⁵

§ 11

(1) Der Amtsbezirk des Notars ist der Oberlandesgerichtsbezirk, in dem er seinen Amtssitz hat.

(2) Der Notar darf Urkundstätigkeiten außerhalb seines Amtsbezirks nur vornehmen, wenn Gefahr im Verzuge ist oder die Aufsichtsbehörde es genehmigt hat.

(3) Ein Verstoß berührt die Gültigkeit der Urkundstätigkeit nicht, auch wenn der Notar die Urkundstätigkeit außerhalb des Landes vornimmt, in dem er zum Notar bestellt ist.²⁶

Artikel 1 Nr. 7 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 2 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Er hat am gleichen Ort auch seine Wohnung zu nehmen; die Aufsichtsbehörde kann ihm aus besonderen Gründen gestatten, außerhalb des Amtssitzes zu wohnen.“

Artikel 1 Nr. 7 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 3 und 4 neu gefasst. Abs. 3 und 4 lauteten:

„(3) In Städten von mehr als hunderttausend Einwohnern kann dem Notar ein bestimmter Stadtteil als Amtssitz zugewiesen werden.

(4) Dem Notar kann zur Pflicht gemacht werden, mehrere Geschäftsstellen zu unterhalten; im übrigen ist er ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde hierzu nicht befugt. Das gleiche gilt für die Abhaltung auswärtiger Sprechtag.

01.06.2007.—Artikel 3 Nr. 1a des Gesetzes vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 358) hat Abs. 2 Satz 3 eingefügt.

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 3 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat Abs. 4 Satz 3 und 4 eingefügt.

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 6 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 2 Satz 3 „die Kanzlei nach § 27 Abs. 1“ durch „eine Kanzlei nach § 27 Absatz 1 oder 2“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Amtssitz“.

25 QUELLE

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 6 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 8 lit. a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 2 „rechtfertigen“ durch „gebieten“ und „(§§ 20 bis 22a)“ durch „(§§ 20 bis 22)“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 8 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) Die Aufsichtsbehörde kann dem Notar auferlegen, Urkundstätigkeiten außerhalb seines Amtsbereichs der Notarkammer mitzuteilen, der er angehört.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Amtsbereich“.

26 ÄNDERUNGEN

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 7 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat in Abs. 2 „Amtshandlungen“ durch „Urkundstätigkeiten“ und in Abs. 3 jeweils „Amtshandlung“ durch „Urkundstätigkeit“ ersetzt.

§ 11a

Der Notar ist befugt, einen im Ausland bestellten Notar auf dessen Ersuchen bei seinen Amtsgeschäften zu unterstützen und sich zu diesem Zweck ins Ausland zu begeben, soweit nicht die Vorschriften des betreffenden Staates entgegenstehen. Er hat hierbei die ihm nach deutschem Recht obliegenden Pflichten zu beachten. Ein im Ausland bestellter Notar darf nur auf Ersuchen eines inländischen Notars im Geltungsbereich dieses Gesetzes kollegiale Hilfe leisten; Satz 1 gilt entsprechend. Er hat hierbei die für einen deutschen Notar geltenden Pflichten zu beachten.²⁷

§ 12

Die Notare werden von der Landesjustizverwaltung nach Anhörung der Notarkammer durch Aushändigung einer Bestallungsurkunde bestellt. Die Urkunde soll den Amtsbezirk und den Amtssitz des Notars bezeichnen und die Dauer der Bestellung (§ 3 Abs. 1 und 2) angeben.²⁸

§ 13

(1) Nach Aushändigung der Bestallungsurkunde hat der Notar folgenden Eid zu leisten: „Ich schwöre bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, die verfassungsmäßige Ordnung zu wahren und die Pflichten eines Notars gewissenhaft und unparteiisch zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe!“

Wird der Eid von einer Notarin geleistet, so treten an die Stelle der Wörter „eines Notars“ die Wörter „einer Notarin“.

(2) Gestattet ein Gesetz den Mitgliedern einer Religionsgesellschaft, an Stelle der Worte „Ich schwöre“ andere Beteuerungsformeln zu gebrauchen, so kann der Notar, der Mitglied einer solchen Religionsgesellschaft ist, diese Beteuerungsformel sprechen. Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

(3) Der Notar leistet den Eid vor dem Präsidenten des Landgerichts, in dessen Bezirk er seinen Amtssitz hat. Vor der Eidesleistung soll er keine Amtshandlung vornehmen.²⁹

**2. Abschnitt
Ausübung des Amtes³⁰**

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 9 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 2 „hat“ am Ende eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Amtsbezirk“.

27 QUELLE

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 10 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Zusammenarbeit mit einem im Ausland bestellten Notar“.

28 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Bestellungsurkunde“.

29 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 10a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Vereidigung“.

30 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 2 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in der Überschrift des Abschnitts „2. Abschnitt“ durch „Abschnitt 2“ ersetzt.

§ 14

(1) Der Notar hat sein Amt getreu seinem Eide zu verwalten. Er ist nicht Vertreter einer Partei, sondern unabhängiger und unparteiischer Betreuer der Beteiligten.

(2) Er hat seine Amtstätigkeit zu versagen, wenn sie mit seinen Amtspflichten nicht vereinbar wäre, insbesondere wenn seine Mitwirkung bei Handlungen verlangt wird, mit denen erkennbar unerlaubte oder unredliche Zwecke verfolgt werden.

(3) Der Notar hat sich durch sein Verhalten innerhalb und außerhalb seines Amtes der Achtung und des Vertrauens, die dem Notaramt entgegengebracht werden, würdig zu zeigen. Er hat jedes Verhalten zu vermeiden, das den Anschein eines Verstoßes gegen die ihm gesetzlich auferlegten Pflichten erzeugt, insbesondere den Anschein der Abhängigkeit oder Parteilichkeit.

(4) Dem Notar ist es abgesehen von den ihm durch Gesetz zugewiesenen Vermittlungstätigkeiten verboten, Darlehen sowie Grundstücksgeschäfte zu vermitteln, sich an jeder Art der Vermittlung von Urkundsgeschäften zu beteiligen oder im Zusammenhang mit einer Amtshandlung eine Bürgschaft oder eine sonstige Gewährleistung zu übernehmen. Er hat dafür zu sorgen, daß sich auch die bei ihm beschäftigten Personen nicht mit derartigen Geschäften befassen.

(5) Der Notar darf keine mit seinem Amt unvereinbare Gesellschaftsbeteiligung eingehen. Es ist ihm insbesondere verboten, sich an einer Gesellschaft, die eine Tätigkeit im Sinne des § 34c Abs. 1 der Gewerbeordnung ausübt, sowie an einer Steuerberatungs- oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu beteiligen, wenn er alleine oder zusammen mit den Personen, mit denen er sich nach § 9 verbunden oder mit denen er gemeinsame Geschäftsräume hat, mittelbar oder unmittelbar einen beherrschenden Einfluß ausübt.

(6) Der Notar hat sich in dem für seine Amtstätigkeit erforderlichen Umfang fortzubilden.³¹

§ 15

(1) Der Notar darf seine Urkundstätigkeit nicht ohne ausreichenden Grund verweigern. Zu einer Beurkundung in einer anderen als der deutschen Sprache ist er nicht verpflichtet.

(2) Gegen die Verweigerung der Urkunds- oder sonstigen Tätigkeit des Notars findet die Beschwerde statt. Beschwerdegericht ist eine Zivilkammer des Landgerichts, in dessen Bezirk der Notar seinen Amtssitz hat. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.³²

31 ÄNDERUNGEN

01.10.1994.—Artikel 2 § 7 Nr. 1 des Gesetzes vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2457) hat in Abs. 4 Satz 1 „ , abgesehen von den ihm durch Gesetz zugewiesenen Vermittlungstätigkeiten,“ nach „sowie“ eingefügt.

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 11 lit. a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 1 Satz 2 „unabhängiger und“ nach „sondern“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 11 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 3 und 4 neu gefasst. Abs. 3 und 4 lauteten:

„(3) Der Notar hat sich durch sein Verhalten innerhalb und außerhalb seines Berufes der Achtung und des Vertrauens, die seinem Beruf entgegengebracht werden, würdig zu zeigen. Auch darf er nicht dulden, daß ein seinem Hausstand angehörendes Familienmitglied eine mit der Stellung eines Notars nicht zu vereinbarende Tätigkeit ausübt.

(4) Dem Notar ist es verboten, Darlehen sowie, abgesehen von den ihm durch Gesetz zugewiesenen Vermittlungstätigkeiten, Grundstücksgeschäfte zu vermitteln oder im Zusammenhang mit einer Amtshandlung eine Bürgschaft oder sonstige Gewährleistung für einen Beteiligten zu übernehmen. Er hat dafür zu sorgen, daß sich auch die bei ihm beschäftigten Personen nicht mit derartigen Geschäften befassen.“

Artikel 1 Nr. 11 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 5 und 6 eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Allgemeine Berufspflichten“.

32 ÄNDERUNGEN

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 1 des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat Abs. 2 eingefügt.

§ 16

(1) Soweit es sich bei Amtstätigkeiten des Notars nicht um Beurkundungen nach dem Beurkundungsgesetz handelt, gilt § 3 des Beurkundungsgesetzes entsprechend.

(2) Der Notar kann sich der Ausübung des Amtes wegen Befangenheit enthalten.³³

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 8 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat in Abs. 1 Satz 1 „(§§ 20 bis 22)“ nach „Urkundstätigkeit“ gestrichen.

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 12 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Der Notar darf seine Urkundstätigkeit nicht ohne ausreichenden Grund verweigern. Über Beschwerden wegen Amtsverweigerung entscheidet eine Zivilkammer des Landgerichts, in dessen Bezirk der Notar seinen Amtssitz hat. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.“

(2) Zu einer Beurkundung in einer anderen als der deutschen Sprache ist der Notar nicht verpflichtet.“

01.04.2005.—Artikel 15 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat Abs. 3 eingefügt.

01.09.2009.—Artikel 24 Nr. 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Über Beschwerden wegen Verweigerung der Urkunds- oder sonstigen Tätigkeit des Notars entscheidet eine Zivilkammer des Landgerichts, in dessen Bezirk der Notar seinen Amtssitz hat. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.“

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 7 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat Abs. 3 aufgehoben. Abs. 3 lautete:

„(3) In Abweichung von Absatz 1 und 2 darf der Notar seine Amtstätigkeit in den Fällen der §§ 39a, 42 Abs. 4 des Beurkundungsgesetzes verweigern, soweit er nicht über die notwendigen technischen Einrichtungen verfügt. Der Notar muss jedoch spätestens ab dem 1. April 2006 über zumindest eine Einrichtung verfügen, die Verfahren nach Satz 1 ermöglicht.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Verweigerung der Amtstätigkeit“.

33 ÄNDERUNGEN

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Der Notar ist bei der Urkundstätigkeit (§§ 20 bis 22) von der Ausübung seines Amtes ausgeschlossen,

1. wenn er bei der den Gegenstand des Amtsgeschäfts bildenden Angelegenheit selbst beteiligt ist oder zu einem Beteiligten in dem Verhältnis eines Mitberechtigten oder Mitverpflichteten steht;
2. wenn sein Ehegatte, früherer Ehegatte oder Verlobter beteiligt ist;
3. wenn er mit einem Beteiligten in gerader Linie oder im zweiten Grade der Seitenlinie verwandt oder verschwägert ist, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht;
4. wenn er gesetzlicher Vertreter oder Mitglied eines zur Vertretung ermächtigten Organs eines Beteiligten ist oder zu einem Beteiligten in einem ständigen Dienst- oder ähnlichen ständigen Geschäftsverhältnis steht;
5. wenn er in der den Gegenstand des Amtsgeschäfts bildenden Angelegenheit Bevollmächtigter eines Beteiligten ist.“

§ 57 Abs. 17 Nr. 2 lit. b und c desselben Gesetzes hat Abs. 2, 4 und 5 aufgehoben und Abs. 3 in Abs. 2 unnummeriert. Abs. 2, 4 und 5 lauteten:

„(2) Ein Verstoß gegen Absatz 1 berührt die Gültigkeit der Amtshandlung nicht, soweit sich aus §§ 2234, 2235, 2276 Abs. 1 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder aus §§ 170, 171 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nichts anderes ergibt.“

(4) Sind bei einer Angelegenheit mehrere beteiligt und ist der Notar für einen von ihnen in anderer Sache als Bevollmächtigter tätig oder ist er früher in der den Gegenstand des Amtsgeschäfts bildenden Angelegenheit als gesetzlicher Vertreter oder als Bevollmächtigter tätig gewesen, so soll er vor einer

§ 17

(1) Der Notar ist verpflichtet, für seine Tätigkeit die gesetzlich vorgeschriebenen Gebühren zu erheben. Soweit nicht gesetzliche Vorschriften die Gebührenbefreiung oder -ermäßigung oder die Nichterhebung von Kosten wegen unrichtiger Sachbehandlung vorsehen, sind Gebührenerlaß und Gebührenermäßigung nur zulässig, wenn sie durch eine sittliche Pflicht oder durch eine auf den Anstand zu nehmende Rücksicht geboten sind und die Notarkammer allgemein oder im Einzelfall zugestimmt hat. In den Tätigkeitsbereichen der Notarkasse und der Ländernotarkasse treten diese an die Stelle der Notarkammern. Das Versprechen und Gewähren von Vorteilen im Zusammenhang mit einem Amtsgeschäft sowie jede Beteiligung Dritter an den Gebühren ist unzulässig.

(2) Einem Beteiligten, dem nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung die Prozeßkostenhilfe zu bewilligen wäre, hat der Notar seine Urkundstätigkeit in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Zivilprozeßordnung vorläufig gebührenfrei oder gegen Zahlung der Gebühren in Monatsraten zu gewähren.³⁴

§ 18

(1) Der Notar ist zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese Pflicht bezieht sich auf alles, was ihm in Ausübung seines Amtes bekannt geworden ist. Dies gilt nicht für Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.

(2) Die Pflicht zur Verschwiegenheit entfällt, wenn die Beteiligten Befreiung hiervon erteilen; ist ein Beteiligter verstorben oder eine Äußerung von ihm nicht oder nur mit unverhältnismäßigen Schwierigkeiten zu erlangen, so kann an seiner Stelle die Aufsichtsbehörde die Befreiung erteilen.

Urkundstätigkeit die anwesenden Beteiligten auf diesem Umstand aufmerksam machen und darüber belehren, daß sie seine Tätigkeit ablehnen können. In der Urkunde ist zu vermerken, daß dies geschehen ist.

(5) Absatz 4 gilt entsprechend,

1. wenn der Notar Mitglied eines nicht zur Vertretung berechtigten Organs eines Beteiligten ist;
2. wenn bei der den Gegenstand des Amtsgeschäfts bildenden Angelegenheit eine Gemeinde oder ein Kreis beteiligt ist und der Notar Mitglied der Gemeinde- oder Kreisvertretung ist, der die gesetzliche Vertretung der Gemeinde oder des Kreises obliegt; Absatz 1 Nr. 4 ist insoweit nicht anwendbar.“

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 13 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 1 „nach den §§ 20 bis 22a“ nach „Notars“ gestrichen.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Verbot der Mitwirkung als Notar; Selbstablehnung“.

34 ÄNDERUNGEN

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 3 des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat in Abs. 2 „(§§ 20 bis 22)“ durch „(§§ 20 bis 22a)“ ersetzt.

01.01.1981.—Artikel 4 Nr. 6 des Gesetzes vom 13. Juni 1980 (BGBl. I S. 677) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Einem unbemittelten Beteiligten, dem nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung das Armenrecht zu bewilligen wäre, hat der Notar seine Urkundstätigkeit (§§ 20 bis 22a) vorläufig gebührenfrei zu gewähren.“

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 8 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat in Abs. 2 „(§§ 20 bis 22a)“ nach „Urkundstätigkeit“ gestrichen.

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 14 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Der Notar erhält für seine Tätigkeit Gebühren.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Gebühren“.

(3) Bestehen im Einzelfall Zweifel über die Pflicht zur Verschwiegenheit, so kann der Notar die Entscheidung der Aufsichtsbehörde nachsuchen. Soweit diese die Pflicht verneint, können daraus, daß sich der Notar geäußert hat, Ansprüche gegen ihn nicht hergeleitet werden.

(4) Die Pflicht zur Verschwiegenheit bleibt auch nach dem Erlöschen des Amtes bestehen.³⁵

§ 19

(1) Verletzt der Notar vorsätzlich oder fahrlässig die ihm einem anderen gegenüber obliegende Amtspflicht, so hat er diesem den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Fällt dem Notar nur Fahrlässigkeit zur Last, so kann er nur dann in Anspruch genommen werden, wenn der Verletzte nicht auf andere Weise Ersatz zu erlangen vermag; das gilt jedoch nicht bei Amtsgeschäften der in §§ 23, 24 bezeichneten Art im Verhältnis zwischen dem Notar und dem Auftraggeber. Im übrigen sind die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Schadensersatzpflicht im Fall einer von einem Beamten begangenen Amtspflichtverletzung entsprechend anwendbar. Eine Haftung des Staates an Stelle des Notars besteht nicht.

(2) Hat ein Notarassessor bei selbständiger Erledigung eines Geschäfts der in §§ 23, 24 bezeichneten Art eine Pflichtverletzung begangen, so haftet er in entsprechender Anwendung des Absatzes 1. Hatte ihm der Notar das Geschäft zur selbständigen Erledigung überlassen, so haftet er neben dem Assessor als Gesamtschuldner; im Verhältnis zwischen dem Notar und dem Assessor ist der Assessor allein verpflichtet. Durch das Dienstverhältnis des Assessors zum Staat (§ 7 Abs. 3) wird eine Haftung des Staates nicht begründet. Ist der Assessor als Vertreter des Notars tätig gewesen, so bestimmt sich die Haftung nach § 46.

(3) Für Schadensersatzansprüche nach Absatz 1 und 2 sind die Landgerichte ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes ausschließlich zuständig.³⁶

§ 19a

(1) Der Notar ist verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung zu unterhalten zur Deckung der Haftpflichtgefahren für Vermögensschäden, die sich aus seiner Berufstätigkeit und der Tätigkeit von Personen ergeben, für die er haftet. Die Versicherung muß bei einem im Inland zum Geschäftsbetrieb befugten Versicherungsunternehmen zu den nach Maßgabe des Versicherungsaufsichtsgesetzes eingereichten allgemeinen Versicherungsbedingungen genommen werden. Die Versicherung muß für alle nach Satz 1 zu versichernden Haftpflichtgefahren bestehen und für jede einzelne Pflichtverletzung gelten, die Haftpflichtansprüche gegen den Notar zur Folge haben könnte.

(2) Vom Versicherungsschutz können ausgeschlossen werden

1. Ersatzansprüche wegen wissentlicher Pflichtverletzung,

35 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 15 lit. a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Der Notar hat, soweit nichts anderes bestimmt ist, über die ihm bei seiner Berufsausübung bekanntgewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit gegen jedermann zu bewahren und diese auch den bei ihm beschäftigten Personen zur Pflicht zu machen. Die Pflicht zur Verschwiegenheit fällt weg, wenn die Beteiligten den Notar davon befreien; ist ein Beteiligter verstorben oder eine Äußerung von ihm nur mit unverhältnismäßigen Schwierigkeiten zu erlangen, so kann an seiner Stelle die Aufsichtsbehörde die Befreiung erteilen.“

Artikel 1 Nr. 15 lit. b und c desselben Gesetzes hat Abs. 2 und 3 in Abs. 3 und 4 unnummeriert und Abs. 2 eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Pflicht zur Verschwiegenheit“.

36 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Amtspflichtsverletzung“.

2. Ersatzansprüche aus der Tätigkeit im Zusammenhang mit der Beratung über außereuropäisches Recht, es sei denn, daß die Amtspflichtverletzung darin besteht, daß die Möglichkeit der Anwendbarkeit dieses Rechts nicht erkannt wurde,
3. Ersatzansprüche wegen Veruntreuung durch Personal des Notars, soweit nicht der Notar wegen fahrlässiger Verletzung seiner Amtspflicht zur Überwachung des Personals in Anspruch genommen wird.

Ist bei Vorliegen einer Amtspflichtverletzung nur streitig, ob der Ausschlußgrund gemäß Nummer 1 vorliegt, und lehnt der Berufshaftpflichtversicherer deshalb die Regulierung ab, hat er gleichwohl bis zur Höhe der für den Versicherer, der Schäden aus vorsätzlicher Handlung deckt, geltenden Mindestversicherungssumme zu leisten. Soweit der Berufshaftpflichtversicherer den Ersatzberechtigten befriedigt, geht der Anspruch des Ersatzberechtigten gegen den Notar, die Notarkammer, deren Versicherer gemäß § 67 Abs. 3 Nr. 3 oder einen sonstigen Ersatzberechtigten auf ihn über. Die Berufshaftpflichtversicherer kann von den Personen, für deren Verpflichtungen er gemäß Satz 2 einzustehen hat, wie ein Beauftragter Ersatz seiner Aufwendungen verlangen.

(3) Die Mindestversicherungssumme beträgt 500 000 Euro für jeden Versicherungsfall. Die Leistungen des Versicherers für alle innerhalb eines Versicherungsjahres verursachten Schäden dürfen auf den doppelten Betrag der Mindestversicherungssumme begrenzt werden. Der Versicherungsvertrag muß dem Versicherer die Verpflichtung auferlegen, der Landesjustizverwaltung und der Notarkammer den Beginn und die Beendigung oder Kündigung des Versicherungsvertrages sowie jede Änderung des Versicherungsvertrages, die den vorgeschriebenen Versicherungsschutz beeinträchtigt, unverzüglich mitzuteilen. Im Versicherungsvertrag kann vereinbart werden, daß sämtliche Pflichtverletzungen bei der Erledigung eines einheitlichen Amtsgeschäftes, mögen diese auf dem Verhalten des Notars oder einer von ihm herangezogenen Hilfsperson beruhen, als ein Versicherungsfall gelten.

(4) Die Vereinbarung eines Selbstbehaltes bis zu einem Prozent der Mindestversicherungssumme ist zulässig.

(5) Zuständige Stelle im Sinne des § 117 Abs. 2 des Versicherungsvertragsgesetzes ist die Landesjustizverwaltung.

(6) Die Landesjustizverwaltung oder die Notarkammer, der der Notar angehört, erteilt Dritten zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen auf Antrag Auskunft über den Namen und die Adresse der Berufshaftpflichtversicherung des Notars sowie die Versicherungsnummer, soweit der Notar kein überwiegendes schutzwürdiges Interesse an der Nichterteilung der Auskunft hat; dies gilt auch, wenn das Notaramt erloschen ist.³⁷

37 QUELLE

01.01.1983.—Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 7. August 1981 (BGBl. I S. 803) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

29.07.1994.—Artikel 9 des Gesetzes vom 21. Juli 1994 (BGBl. I S. 1630) hat Satz 2 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Der Versicherungsvertrag muß den von der Versicherungsaufsichtsbehörde genehmigten allgemeinen Versicherungsbedingungen mit der Maßgabe entsprechen, daß Versicherungsfall jede einzelne Pflichtverletzung ist, die Haftpflichtansprüche gegen den Notar zur Folge haben könnte.“

10.09.1994.—Artikel 8 des Gesetzes vom 30. August 1994 (BGBl. II S. 1438) hat Abs. 2 bis 4 in Abs. 4 bis 6 unnummeriert und Abs. 1 durch Abs. 1 und 2 ersetzt. Abs. 1 lautete:

„(1) Der Notar ist verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung zur Deckung der sich aus seiner Berufstätigkeit ergebenden Haftpflichtgefahren abzuschließen und die Versicherung während der Dauer seiner Bestellung aufrechtzuerhalten. Der Versicherungsvertrag muß bei einem im Inland zum Geschäftsbetrieb befugten Versicherungsunternehmen zu den nach Maßgabe des Versicherungsaufsichtsgesetzes eingereichten allgemeinen Versicherungsbedingungen genommen werden und Versicherungsschutz für jede einzelne Pflichtverletzung gewähren, die Haftpflichtansprüche gegen den Notar zur Folge haben könnte. Die Mindestversicherungssumme beträgt fünfhunderttausend Deutsche Mark für jeden Versicherungsfall. Die Leistungen des Versicherers für alle innerhalb eines Versicherungsjahres verursachten Schäden dürfen auf den doppelten Betrag der Mindestversicherungssumme begrenzt

3. Abschnitt Die Amtstätigkeit³⁸

§ 20

(1) Die Notare sind zuständig, Beurkundungen jeder Art vorzunehmen sowie Unterschriften, Handzeichen und Abschriften zu beglaubigen. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere auch die Beurkundung von Versammlungsbeschlüssen, die Vornahme von Verlosungen und Auslosungen, die Aufnahme von Vermögensverzeichnissen, Nachlassverzeichnissen und Nachlassinventaren, die Vermittlung von Nachlass- und Gesamtgutsauseinandersetzungen einschließlich der Erteilung von Zeugnissen nach den §§ 36 und 37 der Grundbuchordnung, die Anlegung und Abnahme von Siegeln, die Aufnahme von Protesten, die Zustellung von Erklärungen sowie die Beurkundung amtlich von ihnen wahrgenommener Tatsachen.

(2) Die Notare sind auch zuständig, Auflassungen entgegenzunehmen sowie Teilhypotheken- und Teilgrundschuldbriefe auszustellen.

(3) Die Notare sind ferner zuständig, freiwillige Versteigerungen durchzuführen. Eine Versteigerung beweglicher Sachen sollen sie nur vornehmen, wenn diese durch die Versteigerung unbeweglicher Sachen oder durch eine von dem Notar beurkundete oder vermittelte Vermögensauseinandersetzung veranlaßt ist.

werden. Der Versicherungsvertrag muß dem Versicherer die Verpflichtung auferlegen, der Landesjustizverwaltung und der Notarkammer den Beginn und die Beendigung oder Kündigung des Versicherungsvertrages sowie jede Änderung des Versicherungsvertrages, die den vorgeschriebenen Versicherungsschutz beeinträchtigt, unverzüglich mitzuteilen. Im Versicherungsvertrag kann vereinbart werden, daß sämtliche Pflichtverletzungen bei der Erledigung eines einheitlichen Amtsgeschäftes, mögen diese auf dem Verhalten des Notars oder einer von ihm herangezogenen Hilfsperson beruhen, als ein Versicherungsfall gelten.“

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 52 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 4 „Der Bundesminister“ durch „Das Bundesministerium“ ersetzt.

01.03.1999.—Artikel 1 Nr. 16 lit. a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Abs. 2 Satz 2 bis 4 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 16 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 3 Satz 1 „fünfhunderttausend Deutsche Mark“ durch „eine Million Deutsche Mark“ ersetzt.

01.01.2002.—Artikel 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3574) hat in Abs. 3 Satz 1 „eine Million Deutsche Mark“ durch „500 000 Euro“ ersetzt.

01.01.2008.—Artikel 9 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. November 2007 (BGBl. I S. 2631) hat in Abs. 5 „§ 158c Abs. 2 des Gesetzes über den Versicherungsvertrag“ durch „§ 117 Abs. 2 des Versicherungsvertragsgesetzes“ ersetzt.

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 4 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat Abs. 6 in Abs. 7 unnummeriert und Abs. 6 eingefügt.

08.09.2015.—Artikel 136 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) hat in Abs. 7 „und für Verbraucherschutz“ nach „Justiz“ eingefügt.

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 8 lit. a des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 4 „1 vom Hundert“ durch „einem Prozent“ ersetzt.

Artikel 9 Nr. 8 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 7 aufgehoben. Abs. 7 lautete:

„(7) Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Mindestversicherungssumme für die Pflichtversicherungen nach Absatz 1 anders festzusetzen, wenn dies erforderlich ist, um bei einer Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse einen hinreichenden Schutz der Geschädigten sicherzustellen.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Berufshaftpflichtversicherung“.

38 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 2 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in der Überschrift des Abschnitts „3. Abschnitt“ durch „Abschnitt 3“ ersetzt.

(4) Die Notare sind auch zur Vermittlung nach den Bestimmungen des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes zuständig.

(5) Inwieweit die Notare zur Anlegung und Abnahme von Siegeln im Rahmen eines Nachlasssicherungsverfahrens zuständig sind, bestimmt sich nach den landesrechtlichen Vorschriften.³⁹

§ 21

(1) Die Notare sind zuständig,

1. Bescheinigungen über eine Vertretungsberechtigung sowie
2. Bescheinigungen über das Bestehen oder den Sitz einer juristischen Person oder Handelsgesellschaft, die Firmenänderung, eine Umwandlung oder sonstige rechtserhebliche Umstände auszustellen,

wenn sich diese Umstände aus einer Eintragung im Handelsregister oder in einem ähnlichen Register ergeben. Die Bescheinigung hat die gleiche Beweiskraft wie ein Zeugnis des Registergerichts.

(2) Der Notar darf die Bescheinigung nur ausstellen, wenn er sich zuvor über die Eintragung Gewißheit verschafft hat, die auf Einsichtnahme in das Register oder in eine beglaubigte Abschrift hiervon beruhen muß. Er hat den Tag der Einsichtnahme in das Register oder den Tag der Ausstellung der Abschrift in der Bescheinigung anzugeben.

(3) Die Notare sind ferner dafür zuständig, Bescheinigungen über eine durch Rechtsgeschäft begründete Vertretungsmacht auszustellen. Der Notar darf die Bescheinigung nur ausstellen, wenn er sich zuvor durch Einsichtnahme in eine öffentliche oder öffentlich beglaubigte Vollmachtsurkunde über die Begründung der Vertretungsmacht vergewissert hat. In der Bescheinigung ist anzugeben, in welcher Form und an welchem Tag die Vollmachtsurkunde dem Notar vorgelegen hat.⁴⁰

39 ÄNDERUNGEN

01.10.1994.—Artikel 2 § 7 Nr. 2 des Gesetzes vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2457) hat Abs. 4 in Abs. 5 unnummeriert und Abs. 4 eingefügt.

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 17 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 1 Satz 2 „Ausstellung sonstiger Bescheinigungen über“ durch „Beurkundung“ und „wahrgenommene“ durch „wahrgenommener“ ersetzt.

01.09.2013.—Artikel 3 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1800) hat in Abs. 1 Satz 2 „Nachlassverzeichnissen und Nachlassinventaren, die Vermittlung von Nachlass- und Gesamtgutsausinandersetzungen einschließlich der Erteilung von Zeugnissen nach den §§ 36 und 37 der Grundbuchordnung,“ nach „Vermögensverzeichnissen,“ eingefügt.

Artikel 3 Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 5 neu gefasst. Abs. 5 lautete:

„(5) Inwieweit die Notare zur Vermittlung von Nachlaß- und Gesamtgutauseinandersetzungen – einschließlich der Erteilung von Zeugnissen nach §§ 36 und 37 der Grundbuchordnung –, zur Aufnahme von Nachlaßverzeichnissen und Nachlaßinventaren sowie zur Anlegung und Abnahme von Siegeln im Rahmen eines Nachlasssicherungsverfahrens zuständig sind, bestimmt sich nach den landesrechtlichen Vorschriften.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Beurkundungen und Beglaubigungen“.

40 ÄNDERUNGEN

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 4 lit. a des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat Satz 1 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Die Notare sind zuständig, Bescheinigungen über die Vertretungsberechtigung der bei einer Beurkundung oder Unterschriftsbeglaubigung Beteiligten auszustellen, sofern sich die Vertretungsberechtigung aus einer Eintragung im Handelsregister oder in einem ähnlichen Register ergibt.“

§ 57 Abs. 17 Nr. 4 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 3 aufgehoben. Abs. 3 lautete:

„(3) Die Bescheinigung ist auf die Urkunde oder eine Ausfertigung der Urkunde oder ein damit zu verbindendes Blatt zu setzen.“

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 18 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

§ 22

(1) Zur Abnahme von Eiden sowie zu eidlichen Vernehmungen sind die Notare nur zuständig, wenn der Eid oder die eidliche Vernehmung nach dem Recht eines ausländischen Staates oder nach den Bestimmungen einer ausländischen Behörde oder sonst zur Wahrnehmung von Rechten im Ausland erforderlich ist.

(2) Die Aufnahme eidesstattlicher Versicherungen steht den Notaren in allen Fällen zu, in denen einer Behörde oder sonstigen Dienststelle eine tatsächliche Behauptung oder Aussage glaubhaft gemacht werden soll.⁴¹

§ 22a⁴²

§ 23

Die Notare sind auch zuständig, Geld, Wertpapiere und Kostbarkeiten, die ihnen von den Beteiligten übergeben sind, zur Aufbewahrung oder zur Ablieferung an Dritte zu übernehmen; die §§ 57 bis 62 des Beurkundungsgesetzes bleiben unberührt.⁴³

„(1) Die Notare sind zuständig, Bescheinigungen über eine Vertretungsberechtigung auszustellen, sofern sich diese aus einer Eintragung im Handelsregister oder in einem ähnlichen Register ergibt. Die Bescheinigung hat die gleiche Beweiskraft wie ein Zeugnis des Registergerichts.

(2) Der Notar darf die Bescheinigung nur ausstellen, wenn er zuvor das Register oder eine beglaubigte Abschrift desselben eingesehen hat. Er hat den Tag der Einsichtnahme des Registers oder den Tag der Ausstellung der Abschrift in der Bescheinigung anzugeben.“

01.09.2013.—Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1800) hat Abs. 3 eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Sonstige Bescheinigungen“.

41 ÄNDERUNGEN

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 5 des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat Abs. 3 und 4 aufgehoben. Abs. 3 und 4 lauteten:

„(3) Die Notare sind ferner befugt, zu einer Amtshandlung zugezogene Dolmetscher zu beeidigen.

(4) Bei der Abnahme von Eiden und bei der Aufnahme von eidesstattlichen Versicherungen soll der Notar den Beteiligten über die Bedeutung des Eides oder der eidesstattlichen Versicherung belehren und hierüber einen Vermerk in die Niederschrift aufnehmen.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Abnahme von Eiden; Aufnahme eidesstattlicher Versicherungen“.

42 QUELLE

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 6 des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat die Vorschrift eingefügt.

AUFHEBUNG

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 19 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Der Notar kann Bescheinigungen über das Bestehen oder den Sitz einer juristischen Person oder Handelsgesellschaft, die Firmenänderung, eine Verschmelzung oder sonstige rechtserhebliche Umstände ausstellen, wenn sich diese aus einem öffentlichen Register ergeben.

(2) Der Notar darf die Bescheinigung nur erteilen, wenn dargelegt wird, daß sie im Ausland verwendet werden soll.“

43 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 20 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat „; §§ 54a bis 54d des Beurkundungsgesetzes bleiben unberührt“ am Ende eingefügt.

09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat „§§ 54a bis 54d“ durch „die §§ 57 bis 62“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Aufbewahrung und Ablieferung von Wertgegenständen“.

§ 24

(1) Zu dem Amt des Notars gehört auch die sonstige Betreuung der Beteiligten auf dem Gebiete vorsorgender Rechtspflege, insbesondere die Anfertigung von Urkundenentwürfen und die Beratung der Beteiligten. Der Notar ist auch, soweit sich nicht aus anderen Vorschriften Beschränkungen ergeben, in diesem Umfange befugt, die Beteiligten vor Gerichten und Verwaltungsbehörden zu vertreten.

(2) Nimmt ein Notar, der zugleich Rechtsanwalt ist, Handlungen der in Absatz 1 bezeichneten Art vor, so ist anzunehmen, daß er als Notar tätig geworden ist, wenn die Handlung bestimmt ist, Amtsgeschäfte der in den §§ 20 bis 23 bezeichneten Art vorzubereiten oder auszuführen. Im übrigen ist im Zweifel anzunehmen, daß er als Rechtsanwalt tätig geworden ist.

(3) Soweit der Notar kraft Gesetzes ermächtigt ist, im Namen der Beteiligten bei dem Grundbuchamt oder bei den Registerbehörden Anträge zu stellen (insbesondere § 15 Abs. 2 der Grundbuchordnung, § 25 der Schiffsregisterordnung, § 378 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit), ist er auch ermächtigt, die von ihm gestellten Anträge zurückzunehmen. Die Rücknahmeerklärung ist wirksam, wenn sie mit der Unterschrift und dem Amtssiegel des Notars versehen ist; eine Beglaubigung der Unterschrift ist nicht erforderlich.⁴⁴

4. Abschnitt Sonstige Pflichten des Notars⁴⁵

§ 25

(1) Der Notar darf Mitarbeiter mit Befähigung zum Richteramt, Laufbahnprüfung für das Amt des Bezirksnotars oder Abschluß als Diplom-Jurist nur beschäftigen, soweit seine persönliche Amtsausübung nicht gefährdet wird.

(2) Die Landesregierungen oder die von ihnen durch Rechtsverordnung bestimmten Stellen werden ermächtigt, zur Wahrung der Belange einer geordneten Rechtspflege durch Rechtsverordnung zu bestimmen, daß der Notar Mitarbeiter mit Befähigung zum Richteramt, Laufbahnprüfung für das Amt des Bezirksnotars oder Abschluß als Diplom-Jurist nur beschäftigen darf, wenn die Aufsichtsbehörde dies nach Anhörung der Notarkammer genehmigt hat. Die Genehmigung kann mit Auflagen verbunden und mit dem Vorbehalt des Widerrufs erteilt sowie befristet werden.⁴⁶

44 ÄNDERUNGEN

25.04.2006.—Artikel 39 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. April 2006 (BGBl. I S. 866) hat in Abs. 3 Satz 1 „Reichsgesetzes“ durch „Gesetzes“ ersetzt.

01.09.2009.—Artikel 24 Nr. 2 des Gesetzes vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586) hat in Abs. 3 Satz 1 „§§ 129, 147 Abs. 1, §§ 159, 161 Abs. 1 des Gesetzes über die“ durch „§ 378 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den“ ersetzt.

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat in Abs. 3 Satz 1 „Abs. 2“ nach „§ 15“ eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Betreuung und Vertretung der Beteiligten“.

45 QUELLE

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 22 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Überschrift des Abschnitts eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 2 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in der Überschrift des Abschnitts „4. Abschnitt“ durch „Abschnitt 4“ ersetzt.

46 ÄNDERUNGEN

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 7 lit. a des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

4. Abschnitt⁴⁷

§ 26 Förmliche Verpflichtung beschäftigter Personen

Der Notar hat die von ihm beschäftigten Personen bei ihrer Einstellung nach § 1 des Verpflichtungsgesetzes förmlich zu verpflichten. Hierbei ist auf die Bestimmungen des § 14 Absatz 4 und des § 18 besonders hinzuweisen. Hat sich ein Notar mit anderen Personen zur gemeinschaftlichen Berufsausübung zusammengeschlossen und besteht zu den Beschäftigten ein einheitliches Beschäftigungsverhältnis, so genügt es, wenn ein Notar die Verpflichtung vornimmt. Der Notar hat in geeigneter Weise auf die Einhaltung der Verschwiegenheitspflicht durch die von ihm beschäftigten Personen hinzuwirken. Den von dem Notar beschäftigten Personen stehen die Personen gleich, die im Rahmen einer berufsvorbereitenden Tätigkeit oder einer sonstigen Hilfstätigkeit an seiner beruflichen Tätigkeit mitwirken. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht für Notarassessoren und Referendare.⁴⁸

„(1) Die Urschrift der notariellen Urkunde bleibt, soweit sie in der Form einer Niederschrift verfaßt ist, in der Verwahrung des Notars.“

§ 57 Abs. 17 Nr. 7 lit. b und c desselben Gesetzes hat Abs. 2 aufgehoben und Abs. 3 in Abs. 2 unnummeriert. Abs. 2 lautete:

„(2) Der Notar darf die Urschrift aushändigen, wenn glaubhaft gemacht wird, daß sie im Ausland verwendet werden soll und sämtliche Personen zustimmen, die Anspruch auf eine Ausfertigung haben. Er soll in diesem Fall eine Ausfertigung zurückbehalten und auf ihr vermerken, an wen und weshalb die Urschrift ausgehändigt wurde. Die zurückbehaltene Ausfertigung tritt an die Stelle der Urschrift.“

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 21 und 22 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Urschrift der notariellen Urkunde bleibt, wenn sie nicht auszuhändigen ist, in der Verwahrung des Notars.

(2) Haben die Beteiligten bei einem Erbvertrag die besondere amtliche Verwahrung ausgeschlossen, so bleibt die Urkunde in der Verwahrung des Notars. Nach Eintritt des Erbfalls hat er die Urkunde an das Nachlaßgericht abzuliefern, in dessen Verwahrung sie verbleibt.“

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 6 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat Satz 2 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Die Genehmigung kann mit Auflagen verbunden oder befristet werden.“

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 9 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 2 Satz 1 „durch Rechtsverordnung“ nach „ihnen“ eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Beschäftigung von Mitarbeitern“.

47 AUFHEBUNG

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 22 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Überschrift des Abschnitts aufgehoben. Die Überschrift lautete: „Prüfungs- und Belehrungspflicht des Notars“.

48 AUFHEBUNG

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 8 des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Der Notar hat bei der Beurkundung von Rechtsgeschäften darauf Bedacht zu nehmen, daß Irrtümer und Zweifel vermieden sowie unerfahrene und ungewandte Beteiligte nicht benachteiligt werden. Er hat zu diesem Zweck den Willen der Beteiligten sorgfältig zu ermitteln, den Sachverhalt möglichst vollständig aufzuklären, die Beteiligten über die rechtliche Tragweite des Geschäfts zu belehren und ihre Erklärungen klar und unzweideutig in der Niederschrift wiederzugeben.“

QUELLE

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 22 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

09.11.2017.—Artikel 4 Nr. 2 des Gesetzes vom 30. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3618) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 26

Der Notar hat die bei ihm beschäftigten Personen mit Ausnahme der Notarassessoren und der ihm zur Ausbildung zugewiesenen Referendare bei der Einstellung nach § 1 des Verpflichtungsgesetzes

§ 26a Inanspruchnahme von Dienstleistungen

(1) Der Notar darf Dienstleistern ohne Einwilligung der Beteiligten den Zugang zu Tatsachen eröffnen, auf die sich die Verpflichtung zur Verschwiegenheit gemäß § 18 bezieht, soweit dies für die Inanspruchnahme der Dienstleistung erforderlich ist. Dienstleister ist eine andere Person oder Stelle, die vom Notar im Rahmen seiner Berufsausübung mit Dienstleistungen beauftragt wird.

(2) Der Notar ist verpflichtet, den Dienstleister sorgfältig auszuwählen. Die Zusammenarbeit muss unverzüglich beendet werden, wenn die Einhaltung der dem Dienstleister gemäß Absatz 3 zu machenden Vorgaben nicht gewährleistet ist.

(3) Der Vertrag mit dem Dienstleister bedarf der Schriftform. In ihm ist

1. der Dienstleister unter Belehrung über die strafrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung zur Verschwiegenheit zu verpflichten,
2. der Dienstleister zu verpflichten, sich nur insoweit Kenntnis von fremden Geheimnissen zu verschaffen, als dies zur Vertragserfüllung erforderlich ist, und
3. festzulegen, ob der Dienstleister befugt ist, weitere Personen zur Erfüllung des Vertrags heranzuziehen; für diesen Fall ist dem Dienstleister aufzuerlegen, diese Personen in schriftlicher Form zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(4) Bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen, die unmittelbar einem einzelnen Amtsgeschäft dienen, darf der Notar dem Dienstleister den Zugang zu fremden Geheimnissen nur dann eröffnen, wenn der Beteiligte darin eingewilligt hat.

(5) Die Absätze 2 und 3 gelten auch für den Fall der Inanspruchnahme von Dienstleistungen, in die die Beteiligten eingewilligt haben, sofern die Beteiligten nicht ausdrücklich auf die Einhaltung der in den Absätzen 2 und 3 genannten Anforderungen verzichtet haben.

(6) Absatz 3 gilt nicht in den Fällen, in denen der Dienstleister nach § 1 des Verpflichtungsgesetzes förmlich verpflichtet wurde. Absatz 3 Satz 2 gilt nicht, soweit der Dienstleister hinsichtlich der zu erbringenden Dienstleistung gesetzlich zur Verschwiegenheit verpflichtet ist.

(7) Andere Vorschriften, die für Notare die Inanspruchnahme von Dienstleistungen einschränken, sowie die Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten bleiben unberührt.⁴⁹

§ 27

(1) Der Notar hat eine Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung oder zur gemeinsamen Nutzung der Geschäftsräume unverzüglich der Aufsichtsbehörde und der Notarkammer anzuzeigen. Diese Anzeigepflicht gilt auch für berufliche Verbindungen im Sinne von § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 des Beurkundungsgesetzes. Anzuzeigen sind Name, Beruf, weitere berufliche Tätigkeiten und Tätigkeitsort der Beteiligten. § 9 bleibt unberührt.

(2) Auf Anforderung hat der Notar der Aufsichtsbehörde und der Notarkammer die Vereinbarung über die gemeinsame Berufsausübung oder die gemeinsame Nutzung der Geschäftsräume vorzulegen.⁵⁰

förmlich zu verpflichten. Hierbei ist auf die Bestimmungen in § 14 Abs. 4 und § 18 besonders hinzuweisen. Besteht ein einheitliches Beschäftigungsverhältnis zu mehreren Notaren, so genügt es, wenn einer von ihnen die Verpflichtung vornimmt.“

49 QUELLE

09.11.2017.—Artikel 4 Nr. 2 des Gesetzes vom 30. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3618) hat die Vorschrift eingefügt.

50 AUFHEBUNG

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 8 des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Der Notar hat bei der Beurkundung von Erklärungen die Person der Beteiligten mit besonderer Sorgfalt festzustellen.

(2) Kennt der Notar die Beteiligten, so soll er dies in der Niederschrift angeben. Kennt er sie nicht, so soll er angeben, wie er sich Gewißheit über ihre Person verschafft hat. Bei der Vorlage eines Auswei-

§ 28

Der Notar hat durch geeignete Vorkehrungen die Wahrung der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit seiner Amtsführung, insbesondere die Einhaltung der Mitwirkungsverbote und weiterer Pflichten nach den Bestimmungen dieses Gesetzes, des Beurkundungsgesetzes und des Gerichts- und Notarkostengesetzes sicherzustellen.⁵¹

§ 29

(1) Der Notar hat jedes gewerbliche Verhalten, insbesondere eine dem öffentlichen Amt widersprechende Werbung zu unterlassen.

(2) Eine dem Notar in Ausübung seiner Tätigkeiten nach § 8 erlaubte Werbung darf sich nicht auf seine Tätigkeit als Notar erstrecken.

ses ist seine Gültigkeit, bei der Vorstellung der Beteiligten durch Dritte ist ihre Glaubwürdigkeit zu prüfen. Als Erkennungszeugen sind regelmäßig nur solche Personen geeignet, die der Notar selbst als zuverlässig kennt und die nicht an der den Gegenstand der Amtshandlung bildenden Angelegenheit beteiligt sind oder zu einem Beteiligten in näheren verwandtschaftlichen oder sonstigen dem Notar bekannten Beziehungen stehen.

(3) Kann sich der Notar über die Person eines Beteiligten keine volle Gewißheit verschaffen, so soll er die Vornahme des Geschäfts in der Regel ablehnen. Nimmt er auf Verlangen die Amtshandlung ohne ausreichende Feststellung der Person vor, so soll er dies in der Niederschrift unter Angabe des Sachverhalts und der zur Feststellung der Person vorgebrachten Unterlagen angeben.

(4) Der Notar soll in der Urkunde die Person der Beteiligten so genau bezeichnen, daß Zweifel und Verwechslungen ausgeschlossen sind. Zur Unterscheidung häufig vorkommender Namen sind möglichst der Geburtstag und die genaue Wohnung, bei verheirateten Frauen ihr Mädchenname beizufügen.“

QUELLE

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 22 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

18.12.2007.—Artikel 3 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

Artikel 3 Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat im neuen Abs. 1 Satz 3 „beteiligten Berufsangehörigen“ durch „Beteiligten“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Anzeigepflicht bei Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung“.

51 AUFHEBUNG

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 8 des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Vor der Beurkundung von Rechtsgeschäften soll sich der Notar von der Geschäftsfähigkeit der Beteiligten überzeugen. Sind Erklärungen schwerkranker Personen zu beurkunden, so soll er die Tatsache der Erkrankung und seine Feststellungen über die Geschäftsfähigkeit in der Niederschrift angeben.

(2) Überzeugt sich der Notar davon, daß ein Beteiligter die erforderliche Geschäftsfähigkeit nicht besitzt, so hat er die Beurkundung abzulehnen. Bleibt er im Zweifel, so soll er dies in der Niederschrift feststellen.“

QUELLE

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 22 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.08.2013.—Artikel 14 Nr. 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586) hat „der Kostenordnung“ durch „des Gerichts- und Notarkostengesetzes“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Sicherstellung der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit“.

(3) Ein Anwaltsnotar, der sich nach § 9 Absatz 2 mit nicht an seinem Amtssitz tätigen Personen verbunden hat oder der weitere Kanzleien oder Zweigstellen unterhält, darf auf Geschäftspapieren, in Verzeichnissen, in der Werbung und auf nicht an einer Geschäftsstelle befindlichen Geschäftsschildern seine Amtsbezeichnung als Notar nur unter Hinweis auf seinen Amtssitz angeben. Der Hinweis muss der Amtsbezeichnung unmittelbar nachfolgen, ihr im Erscheinungsbild entsprechen und das Wort „Amtssitz“ enthalten. Satz 1 gilt nicht, soweit die Geschäftspapiere, die Verzeichnisse oder die Werbung keinen Hinweis auf die Verbindung nach § 9 Absatz 2 oder weitere Kanzleien oder Zweigstellen enthalten.

(4) Amts- und Namensschilder dürfen nur an Geschäftsstellen geführt werden.⁵²

§ 30

(1) Der Notar hat bei der Ausbildung des beruflichen Nachwuchses und von Referendaren nach besten Kräften mitzuwirken.

(2) Der Notar hat den von ihm beschäftigten Auszubildenden eine sorgfältige Fachausbildung zu vermitteln.⁵³

52 AUFHEBUNG

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 8 des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Bei der Beurkundung von Rechtsgeschäften soll der Notar die Vertretungsmacht und die Verfügungsbefugnis der Beteiligten prüfen. Bestehen Zweifel, so soll er die Beteiligten über die Rechtslage belehren und einen entsprechenden Vorbehalt in die Urkunde aufnehmen.

(2) Stellt der Notar fest, daß die Vertretungsmacht oder Verfügungsbefugnis fehlt und daß auch eine nachträgliche Genehmigung durch die Berechtigten nicht möglich ist, so hat er die Beurkundung abzulehnen.

(3) Bei der Verhandlung vorgelegte Vollmachten und Ausweise über die Berechtigung eines gesetzlichen Vertreters soll der Notar in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift der Niederschrift beifügen. Ergibt sich die Vertretungsberechtigung aus einer Eintragung im Handelsregister oder in einem ähnlichen Register, so genügt eine Bescheinigung des Notars nach § 21.

(4) Bei Rechtsgeschäften Minderjähriger soll der Notar in der Regel deren Alter in der Urkunde angeben, auch wenn die Erklärungen durch einen Vertreter abgegeben werden.“

QUELLE

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 22 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift eingefügt.

ENTSCHEIDUNG DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS

§ 29 Abs. 3 Satz 1 ist mit Artikel 12 Abs. 1 des Grundgesetzes unvereinbar und nichtig, soweit er bestimmt, dass ein Anwaltsnotar, der sich nach § 9 Abs. 2 der Bundesnotarordnung mit nicht an seinem Amtssitz tätigen Personen verbunden oder mit ihnen gemeinsame Geschäftsräume hat, seine Amtsbezeichnung als Notar auf Drucksachen und anderen Geschäftspapieren nur angeben darf, wenn sie von seiner Geschäftsstelle aus versandt werden (Beschluss vom 8. März 2005 – 1 BvR 2561/03 – BGBl. I S. 1413).

ÄNDERUNGEN

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 10 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat Abs. 3 durch Abs. 3 und 4 ersetzt. Abs. 3 lautete:

„(3) Ein Anwaltsnotar, der sich nach § 9 Abs. 3 mit nicht an seinem Amtssitz tätigen Personen verbunden oder mit ihnen gemeinsame Geschäftsräume hat, darf seine Amtsbezeichnung als Notar auf Drucksachen und anderen Geschäftspapieren nur angeben, wenn sie von seiner Geschäftsstelle aus versandt werden und auch nur auf demjenigen Amts- oder Namensschild führen, das an seinem Amtssitz auf seine Geschäftsstelle hinweist. In überörtlich verwendeten Verzeichnissen ist der Angabe der Amtsbezeichnung ein Hinweis auf den Amtssitz hinzuzufügen.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Werbeverbot“.

53 AUFHEBUNG

§ 31

Der Notar hat sich gegenüber Kollegen, Gerichten, Behörden, Rechtsanwälten und anderen Beratern seiner Auftraggeber in der seinem Amt entsprechenden Weise zu verhalten.⁵⁴

§ 32

Der Notar hat das Bundesgesetzblatt Teil I, das Gesetzblatt des Landes, das Bekanntmachungsblatt der Landesjustizverwaltung und das Verkündungsblatt der Bundesnotarkammer zu halten. Sind mehrere Notare zu gemeinsamer Berufsausübung verbunden, so genügt der gemeinschaftliche Bezug je eines Stücks.⁵⁵

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 8 des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Bedarf ein Geschäft der Genehmigung oder Bestätigung durch eine Behörde, so soll der Notar die Beteiligten darauf hinweisen und dies in der Niederschrift vermerken. Dies gilt auch, wenn der Notar über die Notwendigkeit der Genehmigung oder Bestätigung Zweifel hegt.“

QUELLE

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 22 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Ausbildungspflicht“.

54 AUFHEBUNG

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 8 des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Bestehen in anderen als den in den §§ 28 bis 30 bezeichneten Fällen Zweifel, ob das Geschäft mit den gesetzlichen Vorschriften im Einklang steht, ob es nichtig ist oder ob es dem wahren Willen der Beteiligten entspricht, so hat der Notar seine Bedenken mit den Beteiligten zu erörtern.

(2) Bleibt der Notar über die Gültigkeit des Geschäfts im Zweifel und bestehen die Beteiligten auf der Beurkundung, so soll der Notar die Belehrung und die dazu abgegebenen Erklärungen der Beteiligten in der Niederschrift vermerken.“

QUELLE

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 22 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Verhalten des Notars“.

55 AUFHEBUNG

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 8 des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Bestimmungen über die Feststellung der Person (§ 27) gelten auch bei der Beglaubigung einer Unterschrift oder eines Handzeichens. Kennt der Notar die Beteiligten, so braucht er dies im Beglaubigungsvermerk jedoch nicht anzugeben.

(2) Bei der Beglaubigung einer Unterschrift oder eines Handzeichens hat der Notar die Urkunde darauf zu prüfen, ob Gründe bestehen, seine Amtstätigkeit nach § 14 Abs. 2, § 16 zu versagen. Zu einer weitergehenden Prüfung ist der Notar nur auf Grund eines besonderen Auftrags verpflichtet; ohne einen solchen Auftrag ist er den Beteiligten in keinem Fall wegen unterbliebener Prüfung des Inhalts der Urkunde verantwortlich.

(3) Unterschriften oder Handzeichen ohne zugehörigen Text soll der Notar nur dann beglaubigen, wenn die Beteiligten glaubhaft machen, daß sie die Beglaubigung vor der Festlegung des Urkundeninhalts benötigen, und wenn ein Mißbrauch nicht zu befürchten ist. In dem Beglaubigungsvermerk ist anzugeben, daß bei der Beglaubigung ein durch die Unterschrift oder das Handzeichen gedeckter Text nicht vorhanden war.“

QUELLE

§ 33 Elektronische Signatur

(1) Der Notar muss über ein auf Dauer prüfbares qualifiziertes Zertifikat eines qualifizierten Vertrauensdiensteanbieters und über die technischen Mittel für die Erzeugung und Validierung qualifizierter elektronischer Signaturen verfügen. Bei der erstmaligen Beantragung eines qualifizierten Zertifikats für elektronische Signaturen hat die Identifizierung durch die öffentliche Beglaubigung der Unterschrift des Notars unter dem Antrag zu erfolgen. Das qualifizierte Zertifikat muss mit einem Attribut versehen sein, welches den Inhaber als Notar ausweist und daneben den Amtssitz des Notars sowie das Land und die Notarkammer enthält, in deren Bezirk der Notar seinen Amtssitz hat.

(2) Der Notar darf sein qualifiziertes Zertifikat nur von einem qualifizierten Vertrauensdiensteanbieter beziehen, der gewährleistet, dass das Zertifikat unverzüglich gesperrt wird, sobald das Erlöschen des Amtes des Notars oder eine vorläufige Amtsenthebung in das Notarverzeichnis eingetragen wird.

(3) Der Notar darf die zur Erzeugung amtlicher qualifizierter Signaturen bestimmten elektronischen Signaturerstellungsdaten nur selbst verwalten. Er darf die hierzu bestimmte qualifizierte elektronische Signaturerstellungseinheit keiner anderen Person überlassen und er darf keine Wissensdaten preisgeben, die er zur Identifikation gegenüber seiner qualifizierten elektronischen Signaturerstellungseinheit benutzt.⁵⁶

§ 34 Meldepflichten

Der Notar hat der Aufsichtsbehörde sowie derjenigen Notarkammer, in deren Bezirk er seinen Amtssitz hat, unverzüglich mitzuteilen, wenn er feststellt oder begründeten Anlass zu der Annahme hat, dass

1. sein Amtssiegel dauerhaft oder zeitweise abhandengekommen ist oder missbraucht wurde oder eine Fälschung seines Amtssiegels im Umlauf ist,
2. seine qualifizierte elektronische Signaturerstellungseinheit abhandengekommen ist, missbraucht oder manipuliert wurde oder Wissensdaten zur Identifikation des Notars gegenüber der qualifizierten elektronischen Signaturerstellungseinheit einer anderen Person bekannt geworden sind,
3. Wissensdaten oder andere Vorkehrungen, die zum Schutz des Elektronischen Urkundenarchivs, des Elektronischen Notaraktenspeichers, des Zentralen Vorsorgeregisters oder des Zentralen Testamentsregisters vor unbefugtem Zugang vorgesehen sind, missbraucht, manipuliert oder Unbefugten zugänglich geworden sind.

Im Fall des Satzes 1 Nummer 2 hat der Notar außerdem unverzüglich eine Sperrung des qualifizierten Zertifikats bei dem Vertrauensdiensteanbieter zu veranlassen und den Nachweis über die Sperrung mit der Mitteilung nach Satz 1 vorzulegen. Im Fall des Satzes 1 Nummer 3 hat die Notarkammer unverzüglich die Bundesnotarkammer zu unterrichten, wenn Anlass zu der Annahme besteht,

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 22 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Bezug von Gesetzes- und Amtsblättern“.

56 AUFHEBUNG

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 8 des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Bei der Beurkundung der Veräußerung von Grundstücken, an denen ein gesetzliches Vorkaufsrecht besteht, soll der Notar die Beteiligten auf das Bestehen und die Bedeutung des Vorkaufsrechts hinweisen.“

QUELLE

09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift eingefügt.

dass die Sicherheit des Elektronischen Urkundenarchivs, des Elektronischen Notaraktenspeichers, des Zentralen Vorsorgeregisters oder des Zentralen Testamentsregisters auch im Hinblick auf die von anderen Stellen übermittelten oder verwahrten Daten betroffen ist.⁵⁷

Abschnitt 4a **Führung der Akten und Verzeichnisse⁵⁸**

§ 35 Führung der Akten und Verzeichnisse

(1) Der Notar ist verpflichtet, Akten und Verzeichnisse so zu führen, dass deren Verfügbarkeit, Integrität, Transparenz und Vertraulichkeit gewährleistet sind.

(2) Der Notar kann Akten und Verzeichnisse in Papierform oder elektronisch führen, soweit die Form nicht durch oder auf Grund eines Gesetzes vorgeschrieben ist. Zusätzlich darf er für die Aktenführung Hilfsmittel verwenden, deren Vertraulichkeit ebenfalls zu gewährleisten ist.

(3) Akten und Verzeichnisse in Papierform darf der Notar außerhalb seiner Geschäftsstelle nur bei der Notarkammer oder mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde führen. Seine Verfügungsgewalt muss gewahrt bleiben. Außer im Fall der Führung bei der Notarkammer darf eine gemeinsame Führung nur im Zusammenschluss mit anderen Notaren erfolgen. Die Genehmigung nach Satz 1 ist zu erteilen, wenn sichergestellt ist, dass die Anforderungen des Absatzes 1 und des Satzes 2 eingehalten werden. Die Genehmigung kann mit Auflagen verbunden, mit dem Vorbehalt des Widerrufs erteilt oder befristet werden. Vor der Erteilung oder der Aufhebung der Genehmigung ist die Notarkammer anzuhören. Die Führung bei der Notarkammer ist der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

(4) Elektronische Akten und Verzeichnisse darf der Notar außerhalb der Geschäftsstelle nur im Elektronischen Urkundenarchiv oder im Elektronischen Notaraktenspeicher führen.

(5) Zur Führung der Akten und Verzeichnisse dürfen nur Personen herangezogen werden, die bei dem Notar oder im Fall des Absatzes 3 Satz 3 bei dem Zusammenschluss der Notare beschäftigt sind. Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 bleiben unberührt.

(6) Nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen ist die verwahrende Stelle verpflichtet, die in Papierform geführten Akten und Verzeichnisse zu vernichten und die elektronisch geführten Akten und Verzeichnisse zu löschen, sofern nicht im Einzelfall eine weitere Aufbewahrung erforderlich ist.⁵⁹

57 AUFHEBUNG

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 8 des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Beurkundet der Notar Rechtsvorgänge, die unter das Grunderwerbsteuergesetz oder das Kapitalverkehrsteuergesetz fallen, so soll er die Beteiligten darauf hinweisen, daß die Eintragung im Grundbuch oder im Handelsregister erst vorgenommen wird, wenn die Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamts vorliegt.

(2) Soweit gerichtliche Handlungen von der Vorauszahlung oder Sicherstellung der Kosten abhängig sind, soll der Notar auch darauf hinweisen.“

QUELLE

09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift eingefügt.

58 QUELLE

09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift des Abschnitts eingefügt.

59 AUFHEBUNG

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 8 des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Bei Geschäften, die im Grundbuch eingetragene Rechte zum Gegenstand haben, soll sich der Notar darüber vergewissern, ob die Beteiligten eine zuverlässige Kenntnis des Grundbuchstandes besitzen. Kann er diese Gewißheit nicht erlangen, so soll er die Beteiligten, falls er nicht selbst den Grundbuchinhalt feststellt, über die Notwendigkeit der Grundbucheinsicht belehren und die Beurkundung

§ 36 Verordnungsermächtigung zu Akten und Verzeichnissen

(1) Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die näheren Bestimmungen zu treffen über die vom Notar zu führenden Akten und Verzeichnisse, über deren Inhalt sowie die Art und Weise ihrer Führung. Insbesondere sind darin nähere Bestimmungen zu treffen über

1. die vom Notar zu den Akten zu nehmenden Unterlagen sowie die in die Verzeichnisse einzutragenden Angaben einschließlich der zu erhebenden Daten und der insoweit zu beachtenden Fristen,
2. die Aufbewahrungsfristen,
3. die Einzelheiten der elektronischen Führung von Akten und Verzeichnissen nach § 35 Absatz 2 sowie über die Maßnahmen zur Gewährleistung der Vertraulichkeit, der Integrität, der Transparenz und der Verfügbarkeit auch über die Amtszeit des Notars hinaus einschließlich der zulässigen Datenformate sowie der Schnittstellen und der Datenverknüpfungen zwischen den Akten und Verzeichnissen,
4. die Voraussetzungen, unter denen die durch oder auf Grund eines Gesetzes vorgesehene Übertragung eines in Papierform vorliegenden Schriftstücks in die elektronische Form unterbleiben kann.

Bei der Bemessung der Aufbewahrungsfristen nach Satz 2 Nummer 2 ist insbesondere der Zweck der Verfügbarkeit der Akten und Verzeichnisse im Hinblick auf die Bedürfnisse einer geordneten Rechtspflege sowie der Umstand zu berücksichtigen, dass bei Amtshaftungsansprüchen die Möglichkeit der Sachaufklärung gegeben bleibt.

(2) Die Rechtsverordnung kann vorsehen, dass neben den für das Auffinden von Urkunden erforderlichen Eintragungen weitere Angaben in das Urkundenverzeichnis eingetragen werden können oder sollen. Sie kann zudem nähere Bestimmungen treffen über die Verwendung der im Urkundenverzeichnis gespeicherten Daten

1. im elektronischen Rechtsverkehr mit Gerichten, Behörden und Dritten,
2. zur Führung anderer Akten und Verzeichnisse des Notars sowie
3. für die Zwecke der Aufsicht.⁶⁰

nur vornehmen, wenn die Beteiligten trotz Belehrung über die damit verbundenen Gefahren auf einer sofortigen Beurkundung bestehen.

(2) Bei der Beurkundung oder Beglaubigung der Abtretung oder Belastung eines Briefpfandrechts soll der Notar in der Urkunde feststellen, ob der Brief vorgelegen hat.“

QUELLE

01.01.2020.—Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift eingefügt.

60 AUFHEBUNG

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 8 des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Vor der Beurkundung einer Auflassung oder der Bestellung oder Übertragung eines grundstücksgleichen Rechts soll der Notar das Grundbuch oder eine beglaubigte Abschrift des Grundbuchs einsehen. Er kann sich dabei einer anderen Person bedienen, wenn ihm diese als hinreichend sachkundig und zuverlässig bekannt ist; seine Verantwortlichkeit wird hierdurch nicht gemindert. Die Einsicht einer Grundbuchabschrift genügt nur dann, wenn diese in jüngster Zeit ausgestellt oder berichtigt und es nach den Umständen unwahrscheinlich ist, daß in der Zwischenzeit Änderungen vorgenommen worden sind.

(2) Der Notar soll in der Urkunde angeben, daß er den Grundbuchinhalt festgestellt oder eine beglaubigte Grundbuchabschrift eingesehen hat. Den Tag der Ausstellung oder Richtigstellung einer Grundbuchabschrift soll er in der Urkunde vermerken.

(3) Mit Einverständnis der Beteiligten kann der Notar von der Einsichtnahme in das Grundbuch oder in eine Grundbuchabschrift absehen. Das Einverständnis soll in der Niederschrift vermerkt werden.“

§ 37⁶¹

**5. Abschnitt
Abwesenheit und Verhinderung des Notars. Notarvertreter⁶²**

§ 38

Will sich der Notar länger als eine Woche von seinem Amtssitz entfernen oder ist er aus tatsächlichen Gründen länger als eine Woche an der Ausübung seines Amtes verhindert, so hat er dies der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen. Er bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, wenn die Abwesenheit von dem Amtssitz länger als einen Monat dauern soll.⁶³

§ 39

(1) Die Aufsichtsbehörde kann dem Notar auf seinen Antrag für die Zeit seiner Abwesenheit oder Verhinderung einen Vertreter bestellen; die Bestellung kann auch von vornherein für die während eines Kalenderjahres eintretenden Behinderungsfälle ausgesprochen werden (ständiger Vertreter). Die Bestellung soll in der Regel die Dauer von einem Jahr nicht überschreiten.

(2) Im Fall der vorläufigen Amtsenthebung kann ein Vertreter auch ohne Antrag bestellt werden. Dies gilt auch, wenn ein Notar es unterläßt, die Bestellung eines Vertreters zu beantragen, obwohl er aus gesundheitlichen Gründen zur ordnungsgemäßen Ausübung seines Amtes vorübergehend unfähig ist.

(3) Zum Vertreter darf nur bestellt werden, wer fähig ist, das Amt eines Notars zu bekleiden. Die ständige Vertretung soll nur einem Notar, Notarassessor oder Notar außer Dienst übertragen werden; als ständiger Vertreter eines Anwaltsnotars kann nach Anhörung der Notarkammer auch ein Rechtsanwalt bestellt werden. Es soll – abgesehen von den Fällen des Absatzes 2 – nur bestellt werden, wer von dem Notar vorgeschlagen und zur Übernahme des Amtes bereit ist. Für den Notar kann auch ein nach § 1896 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestellter Betreuer oder ein nach § 1911 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestellter Pfleger den Antrag stellen und den Vertreter vorschlagen.

(4) Auf den Vertreter sind die für den Notar geltenden Vorschriften mit Ausnahme des § 19a entsprechend anzuwenden, soweit nicht nachstehend etwas anderes bestimmt ist.⁶⁴

QUELLE

09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift eingefügt.

61 AUFHEBUNG

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 8 des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Hat der Notar Erklärungen beurkundet, die zur Einreichung bei dem Grundbuchamt oder Registergericht bestimmt sind, so soll er, wenn die Beteiligten nichts anderes verlangen, die Urkunde, sobald sie eingereicht werden kann, unverzüglich dem Grundbuchamt oder Registergericht einreichen. Wünschen die Beteiligten eine spätere Einreichung, so soll der Notar sie erforderlichenfalls auf die Gefahr einer verspäteten Einreichung hinweisen.“

62 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 2 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in der Überschrift des Abschnitts „5. Abschnitt“ durch „Abschnitt 5“ und den Punkt durch ein Semikolon ersetzt.

63 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Anzeige von Abwesenheit oder Verhinderung“.

64 ÄNDERUNGEN

01.01.1983.—Artikel 1 Nr. 4 des Gesetzes vom 7. August 1981 (BGBl. I S. 803) hat Abs. 4 neu gefasst. Abs. 4 lautete:

„(4) Auf den Vertreter sind die für den Notar geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden, soweit nicht nachstehend etwas anderes bestimmt ist.“

§ 40

(1) Der Vertreter wird durch schriftliche Verfügung bestellt. Er hat, sofern er nicht schon als Notar vereidigt ist, vor dem Beginn der Vertretung vor dem Präsidenten des Landgerichts den Amtseid (§ 13) zu leisten. Ist er schon einmal als Vertreter eines Notars nach § 13 vereidigt worden, so genügt es, wenn er auf den früher geleisteten Eid hingewiesen wird.

(2) Die Bestellung des Vertreters kann jederzeit widerrufen werden.⁶⁵

§ 41

(1) Der Vertreter versieht das Amt auf Kosten des Notars. Er hat seiner Unterschrift einen ihn als Vertreter kennzeichnenden Zusatz beizufügen und Siegel und Stempel des Notars zu gebrauchen.

(2) Er soll sich der Ausübung des Amtes auch insoweit enthalten, als dem von ihm vertretenen Notar die Amtsausübung untersagt wäre.⁶⁶

§ 42

Für vermögensrechtliche Streitigkeiten zwischen dem Notar und dem Notarvertreter, welche die Vergütung oder die Haftung für Amtspflichtverletzungen betreffen, sind die Landgerichte ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes ausschließlich zuständig.⁶⁷

§ 43

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 9 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat Satz 2 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Dies gilt auch, wenn ein Notar es unterläßt, die Bestellung eines Vertreters zu beantragen, obwohl er infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zur ordnungsgemäßen Ausübung seines Amtes vorübergehend unfähig ist.“

01.01.1992.—Artikel 7 § 15 Nr. 1 des Gesetzes vom 12. September 1990 (BGBl. I S. 2002) hat in Abs. 3 Satz 4 „§§ 1910, 1911“ durch „§ 1896 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestellter Betreuer oder ein nach § 1911“ ersetzt.

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 23 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

01.05.2002.—Artikel 30 Nr. 1 des Gesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1467) hat in Abs. 2 Satz 2 „infolge eines körperlichen Gebrechens, wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte oder wegen einer Sucht zur ordnungsgemäßen“ durch „aus gesundheitlichen Gründen zur ordnungsgemäßen“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Bestellung eines Vertreters“.

65 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Schriftliche Verfügung, Amtseid, Widerruf der Vertreterbestellung“.

66 ÄNDERUNGEN

01.01.1970.—§ 57 Abs. 17 Nr. 9 des Gesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Er soll sich der Ausübung des Amtes auch insoweit enthalten, als der von ihm vertretene Notar von der Amtsausübung ausgeschlossen sein würde.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Amtsausübung des Vertreters“.

67 ÄNDERUNGEN

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 10 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat Satz 2 aufgehoben. Satz 2 lautete: „Eine erweiterte Zulässigkeit von Rechtsmitteln nach den Vorschriften in § 511a Abs. 4 und § 547 Abs. 1 Nr. 2 der Zivilprozeßordnung wird hierdurch nicht begründet.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Zuständigkeit für Streitigkeiten zwischen Notar und Notarvertreter“.

Der Notar hat dem ihm von Amts wegen bestellten Vertreter (§ 39 Abs. 2) eine angemessene Vergütung zu zahlen.⁶⁸

§ 44

(1) Die Amtsbefugnis des Vertreters beginnt mit der Übernahme des Amtes und endet, wenn die Bestellung nicht vorher widerrufen wird, mit der Übergabe des Amtes an den Notar. Während dieser Zeit soll sich der Notar der Ausübung seines Amtes enthalten.

(2) Die Amtshandlungen des Vertreters sind nicht deshalb ungültig, weil die für seine Bestellung nach § 39 erforderlichen Voraussetzungen nicht vorhanden waren oder später weggefallen sind.⁶⁹

§ 45

(1) Für die Dauer der Abwesenheit oder Verhinderung kann der Notar, wenn ihm ein Vertreter nicht bestellt ist, seine Akten einschließlich der Verzeichnisse und Bücher einem anderen Notar im Bezirk desselben oder eines benachbarten Amtsgerichts oder dem Amtsgericht, in dessen Bezirk er seinen Amtssitz hat, in Verwahrung geben. Die Verwahrung durch einen anderen Notar ist dem Amtsgericht mitzuteilen.

(2) Der Notar oder das Amtsgericht, dem die Akten in Verwahrung gegeben sind, hat an Stelle des abwesenden oder verhinderten Notars Ausfertigungen und Abschriften zu erteilen und Einsicht der Akten zu gestatten.

(3) Hat der Notar für die Dauer seiner Abwesenheit oder Verhinderung seine Akten nicht nach Absatz 1 in Verwahrung gegeben und wird die Erteilung einer Ausfertigung oder Abschrift aus den Akten oder die Einsicht der Akten verlangt, so hat das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Notar seinen Amtssitz hat, die Akten in Verwahrung zu nehmen und die beantragte Amtshandlung vorzunehmen.

(4) Der Notar, der die Akten in Verwahrung hat, erteilt die Ausfertigungen und beglaubigten Abschriften mit seiner Unterschrift und unter seinem Siegel oder Stempel. Für die Erteilung der Ausfertigungen oder Abschriften durch das Amtsgericht gelten die Vorschriften über die Erteilung von Ausfertigungen oder Abschriften gerichtlicher Urkunden. In dem Ausfertigungsvermerk soll auf die Abwesenheit oder Verhinderung des Notars hingewiesen werden.

(5) Die Kosten für die Erteilung von Ausfertigungen oder Abschriften stehen, wenn die Akten durch einen Notar verwahrt werden, diesem und, wenn die Akten durch das Amtsgericht verwahrt werden, der Staatskasse zu.⁷⁰

68 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Vergütung des von Amts wegen bestellten Vertreters“.

69 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Dauer der Amtsbefugnis des Vertreters“.

70 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 4 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift neu gefasst. Die neue Fassung lautet:

„§ 45 Verwahrung bei Abwesenheit oder Verhinderung

(1) Für die Dauer der Abwesenheit oder Verhinderung kann der Notar, dem kein Vertreter bestellt ist, seine Akten und Verzeichnisse sowie die ihm amtlich übergebenen Urkunden und Wertgegenstände einem anderen Notar im Bezirk desselben oder eines benachbarten Amtsgerichts in seinem Amtsbezirk oder der Notarkammer, in deren Bezirk er seinen Amtssitz hat, in Verwahrung geben. § 51a gilt entsprechend. Die Verwahrung durch einen anderen Notar ist der Notarkammer und der Aufsichtsbehörde mitzuteilen. Die Verwahrung durch die Notarkammer ist der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

(2) Der Notar oder die Notarkammer, dem oder der die Akten und Verzeichnisse in Verwahrung gegeben sind, hat an Stelle des abwesenden oder verhinderten Notars Ausfertigungen und Abschriften zu erteilen und Einsicht in die Akten zu gewähren.

§ 46

Für eine Amtspflichtverletzung des Vertreters haftet der Notar dem Geschädigten neben dem Vertreter als Gesamtschuldner. Im Verhältnis zwischen dem Notar und dem Vertreter ist der Vertreter allein verpflichtet.⁷¹

6. Abschnitt

Erlöschen des Amtes. Vorläufige Amtsenthebung. Notariatsverwalter⁷²

§ 47

Das Amt des Notars erlischt durch

1. Entlassung aus dem Amt (§ 48),
2. Erreichen der Altersgrenze (§ 48a) oder Tod,
3. vorübergehende Amtsniederlegung (§§ 48b, 48c),
4. bestandskräftigen Wegfall der Mitgliedschaft in einer Rechtsanwaltskammer im Fall des § 3 Absatz 2,
5. rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilung, die einen Amtsverlust (§ 49) zur Folge hat,
6. bestandskräftige Amtsenthebung (§ 50),
7. rechtskräftiges disziplinargerichtliches Urteil, in dem auf Entfernung aus dem Amt (§ 97 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3, Absatz 3) erkannt worden ist.⁷³

(3) Hat der Notar für die Dauer seiner Abwesenheit oder Verhinderung seine Akten und Verzeichnisse nicht nach Absatz 1 in Verwahrung gegeben und wird die Erteilung einer Ausfertigung oder Abschrift aus den Akten oder die Einsicht in die Akten verlangt, so hat die Notarkammer, in deren Bezirk der Notar seinen Amtssitz hat, die Akten und Verzeichnisse in Verwahrung zu nehmen und die beantragte Amtshandlung vorzunehmen. § 51a Absatz 1 und 4 gilt entsprechend.

(4) Der Notar, der die Akten und Verzeichnisse in Verwahrung hat, erteilt die Ausfertigungen und beglaubigten Abschriften mit seiner Unterschrift und unter seinem Siegel oder Stempel. Dies gilt entsprechend für die Notarkammer, die die Akten und Verzeichnisse in Verwahrung hat. Im Ausfertigungsvermerk soll auf die Abwesenheit oder Verhinderung des Notars hingewiesen werden.

(5) Werden die Akten und Verzeichnisse durch einen anderen Notar verwahrt, stehen diesem die Kosten für die Erteilung von Ausfertigungen oder Abschriften zu. Werden die Akten und Verzeichnisse durch die Notarkammer verwahrt, stehen dieser die Kosten für die Erteilung von Ausfertigungen oder Abschriften zu; die Vorschriften des Gerichts- und Notarkostengesetzes für den Notar, dem die Kosten für seine Tätigkeit selbst zufließen, gelten entsprechend.“

71 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Amtspflichtverletzung des Vertreters“.

72 ÄNDERUNGEN

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 7 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat in der Überschrift des Abschnitts „Notariatsverweser“ durch „Notariatsverwalter“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 2 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in der Überschrift des Abschnitts „6. Abschnitt“ durch „Abschnitt 6“, „Vorläufige“ durch „vorläufige“ und den Punkt jeweils durch ein Semikolon ersetzt.

73 ÄNDERUNGEN

01.06.1973.—Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Mai 1975 (BGBl. I S. 1117) hat Nr. 3 neu gefasst. Nr. 3 lautete:

„3. Wegfall der Zulassung als Rechtsanwalt im Fall des § 3 Abs. 2,“.

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 11 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat Nr. 1 neu gefasst. Nr. 1 lautete:

„1. Tod,“.

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 24 lit. a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Nr. 3 „bestandskräftigen“ am Anfang gestrichen.

§ 48

Der Notar kann jederzeit seine Entlassung aus dem Amt verlangen. Das Verlangen muß der Landesjustizverwaltung schriftlich erklärt werden. Die Entlassung ist von der Landesjustizverwaltung für den beantragten Zeitpunkt auszusprechen.⁷⁴

§ 48a

Die Notare erreichen mit dem Ende des Monats, in dem sie das siebzigste Lebensjahr vollenden, die Altersgrenze.⁷⁵

§ 48b

(1) Wer als Notarin oder als Notar

1. mindestens ein Kind unter achtzehn Jahren oder
2. einen nach amtsärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen

tatsächlich betreut oder pflegt, kann das Amt mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde vorübergehend niederlegen.

(2) Die Dauer der Amtsniederlegung nach Absatz 1 darf auch in Verbindung mit der Amtsniederlegung nach § 48c zwölf Jahre nicht überschreiten.⁷⁶

Artikel 1 Nr. 24 lit. b desselben Gesetzes hat Nr. 4 aufgehoben und Nr. 5 bis 7 in Nr. 4 bis 6 unnummeriert. Nr. 4 lautete:

„4. Ausschließung aus der Rechtsanwaltschaft im Fall des § 3 Abs. 3,“.

Artikel 1 Nr. 24 lit. c desselben Gesetzes hat in der neuen Nr. 6 den Punkt durch ein Komma ersetzt und Nr. 7 eingefügt.

01.06.2007.—Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 358) hat Nr. 3 neu gefasst. Nr. 3 lautete:

„3. bestandskräftigen Wegfall der Zulassung als Rechtsanwalt im Fall des § 3 Abs. 2, es sei denn, die Zulassung bei einem Gericht ist nach § 34 Nr. 3 der Bundesrechtsanwaltsordnung erloschen,“.

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 11 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Das Amt des Notars erlischt durch

1. Erreichen der Altersgrenze (§ 48a) oder Tod,
2. Entlassung (§ 48),
3. bestandskräftigen Wegfall der Mitgliedschaft bei der für den Gerichtsbezirk zuständigen Rechtsanwaltskammer im Fall des § 3 Abs. 2,
4. Amtsverlust infolge strafgerichtlicher Verurteilung (§ 49),
5. Amtsenthebung (§ 50),
6. Entfernung aus dem Amt durch disziplinargerichtliches Urteil (§ 97),
7. vorübergehende Amtsniederlegung (§§ 48b, 48c).“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Erlöschen des Amtes“.

74 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Erlöschen des Amtes“.

75 QUELLE

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 12 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Altersgrenze“.

76 QUELLE

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 25 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

§ 48c

(1) Erklärt der Notar mit dem Antrag auf Genehmigung der vorübergehenden Amtsniederlegung nach § 48b, sein Amt innerhalb von höchstens einem Jahr am bisherigen Amtssitz wieder antreten zu wollen, wird er innerhalb dieser Frist dort erneut bestellt. § 97 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Nach erneuter Bestellung am bisherigen Amtssitz ist eine nochmalige Amtsniederlegung nach Absatz 1 innerhalb der nächsten beiden Jahre ausgeschlossen; § 48b bleibt unberührt. Die Dauer mehrfacher Amtsniederlegungen nach Absatz 1 darf drei Jahre nicht überschreiten.⁷⁷

§ 49

Eine strafgerichtliche Verurteilung hat für den Notar den Amtsverlust in gleicher Weise zur Folge wie für einen Landesjustizbeamten.⁷⁸

§ 50

(1) Der Notar ist seines Amtes zu entheben,

1. wenn die Voraussetzungen des § 5 wegfallen oder sich nach der Bestellung herausstellt, daß diese Voraussetzungen zu Unrecht als vorhanden angenommen wurden;
2. wenn eine der Voraussetzungen vorliegt, unter denen die Ernennung eines Landesjustizbeamten nichtig ist, für nichtig erklärt oder zurückgenommen werden muß;
3. wenn er sich weigert, den in § 13 vorgeschriebenen Amtseid zu leisten;
4. wenn er ein besoldetes Amt übernimmt oder eine nach § 8 Abs. 3 genehmigungspflichtige Tätigkeit ausübt und die Zulassung nach § 8 Abs. 1 Satz 2 oder die nach § 8 Abs. 3 erforderliche Genehmigung im Zeitpunkt der Entschließung der Landesjustizverwaltung über die Amtsenthebung nicht vorliegen;
5. wenn er entgegen § 8 Abs. 2 eine weitere berufliche Tätigkeit ausübt oder sich entgegen den Bestimmungen von § 9 Abs. 1 oder Abs. 2 mit anderen Personen zur gemeinsamen Berufsausübung verbunden oder mit ihnen gemeinsame Geschäftsräume hat;
6. wenn er in Vermögensverfall geraten ist; ein Vermögensverfall wird vermutet, wenn ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Notars eröffnet oder der Notar in das vom Vollstreckungsgericht zu führende Verzeichnis (§ 26 Abs. 2 der Insolvenzordnung, § 882b der Zivilprozeßordnung) eingetragen ist;
7. wenn er aus gesundheitlichen Gründen nicht nur vorübergehend unfähig ist, sein Amt ordnungsgemäß auszuüben;
8. wenn seine wirtschaftlichen Verhältnisse, die Art seiner Wirtschaftsführung oder der Durchführung von Verwahrungsgeschäften die Interessen der Rechtsuchenden gefährden;
9. wenn er wiederholt grob gegen
 - a) Mitwirkungsverbote gemäß § 3 Absatz 1 des Beurkundungsgesetzes oder
 - b) Pflichten gemäß § 17 Absatz 2a Satz 2 Nummer 2 des Beurkundungsgesetzes verstößt;
10. wenn er nicht die vorgeschriebene Haftpflichtversicherung (§ 19a) unterhält.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Vorübergehende Amtsniederlegung“.

77

QUELLE

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 25 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Erneute Bestellung am bisherigen Amtssitz“.

78

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Strafgerichtliche Verurteilung“.

(2) Liegt eine der Voraussetzungen vor, unter denen die Ernennung eines Landesjustizbeamten für nichtig erklärt oder zurückgenommen werden kann, so kann auch der Notar seines Amtes enthoben werden.

(3) Für die Amtsenthebung ist die Landesjustizverwaltung zuständig. Sie entscheidet nach Anhörung der Notarkammer.

(4) In den auf die Amtsenthebung nach Absatz 1 Nr. 7 gerichteten Verfahren sind für die Bestellung eines Vertreters des Notars für das Verwaltungsverfahren, der zur Wahrnehmung seiner Rechte in dem Verfahren nicht in der Lage ist, für die Pflicht des Notars, sich ärztlich untersuchen zu lassen, und für die Folgen einer Verweigerung seiner Mitwirkung die Vorschriften entsprechend anzuwenden, die für Landesjustizbeamte gelten. Zum Vertreter soll ein Rechtsanwalt oder Notar bestellt werden. Die in diesen Vorschriften dem Dienstvorgewetzten zugewiesenen Aufgaben nimmt die Landesjustizverwaltung wahr.⁷⁹

79 ÄNDERUNGEN

01.01.1983.—Artikel 1 Nr. 5 des Gesetzes vom 7. August 1981 (BGBl. I S. 803) hat in Abs. 1 Nr. 7 den Punkt durch ein Semikolon ersetzt und Abs. 1 Nr. 8 eingefügt.

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 13 lit. a des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat Nr. 6 in Abs. 1 neu gefasst. Nr. 6 lautete:

„6. wenn er infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zur ordnungsmäßigen Ausübung seines Amtes dauernd unfähig ist;“.

Artikel 1 Nr. 13 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 4 eingefügt.

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 26 lit. a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Nr. 4 in Abs. 1 neu gefasst. Nr. 4 lautete:

„4. wenn er ein besoldetes Amt übernimmt und die Zulassung nach § 8 Abs. 1 Satz 2 im Zeitpunkt der Entschließung der Landesjustizverwaltung über die Amtsenthebung nicht vorliegt;“.

Artikel 1 Nr. 26 lit. b, c, d, d₁ und d₂ desselben Gesetzes hat Nr. 8 in Abs. 1 in Nr. 10 unnummeriert, Nr. 7 durch Nr. 8 ersetzt, Nr. 5 und 6 in Nr. 6 und 7 unnummeriert und Abs. 1 Nr. 5 und 9 eingefügt. Nr. 7 lautete:

„7. wenn seine wirtschaftlichen Verhältnisse oder die Art seiner Wirtschaftsführung die Interessen der Rechtsuchenden gefährden;“.

Artikel 1 Nr. 26 lit. e desselben Gesetzes hat in Abs. 3 Satz 3 „Nr. 6 und 7“ durch „Nr. 5, 7, 8 und 9“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 26 lit. f desselben Gesetzes hat in Abs. 4 Satz 1 „Nr. 6“ durch „Nr. 7“ ersetzt.

01.01.1999.—Artikel 15 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2911) in der Fassung des Artikels 1 Nr. 1 lit. b des Gesetzes vom 19. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3836) hat Nr. 6 in Abs. 1 neu gefasst. Nr. 6 lautete:

„6. wenn er durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist;“.

Artikel 15 Nr. 2 lit. b des Gesetzes vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2911) in der Fassung des Artikels 1 Nr. 1 lit. c des Gesetzes vom 19. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3836) hat in Abs. 3 Satz 3 „Nr. 5, 7, 8 und 9“ durch „Nr. 5 bis 9“ ersetzt.

01.05.2002.—Artikel 30 Nr. 2 des Gesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1467) hat Nr. 7 in Abs. 1 neu gefasst. Nr. 7 lautete:

„7. wenn er infolge eines körperlichen Gebrechens, wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte oder wegen einer Sucht nicht nur vorübergehend zur ordnungsmäßigen Ausübung seines Amtes unfähig ist;“.

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 8 lit. a des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) Die Amtsenthebung geschieht durch die Landesjustizverwaltung nach Anhörung der Notarkammer. Der Notar ist vorher zu hören. In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 5 bis 9 ist die Feststellung, ob die Voraussetzungen für die Amtsenthebung vorliegen, auf Antrag des Notars durch Entscheidung des Disziplinargerichts zu treffen; der Antrag ist nur innerhalb eines Monats zulässig, nachdem dem Notar eröffnet ist, daß und aus welchem Grunde seine Amtsenthebung in Aussicht genommen ist.“

Artikel 3 Nr. 8 lit. b litt. aa desselben Gesetzes hat in Abs. 4 Satz 1 „Pfleger für den Notar“ durch „Vertreter des Notars für das Verwaltungsverfahren“ ersetzt.

Artikel 3 Nr. 8 lit. b litt. bb desselben Gesetzes hat in Abs. 4 Satz 2 „Pfleger“ durch „Vertreter“ ersetzt.

§ 51

(1) Ist das Amt eines Notars erloschen oder wird sein Amtssitz in einen anderen Amtsgerichtsbezirk verlegt, so sind die Akten und Bücher des Notars sowie die ihm amtlich übergebenen Urkunden dem Amtsgericht in Verwahrung zu geben. Die Landesjustizverwaltung kann die Verwahrung einem anderen Amtsgericht oder einem Notar übertragen. Die Vorschriften des § 45 Abs. 2, 4 und 5 gelten entsprechend.

(2) Die Siegel und Stempel des Notars hat das in Absatz 1 Satz 1 bezeichnete Amtsgericht zu vernichten.

(3) Wird ein Notar nach dem Erlöschen seines Amtes oder der Verlegung seines Amtssitzes erneut in dem Amtsgerichtsbezirk, in dem er seinen früheren Amtssitz hatte, zum Notar bestellt, so können ihm die nach Absatz 1 in Verwahrung genommenen Bücher und Akten wieder ausgehändigt werden.

(4) Wird der Amtssitz eines Notars in einen anderen Amtsgerichtsbezirk innerhalb derselben Stadtgemeinde verlegt, so bleiben die Akten und Bücher in seiner Verwahrung. Die Siegel und Stempel sind nicht abzuliefern.

(5) Die Abgabe von Notariatsakten an ein Staatsarchiv und die Vernichtung von Notariatsakten regelt die Landesjustizverwaltung. Sind Notariatsakten an ein Staatsarchiv abgegeben worden, so werden Ausfertigungen, vollstreckbare Ausfertigungen und Abschriften, wenn es sich um Urkunden eines noch in seinem Amt befindlichen Notars oder um Urkunden handelt, die auf Grund des Absatzes 1 Satz 2 einem anderen Notar zur Verwahrung übergeben waren, vom Notar, sonst vom dem Amtsgericht erteilt, in dessen Bezirk der Notar seinen Sitz hatte. Die Vorschriften des § 45 Abs. 4 und 5 dieses Gesetzes sowie des § 797 Abs. 3 der Zivilprozeßordnung gelten entsprechend.⁸⁰

01.01.2013.—Artikel 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2258) hat in Abs. 1 Nr. 6 „vom Insolvenzgericht oder“ nach „in das“ gestrichen und „§ 915“ durch „§ 882b“ ersetzt.

01.10.2013.—Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2378) hat Nr. 9 in Abs. 1 neu gefasst. Nr. 9 lautete:

„9. wenn er wiederholt grob gegen Mitwirkungsverbote gemäß § 3 Abs. 1 des Beurkundungsgesetzes verstößt;“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Amtsenthebung“.

80 ÄNDERUNGEN

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 14 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat in Abs. 1 Satz 2 „Der Oberlandesgerichtspräsident“ durch „Die Landesjustizverwaltung“ ersetzt.

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 27 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Satz 1 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Ist das Amt eines Notars erloschen oder wird sein Amtssitz in einen anderen Amtsgerichtsbezirk verlegt, so hat das Amtsgericht die Akten und Bücher des Notars sowie die ihm amtlich übergebenen Urkunden in Verwahrung zu nehmen.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 5 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift neu gefasst. Die neue Fassung lautet:

„§ 51 Verwahrung bei Erlöschen des Amtes oder Verlegung des Amtssitzes

(1) Ist das Amt eines Notars erloschen oder ändert sich auf Grund der Verlegung seines Amtssitzes sein Amtsbereich, ist für die Verwahrung seiner Akten und Verzeichnisse sowie der ihm amtlich übergebenen Urkunden und Wertgegenstände die Notarkammer zuständig, in deren Bezirk sich der Amtssitz des Notars befunden hat. Die Landesjustizverwaltung kann die Zuständigkeit für die Verwahrung einer anderen Notarkammer oder einem Notar übertragen. § 35 Absatz 1 und § 45 Absatz 2, 4 und 5 gelten entsprechend. Mehrere Notarkammern können sich zur gemeinsamen Verwahrung von Akten und Verzeichnissen zusammenschließen; die eigene Verfügungsgewalt der Notarkammer muss gewahrt bleiben. Die gemeinsame Verwahrung ist der Landesjustizverwaltung mitzuteilen.

(2) Die Siegel und Stempel des Notars hat der Präsident des Landgerichts zu vernichten, in dessen Bezirk sich der Amtssitz des Notars befunden hat.

(3) Wird ein Notar nach dem Erlöschen seines Amtes oder der Verlegung seines Amtssitzes erneut zum Notar bestellt und ihm als Amtssitz ein Ort innerhalb seines früheren Amtsbereichs zugewiesen,

§ 51a⁸¹

§ 52

(1) Mit dem Erlöschen des Amtes erlischt die Befugnis, die Bezeichnung „Notar“ oder „Notarin“ zu führen. Die Bezeichnung darf auch nicht mit einem auf das Erlöschen des Amtes hinweisenden Zusatz geführt werden.

(2) Ist das Amt eines zur hauptberuflichen Amtsausübung bestellten Notars durch Entlassung (§ 48), wegen Erreichens der Altersgrenze (§ 48a) oder durch Amtsenthebung aus den in § 50 Abs. 1 Nr. 7 bezeichneten Gründen erloschen, so kann die Landesjustizverwaltung dem früheren Notar die Erlaubnis erteilen, seine Amtsbezeichnung mit dem Zusatz „außer Dienst (a.D.)“ weiterzuführen. Das gleiche gilt für einen Anwaltsnotar, wenn sein Amt durch Entlassung (§ 48) oder wegen Erreichens der Altersgrenze (§ 48a) erloschen ist oder ihm nach Verzicht auf die Rechte aus der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft die Erlaubnis erteilt worden ist, sich weiterhin Rechtsanwalt zu nennen.

(3) Die Landesjustizverwaltung kann die Erlaubnis zur Führung der Bezeichnung „Notar außer Dienst“ oder „Notarin außer Dienst“ zurücknehmen oder widerrufen, wenn nachträglich Umstände bekannt werden oder eintreten, die bei einem Notar das Erlöschen des Amtes aus den in § 47 Nummer 5 und 7 oder in § 50 Abs. 1 Nr. 1 bis 6, 8 und 9 bezeichneten Gründen nach sich ziehen würden.

kann die Landesjustizverwaltung ihm die Zuständigkeit für die Verwahrung wieder übertragen. Die Akten, Verzeichnisse, amtlich übergebenen Urkunden und Wertgegenstände sind dem Notar von der Stelle zu übergeben, in deren Verwahrung sie sich zuletzt befunden haben. § 51a gilt mit Ausnahme von Absatz 1 Satz 2 entsprechend.

(4) Wird der Amtssitz eines Notars innerhalb derselben Stadtgemeinde verlegt, bleibt der Notar für die Verwahrung auch dann zuständig, wenn sich dadurch der Amtsbereich ändert. Die Siegel und Stempel sind nicht abzuliefern.“

81 QUELLE

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 5 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift eingefügt. Die Vorschrift wird lauten:

„§ 51a Ablieferung verwahrter Gegenstände

(1) In den Fällen des § 51 Absatz 1 ist der Notar verpflichtet, die Akten und Verzeichnisse sowie die ihm amtlich übergebenen Urkunden und Wertgegenstände bei der für die Verwahrung zuständigen Stelle abzuliefern und ihr den Zugang zu den elektronisch geführten Akten und Verzeichnissen zu ermöglichen. Stempel und Siegel hat der Notar bei dem Präsidenten des Landgerichts abzuliefern. Die Aufsichtsbehörde kann die Ablieferung der in den Sätzen 1 und 2 genannten Gegenstände anordnen. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Anordnung der Ablieferung haben keine aufschiebende Wirkung.

(2) Die Ablieferung der Akten und Verzeichnisse sowie der amtlich übergebenen Urkunden und Wertgegenstände nach Absatz 1 Satz 1 hat geordnet und in einem zur Aufbewahrung geeigneten Zustand zu erfolgen. Liefert der Notar Akten, Verzeichnisse und die ihm amtlich übergebenen Urkunden oder Wertgegenstände nicht in einem geordneten und zur Aufbewahrung geeigneten Zustand ab, so kann die zuständige Stelle diese auf Kosten des Notars einem geordneten und zur Aufbewahrung geeigneten Zustand zuführen. Die zuständige Stelle kann sich dritter Personen bedienen; § 18 Absatz 1 bleibt unberührt.

(3) Soweit die Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind, hat der Notar vor der Ablieferung nach Absatz 1 Satz 1 die in Papierform verwahrten Akten und Verzeichnisse zu vernichten und die elektronisch verwahrten Akten und Verzeichnisse zu löschen, sofern nicht im Einzelfall eine weitere Aufbewahrung erforderlich ist. Akten und Verzeichnisse, deren Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind, hat die zuständige Stelle auf Kosten des Notars zu vernichten oder zu löschen. Die zuständige Stelle kann sich dritter Personen bedienen; § 18 Absatz 1 bleibt unberührt.

(4) Die für die Verwahrung zuständige Stelle ist nicht verpflichtet, die Vollständigkeit der abgelieferten Akten und Verzeichnisse sowie der dem Notar amtlich übergebenen Urkunden zu überprüfen.“

Ist der frühere Notar zur Rechtsanwaltschaft zugelassen, so erlischt die Befugnis nach Absatz 2 Satz 1, wenn er sich nach dem Wegfall seiner Zulassung nicht weiterhin Rechtsanwalt nennen darf.⁸²

§ 53

(1) Ist das Amt eines zur hauptberuflichen Amtsausübung bestellten Notars erloschen oder ist sein Amtssitz verlegt worden, so bedarf ein anderer an dem Amtssitz bereits ansässiger Notar der Genehmigung der Landesjustizverwaltung, wenn er seine Geschäftsstelle in Räume des ausgeschiedenen Notars verlegen oder einen in einem besonderen Vertrauensverhältnis stehenden Angestellten in seine Geschäftsstelle übernehmen will. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn dies im Interesse der Rechtspflege geboten ist.

(2) Die Gültigkeit der aus Anlaß der Übernahme oder Anstellung abgeschlossenen Rechtsgeschäfte wird durch einen Verstoß gegen die Vorschrift des Absatzes 1 nicht berührt.⁸³

§ 54

(1) Der Notar kann von der Aufsichtsbehörde vorläufig seines Amtes enthoben werden,

82 ÄNDERUNGEN

14.08.1981.—Artikel 1 Nr. 6 lit. a des Gesetzes vom 7. August 1981 (BGBl. I S. 803) hat Satz 2 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Das gleiche gilt für einen Anwaltsnotar, sofern ihm nach Verzicht seiner Rechte aus der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft die Erlaubnis erteilt worden ist, sich weiterhin Rechtsanwalt zu nennen.“

Artikel 1 Nr. 6 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 3 in Abs. 3 neu gefasst. Satz 3 lautete: „Wird bei einem früheren Anwaltsnotar die Erlaubnis, sich weiterhin Rechtsanwalt zu nennen, zurückgenommen, so erlischt zugleich die Befugnis, sich ‚Notar außer Dienst‘ zu nennen.“

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 15 lit. a des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat in Abs. 2 Satz 1 „ , wegen Erreichens der Altersgrenze (§ 48a)“ nach „(§ 48)“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 15 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 2 „oder wegen Erreichens der Altersgrenze (§ 48a)“ nach „(§ 48)“ eingefügt.

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 28 lit. a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 2 Satz 1 „Nr. 6“ durch „Nr. 7“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 28 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 3 Satz 1 „bis 5 und 7“ durch „bis 6 und 8“ ersetzt.

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 9 lit. a des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat Satz 1 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Mit dem Erlöschen des Amtes verliert der Notar die Befugnis, die Bezeichnung ‚Notar‘ zu führen.“

Artikel 3 Nr. 9 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 „Amtsbezeichnung ‚Notar‘ mit“ durch „Amtsbezeichnung mit“ ersetzt.

Artikel 3 Nr. 9 lit. c litt. aa desselben Gesetzes hat Satz 1 in Abs. 3 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Die Landesjustizverwaltung kann die Erlaubnis zur Führung der Bezeichnung ‚Notar außer Dienst‘ zurücknehmen, wenn Umstände vorliegen, die bei einem Notar das Erlöschen des Amtes aus den in § 47 Nr. 5 und 7 oder in § 50 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 und 8 bezeichneten Gründen nach sich ziehen würden.“

Artikel 3 Nr. 9 lit. c litt. bb desselben Gesetzes hat Satz 2 in Abs. 3 aufgehoben. Satz 2 lautete: „Vor der Zurücknahme ist der frühere Notar zu hören.“

Artikel 3 Nr. 9 lit. c litt. cc desselben Gesetzes hat im neuen Abs. 3 Satz 2 „ , sich ‚Notar außer Dienst‘ zu nennen“ durch „nach Absatz 2 Satz 1“ ersetzt.

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 12 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 3 Satz 1 „Nr. 4 und 6“ durch „Nummer 5 und 7“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Weiterführung der Amtsbezeichnung“.

83 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 29 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Übernahme von Räumen oder Angestellten des ausgeschiedenen Notars“.

1. wenn das Betreuungsgericht der Aufsichtsbehörde eine Mitteilung nach § 308 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit gemacht hat;
2. wenn sie die Voraussetzungen des § 50 für gegeben hält;
3. wenn er sich länger als zwei Monate ohne Zustimmung der Aufsichtsbehörde außerhalb seines Amtssitzes aufhält.

Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die vorläufige Amtsenthebung haben keine aufschiebende Wirkung.

(2) Ein Notar, der zugleich Rechtsanwalt ist, kann auch ohne Einleitung eines Disziplinarverfahrens durch das Disziplinargericht vorläufig seines Amtes enthoben werden, wenn gegen ihn ein anwaltsgerichtliches Verfahren nach der Bundesrechtsanwaltsordnung eingeleitet worden ist. Die Vorschriften über die vorläufige Amtsenthebung nach Einleitung eines Disziplinarverfahrens gelten entsprechend. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Wird ein Notar, der zugleich Rechtsanwalt ist, nach Einleitung eines Disziplinarverfahrens vorläufig seines Amtes als Notar enthoben, so kann das Disziplinargericht gegen ihn ein Berufs- oder Vertretungsverbot (§ 150 der Bundesrechtsanwaltsordnung) verhängen, wenn zu erwarten ist, daß im Disziplinarverfahren gegen ihn auf Entfernung aus dem Amt (§ 97 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3) erkannt werden wird.

(4) Die Wirkungen der vorläufigen Amtsenthebung treten kraft Gesetzes ein,

1. wenn gegen einen Notar im Strafverfahren die Untersuchungshaft angeordnet ist, für deren Dauer;
2. wenn gegen einen Notar, der zugleich Rechtsanwalt ist, ein Berufs- oder Vertretungsverbot nach § 150 oder ein Vertretungsverbot für das Gebiet des Zivilrechts nach § 114 Abs. 1 Nr. 4 der Bundesrechtsanwaltsordnung verhängt ist, für dessen Dauer;
3. wenn gegen einen Notar, der zugleich Rechtsanwalt ist, die Rücknahme oder der Widerruf der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft nach § 14 der Bundesrechtsanwaltsordnung mit sofortiger Vollziehung verfügt ist, vom Zeitpunkt der Zustellung der Verfügung an für die Dauer ihrer Wirksamkeit.

(5) Die Vorschriften über die vorläufige Amtsenthebung eines Notars nach Einleitung eines Disziplinarverfahrens bleiben unberührt.⁸⁴

84 ÄNDERUNGEN

01.01.1992.—Artikel 7 § 15 Nr. 2 des Gesetzes vom 12. September 1990 (BGBl. I S. 2002) hat Nr. 1 in Abs. 1 neu gefasst. Nr. 1 lautete:

„1. wenn gegen ihn ein Entmündigungsverfahren eingeleitet ist;“.

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 16 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat in Abs. 3 „ (§ 150 der Bundesrechtsanwaltsordnung)“ nach „Vertretungsverbot“ eingefügt.

09.09.1994.—Artikel 6 lit. a des Gesetzes vom 2. September 1994 (BGBl. I S. 2278) hat in Abs. 2 Satz 1 „ehrengerichtliches“ durch „anwaltsgerichtliches“ ersetzt.

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 30 lit. a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 4 Nr. 1 „verhängt“ durch „angeordnet“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 30 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 4 Nr. 2 „oder ein Vertretungsverbot für das Gebiet des Zivilrechts nach § 114 Abs. 1 Nr. 4“ nach „§ 150“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 30 lit. c desselben Gesetzes hat in Abs. 4 Nr. 2 den Punkt durch ein Semikolon ersetzt und Abs. 4 Nr. 3 eingefügt.

01.09.2009.—Artikel 24 Nr. 3 des Gesetzes vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586) hat in Abs. 1 Nr. 1 „Vormundschaftsgericht“ durch „Betreuungsgericht“ und „§ 69k des Gesetzes über die“ durch „§ 308 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den“ ersetzt.

Artikel 3 Nr. 10 lit. a des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

Artikel 3 Nr. 10 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 Satz 3 eingefügt.

Artikel 3 Nr. 10 lit. c desselben Gesetzes hat in Abs. 4 Nr. 3 „§ 16“ durch „§ 14“ ersetzt.

01.01.2010.—Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 17. Juni 2009 (BGBl. I S. 1282) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

§ 55

(1) Im Fall der vorläufigen Amtsenthebung hat das Amtsgericht, wenn dem Notar kein Vertreter bestellt ist, seine Akten und Bücher sowie Siegel, Stempel und Amtsschild für die Dauer der vorläufigen Amtsenthebung in Verwahrung zu nehmen. § 45 Abs. 2, 4 und 5 gilt entsprechend.

(2) Der Notar hat sich während der Dauer der vorläufigen Amtsenthebung jeder Amtshandlung zu enthalten. Ein Verstoß berührt jedoch die Gültigkeit der Amtshandlung nicht. Amtsgeschäfte nach § 23 kann der Notar nicht mehr vornehmen.⁸⁵

§ 56

(1) Ist das Amt eines zur hauptberuflichen Amtsausübung bestellten Notars erloschen oder ist sein Amtssitz verlegt worden oder übt im Fall des § 8 Abs. 1 Satz 2 ein zur hauptberuflichen Amtsausübung bestellter Notar sein Amt nicht persönlich aus, so soll in der Regel an seiner Stelle ein Notarassessor oder eine sonstige zum Amt eines Notars befähigte Person damit betraut werden, das Amt des Notars vorübergehend wahrzunehmen (Notariatsverwalter).

(2) Ist ein Anwaltsnotar durch Erlöschen des Amtes ausgeschieden, so kann an seiner Stelle zur Abwicklung der Notariatsgeschäfte bis zur Dauer eines Jahres ein Notariatsverwalter bestellt werden, wenn hierfür ein Bedürfnis besteht. In begründeten Ausnahmefällen kann diese Frist über ein Jahr hinaus verlängert werden. Innerhalb der ersten drei Monate ist der Notariatsverwalter berechtigt, auch neue Notariatsgeschäfte vorzunehmen. Wird zur Abwicklung der Anwaltskanzlei ein Abwickler bestellt, so kann dieser auch mit der Abwicklung der Notariatsgeschäfte als Notariatsverwalter betraut werden.

„(2) Ein Notar, der zugleich Rechtsanwalt ist, kann auch ohne Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens durch das Disziplinargericht vorläufig seines Amtes enthoben werden, wenn gegen ihn ein anwaltsgerichtliches Verfahren nach der Bundesrechtsanwaltsordnung eingeleitet worden ist. Die Vorschriften über die vorläufige Amtsenthebung nach Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens gelten entsprechend.“

28.12.2010.—Artikel 6 Nr. 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2248) hat Abs. 2 Satz 4 eingefügt.

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 13 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 3 „Abs. 1“ durch „Absatz 1 Satz 1 Nummer 3“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Vorläufige Amtsenthebung“.

85 **ÄNDERUNGEN**

14.08.1981.—Artikel 1 Nr. 7 des Gesetzes vom 7. August 1981 (BGBl. I S. 803) hat Abs. 2 Satz 3 eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 6 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat Abs. 2 in Abs. 3 unnummeriert und Abs. 1 durch Abs. 1 und 2 ersetzt. Abs. 1 und 2 werden lauten:

„(1) Ist ein Notar vorläufig seines Amtes enthoben und weder ein Vertreter noch ein Notariatsverwalter bestellt, so ist in diesem Zeitraum für die Verwahrung seiner Akten und Verzeichnisse sowie der ihm amtlich übergebenen Urkunden und Wertgegenstände die Notarkammer zuständig, in deren Bezirk der Notar seinen Amtssitz hat. Die in Papierform vorhandenen Akten und Verzeichnisse des Notars und die ihm amtlich übergebenen Urkunden und Wertgegenstände sowie Siegel, Stempel und Amtsschild sind von der Notarkammer für die Dauer der vorläufigen Amtsenthebung in Verwahrung zu nehmen. § 45 Absatz 1 Satz 4, Absatz 2, 4 und 5 und § 51a Absatz 4 gelten entsprechend.

(2) Ein vorläufig des Amtes enthobener Notar ist verpflichtet, seine Akten, Verzeichnisse, die ihm amtlich übergebenen Urkunden und Wertgegenstände sowie Stempel und Siegel an die Notarkammer herauszugeben. Die Aufsichtsbehörde kann die Herausgabe der in Satz 1 genannten Gegenstände anordnen. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Anordnung der Herausgabe haben keine aufschiebende Wirkung.“

Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 desselben Gesetzes hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Verwahrung und Amtshandlungen bei vorläufiger Amtsenthebung“.

(3) Hat ein Notar sein Amt nach § 48c vorübergehend niedergelegt, wird ein Verwalter für die Dauer der Amtsniederlegung, längstens für ein Jahr, bestellt.

(4) Ist ein Notar vorläufig seines Amtes enthoben, so kann ein Notariatsverwalter bestellt werden, wenn die Bestellung eines Notarvertreters (§ 39 Abs. 2 Satz 1) nicht zweckmäßig erscheint.

(5) Notarassessoren sind verpflichtet, das Amt eines Notariatsverwalters zu übernehmen.⁸⁶

§ 57

(1) Der Notariatsverwalter untersteht, soweit nichts anderes bestimmt ist, den für die Notare geltenden Vorschriften.

(2) Der Notariatsverwalter wird von der Landesjustizverwaltung nach Anhörung der Notarkammer durch Aushändigung einer Bestallungsurkunde bestellt. Er hat, sofern er nicht schon als Notar vereidigt ist, vor der Übernahme seines Amtes vor dem Präsidenten des Landgerichts den Amtseid (§ 13) zu leisten. § 40 Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend.⁸⁷

§ 58

(1) Der Notariatsverwalter übernimmt die Akten und Bücher des Notars, an dessen Stelle er bestellt ist, sowie die dem Notar amtlich übergebenen Urkunden und Wertgegenstände; sind bei der Bestellung des Notariatsverwalters die Akten und Bücher bereits von dem Amtsgericht in Verwahrung genommen (§ 51 Abs. 1 Satz 1), so sind sie in der Regel zurückzugeben.

(2) Der Notariatsverwalter führt die von dem Notar begonnenen Amtsgeschäfte fort. Die Kostenforderungen stehen dem Notariatsverwalter zu, soweit sie nach Übernahme der Geschäfte durch ihn fällig werden. Er muß sich jedoch im Verhältnis zum Kostenschuldner die vor der Übernahme der Geschäfte an den Notar gezahlten Vorschüsse anrechnen lassen.

(3) Soweit die Kostenforderungen dem ausgeschiedenen Notar oder dessen Rechtsnachfolger zustehen, erteilt der Notariatsverwalter die vollstreckbare Ausfertigung der Kostenberechnung (§ 89 des Gerichts- und Notarkostengesetzes); lehnt er die Erteilung ab, so kann der Notar oder dessen Rechtsnachfolger die Entscheidung des Landgerichts nach § 127 des Gerichts- und Notarkostengesetzes beantragen. Ist dem Notar ein anderer Amtssitz zugewiesen, so bleibt er neben dem Notariatsverwalter zur Erteilung der vollstreckbaren Ausfertigung befugt. Der Notariatsverwalter hat

86 ÄNDERUNGEN

14.08.1981.—Artikel 1 Nr. 8 lit. a des Gesetzes vom 7. August 1981 (BGBl. I S. 803) hat Satz 2 in Abs. 1 aufgehoben. Satz 2 lautete: „Ist ein Notar vorläufig seines Amtes enthoben, so kann ein Notariatsverweser bestellt werden, wenn die Bestellung eines Notarvertreters (§ 39 Abs. 2 Satz 1) nicht zweckmäßig erscheint.“

Artikel 1 Nr. 8 desselben Gesetzes hat Abs. 3 in Abs. 4 unnummeriert und Abs. 3 eingefügt.

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 31 lit. a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Abs. 2 Satz 2 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 31 lit. b und c desselben Gesetzes hat Abs. 3 und 4 in Abs. 4 und 5 unnummeriert und Abs. 3 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 53 desselben Gesetzes hat in Abs. 1 und 2 Satz 1, 3 und 4 und Abs. 4 jeweils „Notariatsverweser“ durch „Notariatsverwalter“ und in Abs. 5 „Notariatsverwesers“ durch „Notariatsverwalters“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Notariatsverwalter“.

87 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 32 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 2 Satz 1 „nach Anhörung der Notarkammer“ nach „Landesjustizverwaltung“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 53 desselben Gesetzes hat in Abs. 1 und 2 Satz 1 jeweils „Notariatsverweser“ durch „Notariatsverwalter“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Amtsausübung und Bestellung des Notariatsverwalters“.

ihm Einsicht in die Bücher und Akten zu gewähren; die dadurch entstehenden Kosten trägt der Notar.⁸⁸

§ 59

(1) Der Notariatsverwalter führt sein Amt auf Rechnung der Notarkammer gegen eine von dieser festzusetzende angemessene Vergütung. Er hat mit der Notarkammer, soweit nicht eine andere Abrede getroffen wird, monatlich abzurechnen. Führt er die der Notarkammer zukommenden Beträge nicht ab, so können diese wie rückständige Beiträge beigetrieben werden.

(2) Die Notarkammer kann ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht an den Bezügen des Notariatsverwalters nur insoweit geltend machen, als diese pfändbar sind oder als sie einen Anspruch auf Schadensersatz wegen vorsätzlicher unerlaubter Handlung hat.

(3) Die Notarkammer kann allgemein oder im Einzelfall eine von Absatz 1 Satz 1 und 2 abweichende Regelung treffen. Absatz 2 ist in diesem Fall nicht anwendbar.⁸⁹

§ 60

(1) Die Überschüsse aus den auf Rechnung der Notarkammer durchgeführten Notariatsverwaltungen müssen vorrangig zugunsten der Fürsorge für die Berufsangehörigen und ihre Hinterbliebenen verwendet werden.

(2) Verbleibende Überschüsse sind, soweit Versorgungseinrichtungen nach § 67 Abs. 4 Nr. 2 eingerichtet sind, diesen zuzuwenden. Bestehen Versorgungseinrichtungen nicht, fließen verbleibende Überschüsse der Notarkammer zu.⁹⁰

88 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 53 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 1 und 2 Satz 1 und 2 und Abs. 3 Satz 1 bis 3 jeweils „Notariatsverweser“ durch „Notariatsverwalter“ und in Abs. 1 „Notariatsverwesers“ durch „Notariatsverwalters“ ersetzt.

01.09.2009.—Artikel 24 Nr. 4 des Gesetzes vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586) hat in Abs. 3 Satz 1 „steht dem Notar oder dessen Rechtsnachfolger die Beschwerde nach § 156 der Kostenordnung zu“ durch „kann der Notar oder dessen Rechtsnachfolger die Entscheidung des Landgerichts nach § 156 der Kostenordnung beantragen“ ersetzt.

01.08.2013.—Artikel 14 Nr. 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586) hat in Abs. 3 Satz 1 „(§ 155 der Kostenordnung)“ durch „(§ 78 des Gerichts- und Notarkostengesetzes)“ und „§ 156 der Kostenordnung“ durch „§ 127 des Gerichts- und Notarkostengesetzes“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 7 lit. a des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat Abs. 1 neu gefasst. Die neue Fassung lautet:

„(1) Der Notariatsverwalter ist zuständig für die Verwahrung der Akten und Verzeichnisse des Notars, an dessen Stelle er bestellt ist, sowie für die Verwahrung der dem Notar amtlich übergebenen Urkunden und Wertgegenstände. Sind bei der Bestellung des Notariatsverwalters bereits Akten, Verzeichnisse, amtlich übergebene Urkunden und Wertgegenstände von der Notarkammer in Verwahrung genommen, so sind sie in der Regel zurückzugeben. § 51a Absatz 4 gilt entsprechend.“

Artikel 1 Nr. 7 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 3 Satz 3 „Bücher und Akten“ durch „Akten und Verzeichnisse“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 desselben Gesetzes hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Fortführung der Amtsgeschäfte; Kostenforderungen“.

89 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 33 lit. a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 1 Satz 1 „im voraus“ nach „dieser“ gestrichen.

Artikel 1 Nr. 33 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 3 „allgemein oder“ nach „kann“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 53 desselben Gesetzes hat in Abs. 1 Satz 1 „Notariatsverweser“ durch „Notariatsverwalter“ und in Abs. 2 „Notariatsverwesers“ durch „Notariatsverwalters“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Vergütung; Abrechnung mit der Notarkammer“.

90 ÄNDERUNGEN

§ 61

(1) Für eine Amtspflichtverletzung des Notariatsverwalters haftet die Notarkammer dem Geschädigten neben dem Notariatsverwalter als Gesamtschuldner; im Verhältnis zwischen der Notarkammer und dem Notariatsverwalter ist dieser allein verpflichtet. Das gleiche gilt, soweit der Notariatsverwalter nach § 46 oder § 19 Abs. 2 für Amtspflichtverletzungen eines Vertreters oder eines Notarassessors haftet. § 19 Abs. 1 Satz 2 und 3 ist entsprechend anwendbar. Die Haftung der Notarkammer ist auf den Betrag der Mindestversicherungssummen von nach Absatz 2 abzuschließenden Versicherungen beschränkt.

(2) Die Notarkammer hat sich und den Notariatsverwalter gegen Verluste aus der Haftung nach Absatz 1 durch Abschluß von Versicherungen zu sichern, die den in §§ 19a und 67 Abs. 3 Nr. 3 gestellten Anforderungen genügen müssen. Die Ansprüche aus der Haftpflichtversicherung soll auch der Notariatsverwalter im eigenen Namen geltend machen können.

(3) Eine Haftung des Staates für Amtspflichtverletzungen des Notariatsverwalters besteht nicht.⁹¹

§ 62

Für vermögensrechtliche Streitigkeiten zwischen der Notarkammer und dem Notariatsverwalter, welche die Vergütung, die Abrechnung (§ 59) oder die Haftung für Amtspflichtverletzungen betreffen, sind die Landgerichte ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes ausschließlich zuständig.⁹²

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 33a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585, ber. 1999 I S. 194) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Die Überschüsse aus den auf Rechnung der Notarkammer geführten Notariatsverweserschaften müssen ausschließlich zugunsten der Fürsorge für die Berufsangehörigen und ihre Hinterbliebenen verwendet werden.“

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 33a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Überschüsse aus den auf Rechnung der Notarkammer durchgeführten Notariatsverwaltungen müssen vorrangig zugunsten der Fürsorge für die Berufsangehörigen und ihre Hinterbliebenen verwendet werden.

(2) Verbleibende Überschüsse sind, soweit Versorgungseinrichtungen nach § 67 Abs. 4 Nr. 2 eingerichtet sind, diesen zuzuwenden. Bestehen Versorgungseinrichtungen nicht, fließen verbleibende Überschüsse der Notarkammer zu.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Überschüsse aus Notariatsverwaltungen“.

91 ÄNDERUNGEN

01.01.1983.—Artikel 1 Nr. 9 des Gesetzes vom 7. August 1981 (BGBl. I S. 803) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Die Notarkammer hat sich und den Notariatsverweser gegen Verluste aus der Haftung nach Absatz 1 durch Abschluß einer Haftpflichtversicherung zu sichern; die Ansprüche aus der Versicherung soll auch der Notariatsverweser im eigenen Namen geltend machen können.“

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 34 lit. a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Abs. 1 Satz 3 und 4 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 34 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 „Abs. 2“ durch „Abs. 3“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 53 desselben Gesetzes hat in Abs. 1 und 3 jeweils „Notariatsverwesers“ durch „Notariatsverwalters“ und in Abs. 1 Satz 1 und 2 und Abs. 1 Satz 1 und 2 jeweils „Notariatsverweser“ durch „Notariatsverwalter“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Amtspflichtverletzung des Notariatsverwalters“.

92 ÄNDERUNGEN

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 17 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat Satz 2 aufgehoben. Satz 2 lautete: „§ 42 Satz 2 gilt entsprechend.“

§ 63

(1) Der Notariatsverwalter ist verpflichtet, einem Beauftragten der Notarkammer Akten und Bücher sowie die in seiner Verwahrung befindlichen Urkunden zur Einsicht vorzulegen.

(2) Die Prüfungsbefugnisse der Aufsichtsbehörde bleiben unberührt.⁹³

§ 64

(1) Das Amt eines nach § 56 Abs. 1 bestellten Notariatsverwalters endigt, wenn ein neuer Notar bestellt wird oder der vorläufig seines Amtes enthobene oder gemäß § 8 Abs. 1 Satz 2 an der persönlichen Amtsausübung verhinderte Notar sein Amt wieder übernimmt. Die Amtsbefugnis des Notariatsverwalters dauert fort, bis ihm die Beendigung des Amtes von der Landesjustizverwaltung mitgeteilt ist. Die Landesjustizverwaltung kann die Bestellung aus wichtigem Grunde vorzeitig widerrufen.

(2) Das Amt eines nach § 56 Abs. 2 bestellten Notariatsverwalters endigt mit Ablauf des Zeitraums, für den er bestellt ist. Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

(3) Übernimmt nach der Beendigung des Amtes des Notariatsverwalters der frühere Notar das Amt wieder oder wird dem neu bestellten Notar gemäß § 51 Abs. 1 Satz 2 die Verwahrung der Akten und Bücher übertragen, so führt der Notar die von dem Notariatsverwalter begonnenen Amtsgeschäfte fort. Die nach Übernahme des Amtes durch den Notar fällig werdenden Kostenforderungen stehen diesem zu. Er muß sich jedoch im Verhältnis zum Kostenschuldner die vor der Übernahme des Amtes an den Notariatsverwalter gezahlten Vorschüsse anrechnen lassen.

(4) Die dem Notariatsverwalter zustehenden Kostenforderungen werden nach der Beendigung seines Amtes von der Notarkammer im eigenen Namen eingezogen. Die §§ 19, 88 bis 90 und 127 des Gerichts- und Notarkostengesetzes gelten entsprechend. Die Notarkammer kann den neu bestellten oder wieder in sein Amt eingesetzten Notar damit beauftragen, die ausstehenden Forderungen auf ihre Kosten einzuziehen.⁹⁴

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 53 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat „Notariatsverweser“ durch „Notariatsverwalter“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Zuständigkeit für Streitigkeiten zwischen Notarkammer und Notariatsverwaltung“.

93 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 53 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 1 „Notariatsverweser“ durch „Notariatsverwalter“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 8 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat Abs. 1 neu gefasst. Die neue Fassung lautet:

„(1) Der Notariatsverwalter ist verpflichtet, einem Beauftragten der Notarkammer Einsicht in die Akten und Verzeichnisse sowie in die in seiner Verwahrung befindlichen Urkunden zu gewähren. § 78i bleibt unberührt.“

Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 desselben Gesetzes hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Einsicht der Notarkammer“.

94 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 53 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1 jeweils „Notariatsverwesers“ durch „Notariatsverwalters“ und in Abs. 3 Satz 1 und 3 und Abs. 4 Satz 1 jeweils „Notariatsverweser“ durch „Notariatsverwalter“ ersetzt.

01.08.2013.—Artikel 14 Nr. 3 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586) hat in Satz 4 Satz 2 „§§ 154 bis 157 der Kostenordnung“ durch „Die §§ 19, 88 bis 90 und 127 des Gerichts- und Notarkostengesetzes“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 9 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in Abs. 3 Satz 1 „und Bücher“ durch „, Verzeichnisse, amtlich übergebenen Urkunden und Wertgegenstände“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 desselben Gesetzes hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Dauer der Amtsbefugnis des Notariatsverwalters; Kostenforderungen“.

7. Abschnitt Allgemeine Vorschriften für das Verwaltungsverfahren⁹⁵

§ 64a

(1) Für Verwaltungsverfahren nach diesem Gesetz oder nach einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung gilt, soweit nichts anderes bestimmt ist, das Verwaltungsverfahrensgesetz.

(2) Gerichte und Behörden übermitteln personenbezogene Informationen, die für die Bestellung zum Notar, zum Vertreter oder Notariatsverwalter, für die Ernennung zum Notarassessor, für die Amtsenthebung eines Notars oder Entlassung eines Notarassessors aus dem Dienst, für die Rücknahme oder den Widerruf einer Erlaubnis, Genehmigung oder Befreiung sowie zur Einleitung eines Verfahrens wegen ordnungswidrigen Verhaltens oder Verletzung von Amtspflichten aus der Sicht der übermittelnden Stelle erforderlich sind, der für die Entscheidung zuständigen Stelle, soweit hierdurch schutzwürdige Interessen des Betroffenen nicht beeinträchtigt werden oder das öffentliche Interesse das Geheimhaltungsinteresse des Betroffenen überwiegt. Die Übermittlung unterbleibt, wenn besondere gesetzliche Verwendungsregelungen entgegenstehen. Informationen über die Höhe rückständiger Steuerschulden können entgegen § 30 der Abgabenordnung zum Zweck der Vorbereitung der Amtsenthebung gemäß § 50 Abs. 1 Nr. 6 oder Nr. 8 übermittelt werden; die zuständige Stelle darf die ihr übermittelten Steuerdaten nur für den Zweck verwenden, für den ihr diese übermittelt worden sind.⁹⁶

95 QUELLE

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 18 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat die Überschrift des Abschnitts eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 2 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in der Überschrift des Abschnitts „7. Abschnitt“ durch „Abschnitt 7“ ersetzt.

96 QUELLE

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 18 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 34a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 3 Satz 1 „von Bedeutung sein können“ durch „aus der Sicht der übermittelnden Stelle erforderlich sind“ und „Belange“ durch „Interessen“ ersetzt.

01.03.1999.—Artikel 2a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2600) hat Satz 1 in Abs. 3 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Gerichte und Behörden dürfen personenbezogene Informationen, die für die Amtsenthebung eines Notars oder Entlassung eines Notarassessors aus dem Dienst, für die Rücknahme oder den Widerruf einer Erlaubnis, Genehmigung oder Befreiung sowie zur Einleitung eines Verfahrens wegen ordnungswidrigen Verhaltens oder Verletzung von Amtspflichten aus der Sicht der übermittelnden Stelle erforderlich sind, der für die Entscheidung zuständigen Stelle übermitteln, soweit hierdurch schutzwürdige Interessen des Betroffenen nicht beeinträchtigt werden oder das öffentliche Interesse das Geheimhaltungsinteresse des Betroffenen überwiegt.“

01.06.2007.—Artikel 3 Nr. 3 des Gesetzes vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 358) hat Abs. 3 Satz 3 eingefügt.

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 11 lit. a des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Die Landesjustizverwaltung ermittelt den Sachverhalt von Amts wegen. Sie bedient sich der Beweismittel, die sie nach pflichtgemäßem Ermessen für erforderlich hält.“

Artikel 3 Nr. 11 lit. b und c desselben Gesetzes hat Abs. 2 aufgehoben und Abs. 3 in Abs. 2 unnummeriert. Abs. 2 lautete:

„(2) Der am Verfahren beteiligte Bewerber, Notar oder Notarassessor soll bei der Ermittlung des Sachverhalts mitwirken und, soweit es dessen bedarf, sein Einverständnis mit der Verwendung von Beweismitteln erklären. Sein Antrag auf Gewährung von Rechtsvorteilen ist zurückzuweisen, wenn die

Zweiter Teil
Notarkammern und Bundesnotarkammer⁹⁷

1. Abschnitt
Notarkammern⁹⁸

§ 65

(1) Die Notare, die in einem Oberlandesgerichtsbezirk bestellt sind, bilden eine Notarkammer. Die Landesregierung oder die von ihr durch Rechtsverordnung bestimmte Stelle kann jedoch durch Rechtsverordnung bestimmen, daß mehrere Oberlandesgerichtsbezirke oder Teile von Oberlandesgerichtsbezirken oder ein Oberlandesgerichtsbezirk mit Teilen eines anderen Oberlandesgerichtsbezirks den Bezirk einer Notarkammer bilden.

(2) Die Notarkammer hat ihren Sitz am Ort des Oberlandesgerichts. Im Fall des Absatzes 1 Satz 2 bestimmt die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle den Sitz der Notarkammer.⁹⁹

§ 66

(1) Die Notarkammer ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Satzung der Notarkammer und ihre Änderungen werden von der Kammerversammlung beschlossen; sie bedürfen der Genehmigung der Landesjustizverwaltung und sind in einem von ihr bezeichneten Blatt zu veröffentlichen.

(2) Die Landesjustizverwaltung führt die Staatsaufsicht über die Notarkammer. Die Aufsicht beschränkt sich darauf, daß Gesetz und Satzung beachtet, insbesondere die der Notarkammer übertragenen Aufgaben erfüllt werden.

(3) Am Schlusse des Geschäftsjahrs legt die Notarkammer der Landesjustizverwaltung einen Bericht über ihre Tätigkeit im abgelaufenen Jahr und über die Lage der im Bereich der Notarkammer tätigen Notare und Notarassessoren vor.¹⁰⁰

Landesjustizverwaltung infolge seiner Verweigerung der Mitwirkung den Sachverhalt nicht hinreichend klären kann. Der Bewerber, Notar oder Notarassessor ist auf diese Rechtsfolge hinzuweisen.“

Artikel 3 Nr. 11 lit. c desselben Gesetzes hat im neuen Abs. 2 Satz 3 „Notarkammer darf die ihr übermittelten Steuerdaten nur für den Zweck verwenden, für den sie ihr“ durch „zuständige Stelle darf die ihr übermittelten Steuerdaten nur für den Zweck verwenden, für den ihr diese“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Anwendbarkeit des Verwaltungsverfahrensgesetzes; Übermittlung personenbezogener Informationen“.

97 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 2 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in der Überschrift des Teils „Zweiter Teil“ durch „Teil 2“ ersetzt.

98 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 2 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in der Überschrift des Abschnitts „1. Abschnitt“ durch „Abschnitt 1“ ersetzt.

99 ÄNDERUNGEN

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 14 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 1 Satz 2 „durch Rechtsverordnung“ nach „ihr“ eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Bildung; Sitz“.

100 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 34b des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 1 Satz 2 „und sind in einem von ihr bezeichneten Blatt zu veröffentlichen“ am Ende eingefügt.

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 15 lit. a des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 1 Satz 2 „Versammlung der Kammer“ durch „Kammerversammlung“ ersetzt.

Artikel 9 Nr. 15 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 3 „der Kammer“ durch „der Notarkammer“ ersetzt.

§ 67

(1) Die Notarkammer vertritt die Gesamtheit der in ihr zusammengeschlossenen Notare. Sie hat über Ehre und Ansehen ihrer Mitglieder zu wachen, die Aufsichtsbehörden bei ihrer Tätigkeit zu unterstützen, die Pflege des Notariatsrechts zu fördern und für eine gewissenhafte und lautere Berufsausübung der Notare und Notarassessoren zu sorgen.

(2) Der Notarkammer obliegt es, in Richtlinien die Amtspflichten und sonstigen Pflichten ihrer Mitglieder im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und auf deren Grundlage erlassenen Verordnungen durch Satzung näher zu bestimmen. § 66 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend. Die Richtlinien können nähere Regelungen enthalten:

1. zur Wahrung der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Notars,
2. für das nach § 14 Abs. 3 zu beachtende Verhalten,
3. zur Wahrung fremder Vermögensinteressen,
4. zur Beachtung der Pflicht zur persönlichen Amtsausübung,
5. über die Begründung, Führung, Fortführung und Beendigung der Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung oder sonstiger zulässiger beruflicher Zusammenarbeit sowie zur Nutzung gemeinsamer Geschäftsräume,
6. über die Art der nach § 28 zu treffenden Vorkehrungen,
7. für das nach § 29 zu beachtende Verhalten, insbesondere in Bezug auf die Information über die Amtstätigkeit, das Auftreten in der Öffentlichkeit, die Geschäftspapiere, die Führung von Titeln und weiteren Berufsbezeichnungen, die Führung des Namens in Verzeichnissen sowie die Anbringung von Amts- und Namensschildern im Rahmen landesrechtlicher Bestimmungen,
8. für die Beschäftigung und Ausbildung der Mitarbeiter,
9. über die bei der Vornahme von Beurkundungen außerhalb des Amtsbereichs und der Geschäftsstelle zu beachtenden Grundsätze,
10. über den erforderlichen Umfang der Fortbildung,
11. über die besonderen Berufspflichten im Verhältnis zu anderen Notaren, zu Gerichten, Behörden, Rechtsanwälten und anderen Beratern seiner Auftraggeber.

(3) Außer den der Notarkammer durch Gesetz zugewiesenen Aufgaben obliegt es ihr,

1. Mittel für die berufliche Fortbildung der Notare, ihrer Hilfskräfte und der Notarassessoren sowie für sonstige gemeinsame Lasten des Berufsstandes bereitzustellen;
2. die Ausbildung und Prüfung der Hilfskräfte der Notare zu regeln;
3. Versicherungsverträge zur Ergänzung der Haftpflichtversicherung nach § 19a abzuschließen, um auch Gefahren aus solchen Pflichtverletzungen zu versichern, die nicht durch Versicherungsverträge nach § 19a gedeckt sind, weil die durch sie verursachten Vermögensschäden die Deckungssumme übersteigen oder weil sie als vorsätzliche Handlungen durch die allgemeinen Versicherungsbedingungen vom Versicherungsschutz ausgenommen sind. Für diese Versicherungsverträge gilt, daß die Versicherungssumme für jeden versicherten Notar und für jeden Versicherungsfall mindestens 250 000 Euro für Schäden aus wissenschaftlichen Pflichtverletzungen und mindestens 500 000 Euro für Schäden aus sonstigen Pflichtverletzungen betragen muß; die Leistungen des Versicherers für alle innerhalb eines Versicherungsjahres von einem Notar verursachten Schäden dürfen jedoch auf den vierfachen Betrag der Mindestversicherungssumme begrenzt werden. § 19a Abs. 7 ist entsprechend anzuwenden. Die Landesregierungen oder die von ihnen durch Rechtsverordnung bestimmten Stellen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung unter Berücksichtigung der möglichen Schäden Beträge zu bestimmen, bis zu denen die Gesamtleistung des Versicherers für alle während ei-

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Satzung; Aufsicht; Tätigkeitsbericht“.

nes Versicherungsjahres von allen versicherten Notaren verursachten Schäden in den Versicherungsverträgen begrenzt werden darf;

4. Notardaten und technische Zugangsberechtigungen zum Elektronischen Urkundenarchiv und zum Elektronischen Notaraktenspeicher zu verwalten;
5. die Stellung als Notar oder Notariatsverwalter sowie sonstige amts- oder berufsbezogene Angaben bei der Vergabe von qualifizierten Zertifikaten zu bestätigen; die Notarkammer kann die Sperrung eines entsprechenden qualifizierten Zertifikats verlangen.

(4) Die Notarkammer kann weitere, dem Zweck ihrer Einrichtung entsprechende Aufgaben wahrnehmen. Sie kann insbesondere

1. Fürsorgeeinrichtungen unterhalten,
2. nach näherer Regelung durch die Landesgesetzgebung Versorgungseinrichtungen unterhalten,
3. allein oder gemeinsam mit anderen Notarkammern Einrichtungen unterhalten, deren Zweck darin besteht, als Versicherer die in Absatz 3 Nr. 3 aufgeführten Versicherungsverträge abzuschließen, die Gefahren aus Pflichtverletzungen abdecken, die durch vorsätzliche Handlungen von Notaren verursacht worden sind,
4. allein oder gemeinsam mit anderen Notarkammern Einrichtungen unterhalten, die ohne rechtliche Verpflichtung Leistungen bei folgenden Schäden ermöglichen:
 - a) Schäden, die durch vorsätzliche Handlungen von Notaren entstehen und die nicht durch Versicherungsverträge nach Absatz 3 Nummer 3 gedeckt sind,
 - b) Schäden, die durch amtlich verwahrte, aber nicht mehr aufzufindende Urkunden entstehen, die nicht durch § 19a oder durch Versicherungsverträge nach Absatz 3 Nummer 3 gedeckt sind und für die der Geschädigte auf keine andere zumutbare Weise Ersatz erlangen kann, wobei die Höhe der Leistungen auf 500 000 Euro je Urkunde beschränkt ist.

(5) Die Notarkammer hat ferner Gutachten zu erstatten, die die Landesjustizverwaltung, ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde des Landes in Angelegenheiten der Notare anfordert.

(6) Die Landesjustizverwaltung benachrichtigt die Notarkammer unverzüglich über

1. die Bestellung eines Notars, Notariatsverwalters oder Notarvertreters, jeweils unter Angabe des Beginns und der Dauer der Bestellung,
2. das Erlöschen des Amtes eines Notars oder Notariatsverwalters und den Widerruf der Bestellung eines Notarvertreters,
3. eine vorläufige Amtsenthebung,
4. die Verlegung eines Amtssitzes eines Notars,
5. eine anderweitige Zuweisung der Verwahrzuständigkeit nach § 51 Absatz 1 Satz 2.¹⁰¹

101 ÄNDERUNGEN

01.01.1983.—Artikel 1 Nr. 10 des Gesetzes vom 7. August 1981 (BGBl. I S. 803) hat in Abs. 2 Nr. 2 den Punkt durch ein Semikolon ersetzt und Abs. 2 Nr. 3 eingefügt.

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 19 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat in Abs. 3 Nr. 2 ein Komma am Ende eingefügt und Abs. 3 Nr. 3 eingefügt.

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 35 lit. a und b des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Abs. 2 bis 4 in Abs. 3 bis 5 unnummeriert und Abs. 2 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 35 lit. c litt. aa desselben Gesetzes hat im neuen Abs. 3 Nr. 3 Satz 2 „mindestens fünfhunderttausend Deutsche Mark für jeden Versicherungsfall“ durch „und für jeden Versicherungsfall mindestens fünfhunderttausend Deutsche Mark für Schäden aus wissenschaftlichen Pflichtverletzungen und mindestens eine Million Deutsche Mark für Schäden aus sonstigen Pflichtverletzungen“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 35 lit. c litt. bb desselben Gesetzes hat im neuen Abs. 3 Nr. 3 Satz 3 „Abs. 4“ durch „Abs. 6“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 35 lit. d desselben Gesetzes hat im neuen Abs. 4 Nr. 3 „Absatz 2“ durch „Absatz 3“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 35 lit. e desselben Gesetzes hat Abs. 6 eingefügt.

01.03.1999.—Artikel 1 Nr. 35 lit. c litt. aa des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat im neuen Abs. 3 Nr. 3 Satz 2 „mindestens fünfhunderttausend Deutsche Mark für jeden Versicherungsfall“ durch „und für jeden Versicherungsfall mindestens fünfhunderttausend Deutsche Mark für Schäden aus

§ 68

Die Organe der Notarkammer sind der Vorstand und die Kammerversammlung.¹⁰²

§ 69

wissenschaftlichen Pflichtverletzungen und mindestens eine Million Deutsche Mark für Schäden aus sonstigen Pflichtverletzungen“ ersetzt.

01.01.2002.—Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 13. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3574) hat in Abs. 3 Nr. 3 Satz 2 „fünfhunderttausend Deutsche Mark“ durch „250 000 Euro“ und „eine Million Deutsche Mark“ durch „500 000 Euro“ ersetzt.

31.12.2006.—Artikel 6 Nr. 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3416) hat Abs. 5 und 6 in Abs. 6 und 7 unnummeriert und Abs. 5 eingefügt.

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 12 lit. a des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat in Abs. 3 Nr. 3 Satz 3 „Abs. 6“ durch „Abs. 7“ ersetzt.

Artikel 3 Nr. 12 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 4 neu gefasst. Abs. 4 lautete:

„(4) Die Notarkammer kann

1. Fürsorgeeinrichtungen,
2. nach näherer Regelung durch die Landesgesetzgebung Versorgungseinrichtungen,
3. allein oder gemeinsam mit anderen Notarkammern Einrichtungen, die ohne rechtliche Verpflichtung Leistungen bei nicht durch Versicherungsverträge nach Absatz 3 Nr. 3 gedeckten Schäden durch vorsätzliche Handlungen von Notaren ermöglichen,

unterhalten.“

Artikel 3 Nr. 12 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 7 aufgehoben. Abs. 7 lautete:

„(7) Die Notarkammer kann weitere dem Zweck ihrer Einrichtung entsprechende Aufgaben wahrnehmen.“

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 16 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat Nr. 7 in Abs. 2 Satz 3 neu gefasst. Nr. 7 lautete:

„7. für das nach § 29 zu beachtende Verhalten, insbesondere über Bekanntgaben einer Amtsstelle, Amts- und Namensschilder im Rahmen landesrechtlicher Bestimmungen sowie Bürodrucksachen, Führung weiterer Berufsbezeichnungen, Führung von Titeln, Auftreten des Notars in der Öffentlichkeit und Führung seines Namens in Verzeichnissen,“

09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 10 lit. a litt. aa des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in Abs. 3 „es“ nach „obliegt“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 10 lit. a litt. bb und cc desselben Gesetzes hat in Abs. 3 Nr. 3 Satz 4 den Punkt durch ein Semikolon ersetzt und Abs. 3 Nr. 4 und 5 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 10 lit. b desselben Gesetzes hat Nr. 4 in Abs. 4 Satz 2 neu gefasst. Nr. 4 lautete:

„4. allein oder gemeinsam mit anderen Notarkammern Einrichtungen unterhalten, die ohne rechtliche Verpflichtung Leistungen bei nicht durch Versicherungsverträge nach Absatz 3 Nr. 3 gedeckten Schäden durch vorsätzliche Handlungen von Notaren ermöglichen.“

Artikel 1 Nr. 10 lit. c und d desselben Gesetzes hat Abs. 5 aufgehoben und Abs. 6 in Abs. 5 unnummeriert. Abs. 5 lautete:

„(5) Die Notarkammer kann die Stellung als Notar oder Notariatsverwalter sowie sonstige berufsbezogene Angaben bei der Vergabe von qualifizierten Zertifikaten nach dem Signaturgesetz bestätigen. Die Notarkammer kann die Sperrung eines entsprechenden qualifizierten Zertifikats verlangen.“

Artikel 1 Nr. 10 lit. e desselben Gesetzes hat Abs. 6 eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Aufgaben“.

102 ÄNDERUNGEN

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 17 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat „Versammlung der Kammer“ durch „Kammerversammlung“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Organe“.

(1) Der Vorstand nimmt, unbeschadet der Vorschrift des § 70, die Befugnisse der Notarkammer wahr. In dringenden Fällen beschließt er an Stelle der Kammerversammlung, deren Genehmigung nachzuholen ist.

(2) Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten, seinem Stellvertreter und weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Vorstands werden von der Kammerversammlung auf vier Jahre gewählt.

(3) Sind in dem Bezirk einer Notarkammer zur hauptberuflichen Amtsausübung bestellte Notare und Anwaltsnotare bestellt, so müssen der Präsident und mindestens die Hälfte der übrigen Mitglieder des Vorstands zur hauptberuflichen Amtsausübung bestellte Notare sein.¹⁰³

§ 69a

(1) Die Mitglieder des Vorstands haben – auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand – über die Angelegenheiten, die ihnen bei ihrer Tätigkeit im Vorstand über Notare, Notarassessoren, Bewerber um das Amt des Notars und andere Personen bekannt werden, Verschwiegenheit gegenüber jedermann zu wahren. Das gleiche gilt für Angestellte der Notarkammern und der Einrichtungen nach § 67 Abs. 4 sowie für Notare und Notarassessoren, die zur Mitarbeit in der Notarkammer oder in den Einrichtungen herangezogen werden.

(2) In gerichtlichen Verfahren dürfen die in Absatz 1 bezeichneten Personen über solche Angelegenheiten, die ihnen bei ihrer Tätigkeit im Vorstand über Notare, Notarassessoren, Bewerber um das Amt des Notars und andere Personen bekanntgeworden sind, ohne Genehmigung nicht aussagen.

(3) Die Genehmigung erteilt der Vorstand der Notarkammer. Die Genehmigung soll nur versagt werden, wenn Rücksichten auf die Stellung oder die Aufgaben der Notarkammer oder berechnigte Belange der Personen, über welche die Tatsachen bekanntgeworden sind, es unabwendbar erfordern. § 28 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht bleibt unberührt.¹⁰⁴

§ 69b

(1) Der Vorstand kann mehrere Abteilungen bilden, wenn die Geschäftsordnung der Notarkammer es zuläßt. Er überträgt den Abteilungen die Geschäfte, die sie selbständig führen.

(2) Jede Abteilung muß aus mindestens drei Mitgliedern des Vorstandes bestehen. Die Mitglieder der Abteilung wählen aus ihren Reihen einen Abteilungsvorsitzenden und seinen Stellvertreter.

(3) Vor Beginn des Kalenderjahres setzt der Vorstand die Zahl der Abteilungen und ihrer Mitglieder fest, überträgt den Abteilungen die Geschäfte und bestimmt die Mitglieder der einzelnen Abteilungen. Jedes Mitglied des Vorstandes kann mehreren Abteilungen angehören. Die Anordnungen können im Laufe des Jahres nur geändert werden, wenn dies wegen Überlastung der Abteilung oder infolge Wechsels oder dauernder Verhinderung einzelner Mitglieder der Abteilung erforderlich wird.

103 ÄNDERUNGEN

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 17 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 2 jeweils „Versammlung der Kammer“ durch „Kammerversammlung“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Vorstand“.

104 QUELLE

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 20 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 36 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 1 Satz 2 „Abs. 3“ durch „Abs. 4“ ersetzt.

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 18 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 1 Satz 2 „Kammer“ durch „Notarkammer“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Verschwiegenheitspflicht; Aussagegenehmigung“.

(4) Der Vorstand kann die Abteilungen ermächtigen, ihre Sitzungen außerhalb des Sitzes der Notarkammer abzuhalten.

(5) Die Abteilungen besitzen innerhalb ihrer Zuständigkeit die Rechte und Pflichten des Vorstandes.

(6) Anstelle der Abteilung entscheidet der Vorstand, wenn er es für angemessen hält oder wenn die Abteilung oder ihr Vorsitzender es beantragt.¹⁰⁵

§ 70

(1) Der Präsident vertritt die Notarkammer gerichtlich und außergerichtlich.

(2) Der Präsident vermittelt den geschäftlichen Verkehr der Notarkammer und des Vorstands.

(3) Der Präsident führt in den Sitzungen des Vorstands und in der Kammerversammlung den Vorsitz.

(4) Durch die Satzung können dem Präsidenten weitere Aufgaben übertragen werden.¹⁰⁶

§ 71

(1) Die Versammlung der Notarkammer wird durch den Präsidenten einberufen.

(2) Der Präsident muß die Kammerversammlung alljährlich einmal einberufen. Er muß sie ferner einberufen, wenn ein Zehntel der Mitglieder es schriftlich beantragt und hierbei den Gegenstand angibt, der in der Kammerversammlung behandelt werden soll.

(3) Die Kammerversammlung ist mindestens zwei Wochen vor dem Tage, an dem sie stattfinden soll, schriftlich oder durch öffentliche Einladung in den Blättern, die durch die Satzung bestimmt sind, unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen. Der Tag, an dem die Einberufung abgesandt ist, und der Tag der Kammerversammlung sind hierbei nicht mitzurechnen. In dringenden Fällen kann der Präsident die Kammerversammlung mit kürzerer Frist einberufen.

(4) Der Kammerversammlung obliegt insbesondere,

1. die Satzung der Notarkammer nach § 66 Abs. 1 Satz 2 zu beschließen;
2. die Richtlinien nach § 67 Abs. 2 zu beschließen;
3. die Höhe und die Fälligkeit der Beiträge zu bestimmen;
4. die Mittel zu bewilligen, die erforderlich sind, um den Aufwand für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten zu bestreiten;
5. die Abrechnung des Vorstands über die Einnahmen und Ausgaben der Notarkammer sowie über die Verwaltung des Vermögens zu prüfen und über die Entlastung zu beschließen.¹⁰⁷

105 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 36a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift eingefügt.

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 18 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 jeweils „Kammer“ durch „Notarkammer“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Abteilungen“.

106 ÄNDERUNGEN

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 19 lit. a des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 1 und 2 jeweils „Kammer“ durch „Notarkammer“ ersetzt.

Artikel 9 Nr. 19 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 3 „Versammlung der Kammer“ durch „Kammerversammlung“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 11 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt. Abs. 1 Satz 2 wird lauten: „Bei der Erteilung von Ausfertigungen, vollstreckbaren Ausfertigungen und beglaubigten Abschriften der von der Notarkammer nach den Vorschriften dieses Gesetzes verwahrten Urkunden wird die Notarkammer darüber hinaus von denjenigen Mitgliedern des Vorstandes oder Mitarbeitern der Notarkammer vertreten, die hierzu vom Präsidenten durch eine dauerhaft aufzubewahrende schriftliche oder elektronische Verfügung bestimmt worden sind.“

Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 desselben Gesetzes hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Präsident“.

§ 72

Die näheren Bestimmungen über die Organe der Notarkammer und ihre Zuständigkeiten trifft die Satzung.¹⁰⁸

§ 73

(1) Die Notarkammer erhebt von den Notaren Beiträge, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

(2) Rückständige Beiträge können auf Grund einer von dem Präsidenten der Notarkammer ausgestellten, mit der Bescheinigung der Vollstreckbarkeit und dem Siegel der Notarkammer versehenen Zahlungsaufforderung nach den Vorschriften über die Vollstreckung der Urteile in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten eingezogen werden.¹⁰⁹

§ 74

(1) Die Notarkammer kann in Ausübung ihrer Befugnisse von den Notaren und Notarassessoren Auskünfte, die Vorlage von Büchern und Akten sowie das persönliche Erscheinen vor den zuständigen Organen der Notarkammer verlangen. Die Notarkammer ist befugt, hierdurch erlangte Kenntnisse an die Einrichtungen nach § 67 Abs. 4 weiterzugeben, soweit diese von den Einrichtungen für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt werden.

(2) Die Notarkammer kann zur Erzwingung der den Notaren oder Notarassessoren nach Absatz 1 obliegenden Pflichten nach vorheriger schriftlicher Androhung, auch zu wiederholten Malen,

107 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 37 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Nr. 1 bis 3 in Abs. 4 in Nr. 3 bis 5 unnummeriert und Abs. 4 Nr. 1 und 2 eingefügt.

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 20 lit. a des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 1 „Versammlung der Kammer“ durch „Kammerversammlung“ ersetzt.

Artikel 9 Nr. 20 lit. b litt. aa desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 „Versammlung der Kammer“ durch „Kammerversammlung“ ersetzt.

Artikel 9 Nr. 20 lit. b litt. bb desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 2 „Versammlung“ durch „Kammerversammlung“ ersetzt.

Artikel 9 Nr. 20 lit. c desselben Gesetzes hat in Abs. 3 Satz 1 bis 3 jeweils „Versammlung“ durch „Kammerversammlung“ ersetzt.

Artikel 9 Nr. 20 lit. d litt. aa desselben Gesetzes hat in Abs. 4 „Versammlung“ durch „Kammerversammlung“ ersetzt.

Artikel 9 Nr. 20 lit. d litt. bb desselben Gesetzes hat in Abs. 4 Nr. 1 und 5 jeweils „Kammer“ durch „Notarkammer“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 12 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in Abs. 4 Nr. 3 „Gebühren und Auslagen“ nach „Beiträge“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 desselben Gesetzes hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Versammlung“.

108 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Regelung durch Satzung“.

109 ÄNDERUNGEN

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 21 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 2 „Kammer“ nach „Siegel der“ durch „Notarkammer“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 13 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat Abs. 3 eingefügt. Abs. 3 wird lauten:

„(3) Nimmt der Notar bei der Notarkammer Anlagen, Einrichtungen und Tätigkeiten für die Führung seiner Akten und Verzeichnisse in Anspruch, kann die Notarkammer dafür von dem Notar Gebühren erheben und den Ersatz von Auslagen verlangen.“

Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 desselben Gesetzes hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Erhebung von Beiträgen“.

Zwangsgeld festsetzen. Das einzelne Zwangsgeld darf eintausend Euro nicht übersteigen. Das Zwangsgeld fließt der Notarkammer zu; es wird wie ein rückständiger Beitrag beigetrieben.¹¹⁰

§ 75

(1) Die Notarkammer ist befugt, Notaren und Notarassessoren bei ordnungswidrigem Verhalten leichter Art eine Ermahnung auszusprechen.

(2) Bevor die Ermahnung ausgesprochen wird, ist der Notar oder Notarassessor zu hören. Eine Ermahnung darf nicht mehr ausgesprochen werden, wenn seit dem ordnungswidrigen Verhalten mehr als fünf Jahre verstrichen sind.

(3) Die Ermahnung ist zu begründen. Sie ist dem Notar oder Notarassessor zuzustellen. Eine Abschrift des Bescheides ist der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

(4) Gegen den Bescheid kann der Notar oder Notarassessor innerhalb eines Monats nach der Zustellung schriftlich bei dem Vorstand der Notarkammer Einspruch einlegen. Über den Einspruch entscheidet der Vorstand; Absatz 3 gilt entsprechend.

(5) Wird der Einspruch gegen die Ermahnung durch den Vorstand der Notarkammer zurückgewiesen, kann der Notar oder Notarassessor die Entscheidung des Oberlandesgerichts als Disziplinargericht für Notare beantragen. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach Zustellung der Entscheidung über den Einspruch schriftlich einzureichen und zu begründen. Das Oberlandesgericht entscheidet endgültig durch Beschluß. Auf das Verfahren des Gerichts sind im Übrigen die Vorschriften des Bundesdisziplinargesetzes über das Disziplinarverfahren vor dem Verwaltungsgericht entsprechend anzuwenden. Soweit nach diesen Vorschriften die Kosten des Verfahrens dem Dienstherrn zur Last fallen, tritt an dessen Stelle die Notarkammer.

(6) Die Ermahnung durch die Notarkammer läßt das Recht der Aufsichtsbehörde zu Maßnahmen nach § 94 oder im Disziplinarwege unberührt. Macht die Aufsichtsbehörde von diesem Recht Gebrauch, erlischt die Befugnis der Notarkammer; eine bereits ausgesprochene Ermahnung wird unwirksam. Hat jedoch das Oberlandesgericht die Ermahnung aufgehoben, weil es ein ordnungswidriges Verhalten nicht festgestellt hat, ist die Ausübung der Aufsichts- und Disziplinarbefugnis wegen

110 ÄNDERUNGEN

16.01.1969.—Artikel III Nr. 1 des Gesetzes vom 13. Januar 1969 (BGBl. I S. 25) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Die Notarkammer kann zur Erzwingung der den Notaren oder Notarassessoren nach Absatz 1 obliegenden Pflicht zur Auskunft und zum persönlichen Erscheinen nach vorheriger schriftlicher Androhung Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Deutsche Mark festsetzen. Die Ordnungsstrafen fließen zur Kasse der Notarkammer; sie werden wie rückständige Beiträge beigetrieben.“

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 21 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Notarkammer kann in Ausübung ihrer Befugnisse von den Notaren und Notarassessoren Auskünfte und das persönliche Erscheinen vor den zuständigen Organen der Kammer verlangen.

(2) Die Notarkammer kann zur Erzwingung der den Notaren oder Notarassessoren nach Absatz 1 obliegenden Pflichten zur Auskunft und zum persönlichen Erscheinen nach vorheriger schriftlicher Androhung Zwangsgeld bis zu dreihundert Deutsche Mark festsetzen. Das Zwangsgeld fließt zur Kasse der Notarkammer; es wird wie ein rückständiger Beitrag beigetrieben.“

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 36 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 1 Satz 2 „Abs. 3“ durch „Abs. 4“ ersetzt.

01.01.2002.—Artikel 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 13. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3574) hat in Abs. 2 Satz 2 „zweitausend Deutsche Mark“ durch „eintausend Euro“ ersetzt.

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 21 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 1 Satz 1 „der Kammer“ durch „der Notarkammer“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 14 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in Abs. 1 Satz 1 „Büchern und Akten“ durch „Akten und Verzeichnissen“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 desselben Gesetzes hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Auskunfts-, Vorlage- und Vorladerecht“.

desselben Verhaltens nur auf Grund solcher Tatsachen oder Beweismittel zulässig, die dem Gericht bei seiner Entscheidung nicht bekannt waren.¹¹¹

2. Abschnitt Bundesnotarkammer¹¹²

§ 76

- (1) Die Notarkammern werden zu einer Bundesnotarkammer zusammengeschlossen.
- (2) Der Sitz der Bundesnotarkammer wird durch ihre Satzung bestimmt.¹¹³

§ 77

- (1) Die Bundesnotarkammer ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.
- (2) Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz führt die Staatsaufsicht über die Bundesnotarkammer. Die Aufsicht beschränkt sich darauf, daß Gesetz und Satzung beachtet, insbesondere die der Bundesnotarkammer übertragenen Aufgaben erfüllt werden.
- (3) Die Satzung der Bundesnotarkammer und ihre Änderungen, die von der Vertreterversammlung beschlossen werden, bedürfen der Genehmigung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.¹¹⁴

§ 78 Aufgaben

111 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel 95 Nr. 1 des Gesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) hat in Abs. 1 „Ordnungswidrigkeiten“ durch „ordnungswidrigem Verhalten“ ersetzt.

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 22 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Notarkammer ist befugt, Notaren und Notarassessoren bei ordnungswidrigem Verhalten leichter Art eine Ermahnung auszusprechen.

(2) Die Ermahnung ist zu begründen. Sie ist der Aufsichtsbehörde mitzuteilen. Das Recht der Aufsichtsbehörden zu Maßnahmen im Aufsichtswege oder im Disziplinarwege bleibt unberührt. Macht die Aufsichtsbehörde von diesem Recht Gebrauch, so erlischt die Befugnis der Notarkammer; eine bereits ausgesprochene Ermahnung wird unwirksam.

(3) Über Gegenvorstellungen des Notars oder Notarassessors entscheiden die Aufsichtsbehörden.“

01.01.2010.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 17. Juni 2009 (BGBl. I S. 1282) hat Satz 4 in Abs. 5 neu gefasst. Satz 4 lautete: „Auf das Verfahren des Gerichts sind im übrigen die für Landesjustizbeamte geltenden Vorschriften über den Antrag auf gerichtliche Entscheidung gegen eine Disziplinarverfügung entsprechend anzuwenden.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Ermahnung“.

112 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 2 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in der Überschrift des Abschnitts „2. Abschnitt“ durch „Abschnitt 2“ ersetzt.

113 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Bildung; Sitz“.

114 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 52 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 2 Satz 1 „Bundesminister“ durch „Bundesministerium“ und in Abs. 3 „Bundesministers“ durch „Bundesministeriums“ ersetzt.

08.09.2015.—Artikel 136 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) hat in Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 jeweils „und für Verbraucherschutz“ nach „Justiz“ eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Rechtsstatus; Aufsicht; Genehmigung der Satzung“.

(1) Die Bundesnotarkammer hat die ihr durch Gesetz zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Sie hat insbesondere

1. in Fragen, welche die Gesamtheit der Notarkammern angehen, die Auffassung der einzelnen Notarkammern zu ermitteln und im Wege gemeinschaftlicher Aussprache die Auffassung der Mehrheit festzustellen;
2. in allen die Gesamtheit der Notarkammern berührenden Angelegenheiten die Auffassung der Bundesnotarkammer den zuständigen Gerichten und Behörden gegenüber zur Geltung zu bringen;
3. die Gesamtheit der Notarkammern gegenüber Behörden und Organisationen zu vertreten;
4. Gutachten zu erstatten, die eine an der Gesetzgebung beteiligte Behörde oder Körperschaft des Bundes oder ein Bundesgericht in Angelegenheiten der Notare anfordert;
5. durch Beschluss der Vertreterversammlung Empfehlungen für die von den Notarkammern nach § 67 Absatz 2 zu erlassenden Richtlinien auszusprechen;
6. Richtlinien für die Ausbildung der Hilfskräfte der Notare aufzustellen;
7. den Elektronischen Notaraktenspeicher (§ 78k) zu führen;
8. das Notarverzeichnis (§ 78l) zu führen;
9. die besonderen elektronischen Notarpostfächer (§ 78n) einzurichten.

(2) Die Bundesnotarkammer führt

1. das Zentrale Vorsorgeregister (§ 78a),
2. das Zentrale Testamentsregister (§ 78c),
3. das Elektronische Urkundenarchiv (§ 78h).

(3) Die Bundesnotarkammer kann weitere dem Zweck ihrer Errichtung entsprechende Aufgaben wahrnehmen. Sie kann insbesondere

1. Maßnahmen ergreifen, die der wissenschaftlichen Beratung der Notarkammern und ihrer Mitglieder, der Fortbildung von Notaren, der Aus- und Fortbildung des beruflichen Nachwuchses und der Hilfskräfte der Notare dienen,
2. Notardaten verwalten und
3. die elektronische Kommunikation der Notare mit Gerichten, Behörden und sonstigen Dritten sowie die elektronische Aktenführung und die sonstige elektronische Datenverarbeitung der Notare unterstützen.¹¹⁵

115 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 38 lit. b des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Nr. 5 in Abs. 1 neu gefasst. Nr. 5 lautete:

„5. durch Beschluß der Vertreterversammlung allgemeine Richtlinien für die Berufsausübung der Notare aufzustellen;“.

Artikel 1 Nr. 38 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 2 eingefügt.

28.12.2010.—Artikel 1 Nr. 1 lit. a und b des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2255) hat Abs. 2 in Abs. 3 unnummeriert und Abs. 2 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 1 lit. c desselben Gesetzes hat im neuen Abs. 3 Satz 2 „sowie Notardaten verwalten und die elektronische Kommunikation der Notare mit Gerichten, Behörden und sonstigen Dritten unterstützen“ am Ende eingefügt.

29.03.2013.—Artikel 2 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 21. März 2013 (BGBl. I S. 554) hat in Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 „nach § 78a“ nach „Betreuungsverfügungen“ eingefügt.

Artikel 2 Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 „und sonstige Daten nach § 78b“ nach „Urkunden“ eingefügt.

08.09.2015.—Artikel 136 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) hat in Abs. 2 Satz 2 und 6 jeweils „und für Verbraucherschutz“ nach „Justiz“ eingefügt.

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 22 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 2 Satz 5 Nr. 3 „§ 34a Absatz 1 Satz 1“ durch „§ 34a Absatz 1 und 2“ und „§ 347 Absatz 1 Satz 1“ durch „§ 347 Absatz 1 bis 3“ ersetzt.

09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

§ 78a Zentrales Vorsorgeregister; Verordnungsermächtigung

(1) Die Bundesnotarkammer führt als Registerbehörde ein automatisiertes elektronisches Register über Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz führt die Rechtsaufsicht über die Registerbehörde.

(2) In das Zentrale Vorsorgeregister dürfen Angaben aufgenommen werden über

1. Vollmachtgeber,
2. Bevollmächtigte,
3. die Vollmacht und deren Inhalt,
4. Vorschläge zur Auswahl des Betreuers,
5. Wünsche zur Wahrnehmung der Betreuung und
6. den Vorschlagenden.

„§ 78

(1) Die Bundesnotarkammer hat die ihr durch Gesetz zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Sie hat insbesondere

1. in Fragen, welche die Gesamtheit der Notarkammern angehen, die Auffassung der einzelnen Notarkammern zu ermitteln und im Wege gemeinschaftlicher Aussprache die Auffassung der Mehrheit festzustellen;
2. in allen die Gesamtheit der Notarkammern berührenden Angelegenheiten die Auffassung der Bundesnotarkammer den zuständigen Gerichten und Behörden gegenüber zur Geltung zu bringen;
3. die Gesamtheit der Notarkammern gegenüber Behörden und Organisationen zu vertreten;
4. Gutachten zu erstatten, die eine an der Gesetzgebung beteiligte Behörde oder Körperschaft des Bundes oder ein Bundesgericht in Angelegenheiten der Notare anfordert;
5. durch Beschluß der Vertreterversammlung Empfehlungen für die von den Notarkammern nach § 67 Abs. 2 zu erlassenden Richtlinien auszusprechen;
6. Richtlinien für die Ausbildung der Hilfskräfte der Notare aufzustellen.

(2) Die Bundesnotarkammer führt als Registerbehörde je ein automatisiertes elektronisches Register über

1. Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen nach § 78a (Zentrales Vorsorgeregister) und
2. die Verwahrung erbfolgerrelevanter Urkunden und sonstige Daten nach § 78b (Zentrales Testamentsregister).

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat durch jeweils eine Rechtsverordnung zum Zentralen Vorsorgeregister und zum Zentralen Testamentsregister mit Zustimmung des Bundesrates die näheren Bestimmungen über Einrichtung und Führung der Register, über Auskunft aus den Registern, über Anmeldung, Änderung und Löschung von Registereintragungen, über Einzelheiten der Datenübermittlung und -speicherung sowie der Datensicherheit zu treffen. Die Erhebung und Verwendung der Daten ist auf das für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Registerbehörde, der Nachlassgerichte und der Verwahrstellen Erforderliche zu beschränken. In der Rechtsverordnung zum Zentralen Testamentsregister können darüber hinaus Bestimmungen zum Inhalt der Sterbefallmitteilungen nach § 78c Satz 1 getroffen werden. Ferner können in der Rechtsverordnung zum Zentralen Testamentsregister Ausnahmen zugelassen werden von:

1. § 78c Satz 3, soweit dies die Sterbefallmitteilung an das Nachlassgericht betrifft;
2. der elektronischen Benachrichtigung nach § 78c Satz 4;
3. der Verpflichtung zur elektronischen Übermittlung nach § 34a Absatz 1 und 2 des Beurkundungsgesetzes und § 347 Absatz 1 bis 3 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz führt die Rechtsaufsicht über die Registerbehörde.

(3) Die Bundesnotarkammer kann weitere dem Zweck ihrer Errichtung entsprechende Aufgaben wahrnehmen. Sie kann insbesondere Maßnahmen ergreifen, die der wissenschaftlichen Beratung der Notarkammern und ihrer Mitglieder, der Fortbildung von Notaren, der Aus- und Fortbildung des beruflichen Nachwuchses und der Hilfskräfte der Notare dienen sowie Notardaten verwalten und die elektronische Kommunikation der Notare mit Gerichten, Behörden und sonstigen Dritten unterstützen.“

(3) Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die näheren Bestimmungen zu treffen über

1. die Einrichtung und Führung des Registers,
2. die Auskunft aus dem Register,
3. die Anmeldung, Änderung und Löschung von Registereintragungen,
4. die Einzelheiten der Datenübermittlung und -speicherung und
5. die Einzelheiten der Datensicherheit.¹¹⁶

§ 78b Auskunft und Gebühren

(1) Die Registerbehörde erteilt Gerichten auf Ersuchen Auskunft aus dem Zentralen Vorsorgeregister. Die Befugnis der Gerichte, Notare und Notarkammern zur Einsicht in Registrierungen, die von ihnen verwahrt oder registrierte Urkunden betreffen, bleibt unberührt.

(2) Das Zentrale Vorsorgeregister wird durch Gebühren finanziert. Die Registerbehörde kann Gebühren für die Aufnahme von Erklärungen in das Register erheben. Zur Zahlung der Gebühren sind der Antragsteller und derjenige verpflichtet, der für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet. Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner. Gerichte und Notare können die Gebühren für die Registerbehörde entgegennehmen.

116 QUELLE

31.07.2004.—Artikel 2b des Gesetzes vom 23. April 2004 (BGBl. I S. 598) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

31.12.2006.—Artikel 6 Nr. 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3416) hat in Abs. 2 Satz 1 „und dem Landgericht als Beschwerdegericht“ nach „Vormundschaftsgericht“ eingefügt.

01.09.2009.—Artikel 24 Nr. 5 des Gesetzes vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586) hat in Abs. 2 Satz 1 „Vormundschaftsgericht und dem Landgericht als Beschwerdegericht“ durch „Gericht“ ersetzt.

01.09.2009.—Artikel 9 des Gesetzes vom 6. Juli 2009 (BGBl. I S. 1696) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Die Bundesnotarkammer führt ein automatisiertes Register über Vorsorgevollmachten (Zentrales Vorsorgeregister). In dieses Register dürfen Angaben über Vollmachtgeber, Bevollmächtigte, die Vollmacht und deren Inhalt aufgenommen werden. Das Bundesministerium der Justiz führt die Rechtsaufsicht über die Registerbehörde.“

28.12.2010.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2255) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Bundesnotarkammer führt ein automatisiertes Register über Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen (Zentrales Vorsorgeregister). In dieses Register dürfen Angaben über Vollmachtgeber, Bevollmächtigte, die Vollmacht, deren Inhalt sowie über Vorschläge zur Auswahl eines Betreuers, Wünsche zur Wahrnehmung der Betreuung und den Vorschlagenden aufgenommen werden. Das Bundesministerium der Justiz führt die Rechtsaufsicht über die Registerbehörde.“

(2) Dem Gericht wird auf Ersuchen Auskunft aus dem Register erteilt. Die Auskunft kann im Wege der Datenfernübertragung erteilt werden. Dabei sind dem jeweiligen Stand der Technik entsprechende Maßnahmen zur Sicherstellung von Datenschutz und Datensicherheit zu treffen, die insbesondere die Vertraulichkeit, Unversehrtheit und Zurechenbarkeit der Daten gewährleisten; im Falle der Nutzung allgemein zugänglicher Netze sind dem jeweiligen Stand der Technik entsprechende Verschlüsselungsverfahren anzuwenden.

(3) Das Bundesministerium der Justiz hat durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die näheren Bestimmungen über die Einrichtung und Führung des Registers, die Auskunft aus dem Register und über Anmeldung, Änderung, Eintragung, Widerruf und Löschung von Eintragungen zu treffen.“

09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 78a

In das Zentrale Vorsorgeregister dürfen Angaben über Vollmachtgeber, Bevollmächtigte, die Vollmacht und deren Inhalt sowie über Vorschläge zur Auswahl des Betreuers, Wünsche zur Wahrnehmung der Betreuung und über den Vorschlagenden aufgenommen werden.“

(3) Die Gebühren sind so zu bemessen, dass der mit der Einrichtung, der Inbetriebnahme, der dauerhaften Führung und der Nutzung des Zentralen Vorsorgeregisters durchschnittlich verbundene Verwaltungsaufwand einschließlich der Personal- und Sachkosten gedeckt wird. Dabei ist auch der für die Aufnahme von Erklärungen in das Register gewählte Kommunikationsweg zu berücksichtigen.

(4) Die Registerbehörde bestimmt die Gebühren nach Absatz 2 Satz 2 und die Art ihrer Erhebung durch eine Gebührensatzung. Die Satzung bedarf der Genehmigung durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Die Höhe der Gebühren ist regelmäßig zu überprüfen.¹¹⁷

117 QUELLE

31.07.2004.—Artikel 2b des Gesetzes vom 23. April 2004 (BGBl. I S. 598) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

28.12.2010.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2255) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Bundesnotarkammer kann für die Aufnahme von Erklärungen in das Register nach § 78a Gebühren erheben. Die Höhe der Gebühren richtet sich nach den mit der Einrichtung und dauerhaften Führung des Registers sowie den mit der Nutzung des Registers durchschnittlich verbundenen Personal- und Sachkosten. Hierbei kann insbesondere der für die Anmeldung einer Eintragung gewählte Kommunikationsweg angemessen berücksichtigt werden.

(2) Die Bundesnotarkammer bestimmt die Gebühren durch Satzung. Die Satzung bedarf der Genehmigung durch das Bundesministerium der Justiz.“

29.03.2013.—Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 21. März 2013 (BGBl. I S. 554) hat Satz 1 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „In das Zentrale Testamentsregister werden Verwahrangaben zu erbfolgerelevanten Urkunden aufgenommen, die ab 1. Januar 2012 von Notaren (§ 34a Absatz 1 Satz 1 des Beurkundungsgesetzes) oder Gerichten (Absatz 4 sowie § 347 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit) zu übermitteln sind.“

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 23 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat Buchstabe a in Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 neu gefasst. Buchstabe a lautete:

„a) von Notaren (§ 34a Absatz 1 Satz 1 des Beurkundungsgesetzes) oder Gerichten (Absatz 4 sowie § 347 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit) ab 1. Januar 2012 zu übermitteln sind,“.

09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 78b

(1) In das Zentrale Testamentsregister werden aufgenommen:

1. Verwahrangaben zu erbfolgerelevanten Urkunden, die

a) von Notaren nach § 34a Absatz 1 und 2 des Beurkundungsgesetzes oder von Gerichten nach Absatz 4 Satz 1 sowie nach § 347 Absatz 1 bis 3 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu übermitteln sind,

b) nach § 1 des Testamentsverzeichnis-Überführungsgesetzes zu überführen sind,

2. Mitteilungen, die nach § 9 des Testamentsverzeichnis-Überführungsgesetzes zu überführen sind.

Die gespeicherten Daten sind mit Ablauf des dreißigsten auf die Sterbefallmitteilung folgenden Kalenderjahres zu löschen.

(2) Erbfolgerelevante Urkunden sind Testamente, Erbverträge und alle Urkunden mit Erklärungen, welche die Erbfolge beeinflussen können, insbesondere Aufhebungsverträge, Rücktritts- und Anfechtungserklärungen, Erb- und Zuwendungsverzichtsverträge, Ehe- und Lebenspartnerschaftsverträge und Rechtswahlen. Verwahrangaben sind Angaben, die zum Auffinden erbfolgerelevanter Urkunden erforderlich sind.

(3) Registerfähig sind nur erbfolgerelevante Urkunden, die

1. öffentlich beurkundet oder

2. in amtliche Verwahrung genommen

worden sind.

(4) Handelt es sich bei einem gerichtlichen Vergleich um eine erbfolgerelevante Urkunde im Sinne von Absatz 2 Satz 1, übermittelt das Gericht unverzüglich die Verwahrangaben an die das Zentrale Tes-

§ 78c Zentrales Testamentsregister; Verordnungsermächtigung

(1) Die Bundesnotarkammer führt als Registerbehörde ein automatisiertes elektronisches Register über die Verwahrung erbfolgerrelevanter Urkunden und sonstige Daten nach § 78d. Die Erhebung und Verwendung der Daten ist auf das für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Registerbehörde, der Nachlassgerichte und der Verwahrstellen Erforderliche zu beschränken. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz führt die Rechtsaufsicht über die Registerbehörde.

(2) Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die näheren Bestimmungen zu treffen über

1. die Einrichtung und Führung des Registers,
2. die Auskunft aus dem Register,
3. die Anmeldung, Änderung und Löschung von Registereintragungen,
4. die Einzelheiten der Datenübermittlung und -speicherung und
5. die Einzelheiten der Datensicherheit.

(3) In der Rechtsverordnung können darüber hinaus Bestimmungen zum Inhalt der Sterbefallmitteilungen nach § 78e Satz 1 getroffen werden. Ferner können in der Rechtsverordnung Ausnahmen zugelassen werden von

1. § 78e Satz 3, soweit dies die Sterbefallmitteilung an das Nachlassgericht betrifft;
2. der elektronischen Benachrichtigung nach § 78e Satz 4;
3. der Verpflichtung zur elektronischen Übermittlung nach § 34a Absatz 1 und 2 des Beurkundungsgesetzes und § 347 Absatz 1 bis 3 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.¹¹⁸

tamentsregister führende Registerbehörde nach Maßgabe der nach § 78 Absatz 2 Satz 2 bis 5 erlassenen Rechtsverordnung. Der Erblasser teilt dem Gericht die zur Registrierung erforderlichen Daten mit.“

118 QUELLE

31.07.2004.—Artikel 2b des Gesetzes vom 23. April 2004 (BGBl. I S. 598) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.09.2009.—Artikel 24 Nr. 6 des Gesetzes vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Gegen Entscheidungen der Bundesnotarkammer nach den §§ 78a und 78b findet die Beschwerde nach den Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit statt, soweit sich nicht aus den nachfolgenden Absätzen etwas anderes ergibt.

(2) Die Beschwerde ist bei der Bundesnotarkammer einzulegen. Diese kann der Beschwerde abhelfen. Beschwerden, denen sie nicht abhilft, legt sie dem Landgericht am Sitz der Bundesnotarkammer vor.

(3) Die weitere Beschwerde ist nicht zulässig.“

28.12.2010.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2255) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Gegen Entscheidungen der Bundesnotarkammer nach den §§ 78a und 78b findet die Beschwerde statt. Sie ist bei der Bundesnotarkammer einzulegen. Diese kann der Beschwerde abhelfen. Hilft sie nicht ab, legt sie die Beschwerde dem Landgericht am Sitz der Bundesnotarkammer vor. Im Übrigen gelten für das Verfahren die Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.“

29.03.2013.—Artikel 2 Nr. 3 lit. a des Gesetzes vom 21. März 2013 (BGBl. I S. 554) hat in Satz 2 „Verwahrangaben“ durch „Angaben nach § 78b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2“ ersetzt.

Artikel 2 Nr. 3 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 3 neu gefasst. Satz 3 lautete: „Sie benachrichtigt, soweit erforderlich, unverzüglich das zuständige Nachlassgericht und die verwahrenden Stellen über den Sterbefall und etwaige Verwahrangaben.“

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 24 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat Satz 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Ab 1. Januar 2012 teilt das zuständige Standesamt der Registerbehörde den Tod, die Todeserklärung oder die gerichtliche Feststellung der Todeszeit einer Person mit (Sterbefallmitteilung).“

§ 78d Inhalt des Zentralen Testamentsregisters

(1) In das Zentrale Testamentsregister werden aufgenommen:

1. Verwahrangaben zu erbfolgerelevanten Urkunden, die
 - a) von Notaren nach § 34a Absatz 1 und 2 des Beurkundungsgesetzes oder von Gerichten nach Absatz 4 Satz 1 sowie nach § 347 Absatz 1 bis 3 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu übermitteln sind,
 - b) nach § 1 des Testamentsverzeichnis-Überführungsgesetzes zu überführen sind,
2. Mitteilungen, die nach § 9 des Testamentsverzeichnis-Überführungsgesetzes zu überführen sind.

Die gespeicherten Daten sind mit Ablauf des 30. auf die Sterbefallmitteilung folgenden Kalenderjahres zu löschen.

(2) Erbfolgerelevante Urkunden sind Testamente, Erbverträge und alle Urkunden mit Erklärungen, welche die Erbfolge beeinflussen können, insbesondere Aufhebungsverträge, Rücktritts- und Anfechtungserklärungen, Erb- und Zuwendungsverzichtsverträge, Ehe- und Lebenspartnerschaftsverträge und Rechtswahlen. Verwahrangaben sind Angaben, die zum Auffinden erbfolgerelevanter Urkunden erforderlich sind.

(3) Registerfähig sind nur erbfolgerelevante Urkunden, die

1. öffentlich beurkundet worden sind oder
2. in amtliche Verwahrung genommen worden sind.

(4) Handelt es sich bei einem gerichtlichen Vergleich um eine erbfolgerelevante Urkunde im Sinne von Absatz 2 Satz 1, übermittelt das Gericht unverzüglich die Verwahrangaben an die das Zentrale Testamentsregister führende Registerbehörde nach Maßgabe der nach § 78c Absatz 2 und 3 erlassenen Rechtsverordnung. Der Erblasser teilt dem Gericht die zur Registrierung erforderlichen Daten mit.¹¹⁹

09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 78c

Das zuständige Standesamt hat der Registerbehörde den Tod, die Todeserklärung oder die gerichtliche Feststellung der Todeszeit einer Person mitzuteilen (Sterbefallmitteilung). Die Registerbehörde prüft daraufhin, ob im Zentralen Testamentsregister Angaben nach § 78b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 vorliegen. Sie benachrichtigt, soweit es zur Erfüllung der Aufgaben des Nachlassgerichts und der verwahrenden Stellen erforderlich ist, unverzüglich

1. das zuständige Nachlassgericht über den Sterbefall und etwaige Angaben nach § 78b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 und
2. die verwahrenden Stellen über den Sterbefall und etwaige Verwahrangaben nach § 78b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1.

Die Benachrichtigung erfolgt elektronisch.“

119 QUELLE

28.12.2010.—Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2255) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

29.03.2013.—Artikel 2 Nr. 4 lit. a litt. aa des Gesetzes vom 21. März 2013 (BGBl. I S. 554) hat in Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 „über Verwahrangaben“ nach „Auskunft“ eingefügt.

Artikel 2 Nr. 4 lit. a litt. bb desselben Gesetzes hat in Abs. 1 Satz 2 „zur Ermittlung erbfolgerelevanter Urkunden“ nach „sie“ gestrichen.

Artikel 2 Nr. 4 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 „oder registrierte“ nach „verwahrte“ eingefügt.

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 25 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 3 Satz 2 „Absatz 1 Satz 1“ durch „Absatz 1 bis 3“ ersetzt.

09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

§ 78e Sterbefallmitteilung

Das zuständige Standesamt hat der Registerbehörde den Tod, die Todeserklärung oder die gerichtliche Feststellung der Todeszeit einer Person mitzuteilen (Sterbefallmitteilung). Die Registerbehörde prüft daraufhin, ob im Zentralen Testamentsregister Angaben nach § 78d Absatz 1 Satz 1 vorliegen. Sie benachrichtigt, soweit es zur Erfüllung der Aufgaben des Nachlassgerichts und der verwahrenden Stellen erforderlich ist, unverzüglich

1. das zuständige Nachlassgericht über den Sterbefall und etwaige Angaben nach § 78d Absatz 1 Satz 1 und
2. die verwahrenden Stellen über den Sterbefall und etwaige Verwahrangaben nach § 78d Absatz 1 Satz 1 Nummer 1.

Die Benachrichtigung erfolgt elektronisch.¹²⁰

„§ 78d

(1) Die Registerbehörde erteilt auf Ersuchen

1. Gerichten Auskunft aus dem Zentralen Vorsorgeregister und dem Zentralen Testamentsregister sowie
2. Notaren Auskunft über Verwahrangaben aus dem Zentralen Testamentsregister.

Die Auskunft aus dem Zentralen Testamentsregister wird nur erteilt, soweit sie im Rahmen der Aufgabenerfüllung der Gerichte und Notare erforderlich ist. Auskünfte aus dem Zentralen Testamentsregister können zu Lebzeiten des Erblassers nur mit dessen Einwilligung eingeholt werden.

(2) Die Befugnis der Gerichte und Notare zur Einsicht in Registrierungen, die von ihnen verwahrte oder registrierte Urkunden betreffen, bleibt unberührt.

(3) Die Registerbehörde kann Gerichte bei der Ermittlung besonders amtlich verwahrter Urkunden unterstützen, für die mangels Verwahrungsnachricht keine Eintragung im Zentralen Testamentsregister vorliegt. Die Verwahrangaben der nach Satz 1 ermittelten Verfügungen von Todes wegen sind nach § 347 Absatz 1 bis 3 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit an das Zentrale Testamentsregister zu melden.“

120 QUELLE

28.12.2010.—Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2255) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

29.03.2013.—Artikel 2 Nr. 5 des Gesetzes vom 21. März 2013 (BGBl. I S. 554) hat Abs. 3 Satz 3 eingefügt.

08.09.2015.—Artikel 136 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) hat in Abs. 4 Satz 2 „und für Verbraucherschutz“ am Ende eingefügt.

09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 78e

(1) Das Zentrale Vorsorgeregister und das Zentrale Testamentsregister werden durch Gebühren finanziert. Die Registerbehörde kann Gebühren erheben für:

1. die Aufnahme von Erklärungen in das Zentrale Vorsorgeregister,
2. die Aufnahme von Erklärungen in das Zentrale Testamentsregister und
3. die Erteilung von Auskünften aus dem Zentralen Testamentsregister nach § 78d Absatz 1 Satz 1 Nummer 2.

(2) Zur Zahlung der Gebühren sind verpflichtet:

1. im Fall des Absatzes 1 Satz 2 Nummer 1 der Antragsteller und derjenige, der für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet;
2. im Fall des Absatzes 1 Satz 2 Nummer 2 der Erblasser;
3. im Fall des Absatzes 1 Satz 2 Nummer 3 der Veranlasser des Auskunftsverfahrens.

Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.

(3) Die Gebühren sind so zu bemessen, dass der mit der Einrichtung, Inbetriebnahme, dauerhaften Führung und Nutzung des jeweiligen Registers durchschnittlich verbundene Verwaltungsaufwand einschließlich Personal- und Sachkosten gedeckt wird. Dabei sind auch zu berücksichtigen

§ 78f Auskunft aus dem Zentralen Testamentsregister

(1) Die Registerbehörde erteilt auf Ersuchen

1. Gerichten Auskunft aus dem Zentralen Testamentsregister sowie
2. Notaren Auskunft über Verwahrangaben aus dem Zentralen Testamentsregister.

Die Auskunft wird nur erteilt, soweit sie im Rahmen der Aufgabenerfüllung der Gerichte und Notare erforderlich ist. Auskünfte können zu Lebzeiten des Erblassers nur mit dessen Einwilligung eingeholt werden.

(2) Die Befugnis der Gerichte, Notare und Notarkammern zur Einsicht in Registrierungen, die von ihnen verwahrte oder registrierte Urkunden betreffen, bleibt unberührt.

(3) Die Registerbehörde kann Gerichte bei der Ermittlung besonders amtlich verwahrter Urkunden unterstützen, für die mangels Verwahrungsnachricht keine Eintragung im Zentralen Testamentsregister vorliegt. Die Verwahrangaben der nach Satz 1 ermittelten Verfügungen von Todes wegen sind nach § 347 Absatz 1 bis 3 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit an das Zentrale Testamentsregister zu melden.¹²¹

§ 78g Gebühren des Zentralen Testamentsregisters

(1) Das Zentrale Testamentsregister wird durch Gebühren finanziert. Die Registerbehörde kann Gebühren erheben für

1. die Aufnahme von Erklärungen in das Testamentsregister und
2. die Erteilung von Auskünften aus dem Testamentsregister nach § 78f Absatz 1 Satz 1 Nummer 2.

(2) Zur Zahlung der Gebühren sind verpflichtet:

1. im Fall des Absatzes 1 Satz 2 Nummer 1 der Erblasser,
2. im Fall des Absatzes 1 Satz 2 Nummer 2 der Veranlasser des Auskunftsverfahrens.

Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner. Gerichte und Notare können die Gebühren für die Registerbehörde entgegennehmen.

-
1. für die Aufnahme von Erklärungen in das Zentrale Vorsorgeregister: der gewählte Kommunikationsweg;
 2. für die Aufnahme von Erklärungen in das Zentrale Testamentsregister und für Auskünfte: die Kosten für die Überführung der Verwahrungsnachrichten nach dem Testamentsverzeichnis-Überführungsgesetz.

Die durch die Aufnahme von Mitteilungen nach § 9 Absatz 1 und 3 des Testamentsverzeichnis-Überführungsgesetzes entstehenden Kosten bleiben außer Betracht.

(4) Die Registerbehörde bestimmt die Gebühren nach Absatz 1 und die Art ihrer Erhebung jeweils durch eine Gebührensatzung. Die Satzungen bedürfen der Genehmigung durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Die Höhe der Gebühren ist regelmäßig zu überprüfen.

(5) Gerichte und Notare können die nach Absatz 3 bestimmten Gebühren für die Registerbehörde entgegennehmen.“

121 QUELLE

28.12.2010.—Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2255) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 78f

(1) Gegen Entscheidungen der Registerbehörde nach den §§ 78a bis 78e findet die Beschwerde nach den Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit statt, soweit sich nicht aus den folgenden Absätzen etwas anderes ergibt.

(2) Die Beschwerde ist bei der Registerbehörde einzulegen. Diese kann der Beschwerde abhelfen. Beschwerden, denen sie nicht abhilft, legt sie dem Landgericht am Sitz der Bundesnotarkammer vor.

(3) Die Rechtsbeschwerde ist nicht zulässig.“

(3) Die Gebühren sind so zu bemessen, dass der mit der Einrichtung, der Inbetriebnahme sowie der dauerhaften Führung und Nutzung des Zentralen Testamentsregisters durchschnittlich verbundene Verwaltungsaufwand einschließlich Personal- und Sachkosten gedeckt wird. Dabei sind auch die Kosten für die Überführung der Verwahrungsnachrichten nach dem Testamentsverzeichnis-Überführungsgesetz zu berücksichtigen. Die durch die Aufnahme von Mitteilungen nach § 9 Absatz 1 und 3 des Testamentsverzeichnis-Überführungsgesetzes entstehenden Kosten bleiben außer Betracht.

(4) Die Registerbehörde bestimmt die Gebühren nach Absatz 1 Satz 2 und die Art ihrer Erhebung durch eine Gebührensatzung. Die Satzung bedarf der Genehmigung durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Die Höhe der Gebühren ist regelmäßig zu überprüfen.¹²²

§ 78h Elektronisches Urkundenarchiv; Verordnungsermächtigung

(1) Die Bundesnotarkammer betreibt als Urkundenarchivbehörde ein zentrales elektronisches Archiv, das den Notaren die Führung der elektronischen Urkundensammlung, des Urkundenverzeichnisses und des Verwahrungsverzeichnisses ermöglicht (Elektronisches Urkundenarchiv). Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz führt die Rechtsaufsicht über die Urkundenarchivbehörde.

(2) Die Verfügbarkeit, die Integrität, die Authentizität, die Vertraulichkeit und die Transparenz der Daten des Urkundenverzeichnisses, des Verwahrungsverzeichnisses und der im Elektronischen Urkundenarchiv verwahrten elektronischen Dokumente müssen für die gesamte Dauer der Aufbewahrungsfrist gewährleistet sein. Die Urkundenarchivbehörde trifft die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, um die Erhaltung des Beweiswerts der verwahrten elektronischen Dokumente dauerhaft zu gewährleisten, ohne dass es einer erneuten Signatur durch die verwahrende Stelle bedarf.

(3) Elektronische Dokumente, die im Elektronischen Urkundenarchiv zusammen verwahrt werden, müssen derart miteinander verknüpft sein, dass sie nur zusammen abgerufen werden können. § 42 Absatz 3 und § 49 Absatz 5 des Beurkundungsgesetzes bleiben unberührt.

(4) Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die näheren Bestimmungen zu treffen über

1. die Einrichtung des Elektronischen Urkundenarchivs,
2. die Führung und den technischen Betrieb,
3. die Einzelheiten der Datenübermittlung und -speicherung,
4. die Einzelheiten der Datensicherheit und
5. die Erteilung und Entziehung der technischen Verwaltungs- und Zugangsberechtigungen.¹²³

§ 78i Zugangsberechtigung zum Elektronischen Urkundenarchiv

Der Zugang zum Urkundenverzeichnis, zum Verwahrungsverzeichnis und zu den im Elektronischen Urkundenarchiv verwahrten elektronischen Dokumenten steht ausschließlich der für die Verwahrung zuständigen Stelle zu. Hierzu trifft die Urkundenarchivbehörde geeignete technische und organisatorische Maßnahmen.¹²⁴

§ 78j Gebühren des Elektronischen Urkundenarchivs

122 QUELLE
09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift eingefügt.

123 QUELLE
09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift eingefügt.

124 QUELLE
09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift eingefügt.

(1) Das Elektronische Urkundenarchiv wird durch Gebühren finanziert. Die Urkundenarchivbehörde kann Gebühren erheben für

1. die Aufnahme von elektronischen Dokumenten in die elektronische Urkundensammlung und
2. die Führung des Verwahrungsverzeichnisses.

(2) Zur Zahlung der Gebühren sind verpflichtet:

1. im Fall des Absatzes 1 Satz 2 Nummer 1 derjenige, der zur Zahlung der Kosten für die jeweilige notarielle Amtshandlung verpflichtet ist, abweichend hiervon
 - a) im Fall des § 119 Absatz 1 die Staatskasse,
 - b) im Fall des § 119 Absatz 3 der Notar,
 - c) im Fall des § 119 Absatz 4 die Notarkammer,
2. im Fall des Absatzes 1 Satz 2 Nummer 2 der Notar.

Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner. Notare können die Gebühren für die Urkundenarchivbehörde entgegennehmen.

(3) Die Gebühren sind so zu bemessen, dass der mit der Einrichtung, der Inbetriebnahme sowie der dauerhaften Führung und Nutzung des Elektronischen Urkundenarchivs durchschnittlich verbundene Verwaltungsaufwand einschließlich der Personal- und Sachkosten gedeckt wird. Bei der Bemessung der Gebühren für die Aufnahme von elektronischen Dokumenten in die elektronische Urkundensammlung kann der Umfang des elektronischen Dokuments berücksichtigt werden. Die Gebühr kann im Fall von Unterschriftsbeglaubigungen, die nicht mit der Fertigung eines Entwurfs in Zusammenhang stehen, niedriger bemessen werden.

(4) Die Urkundenarchivbehörde bestimmt die Gebühren nach Absatz 1 Satz 2 und die Art ihrer Erhebung durch eine Gebührensatzung. Die Satzung bedarf der Genehmigung durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Die Höhe der Gebühren ist regelmäßig zu überprüfen.¹²⁵

§ 78k Elektronischer Notaraktenspeicher; Verordnungsermächtigung

(1) Die Bundesnotarkammer betreibt einen zentralen elektronischen Aktenspeicher, der den Notaren die elektronische Führung ihrer nicht im Elektronischen Urkundenarchiv zu führenden Akten und Verzeichnisse sowie die Speicherung sonstiger Daten ermöglicht (Elektronischer Notaraktenspeicher).

(2) Der Elektronische Notaraktenspeicher wird durch Gebühren finanziert. Die Bundesnotarkammer kann Gebühren erheben für die elektronische Führung von Akten und Verzeichnissen sowie die Speicherung sonstiger Daten im Elektronischen Notaraktenspeicher. Zur Zahlung der Gebühren ist der Notar verpflichtet.

(3) Die Gebühren sind so zu bemessen, dass der mit der Einrichtung, der Inbetriebnahme sowie der dauerhaften Führung und Nutzung des Elektronischen Notaraktenspeichers durchschnittlich verbundene Verwaltungsaufwand einschließlich der Personal- und Sachkosten gedeckt wird.

(4) Die Bundesnotarkammer bestimmt die Gebühren nach Absatz 2 Satz 2 und die Art ihrer Erhebung durch eine Gebührensatzung. Die Satzung bedarf der Genehmigung durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Die Höhe der Gebühren ist regelmäßig zu überprüfen.

(5) Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die näheren Bestimmungen zu treffen über

1. die Einrichtung des Elektronischen Notaraktenspeichers,
2. die Führung und den technischen Betrieb,
3. die Einzelheiten der Datenübermittlung und -speicherung,
4. die Einzelheiten der Datensicherheit und

125 QUELLE

09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift eingefügt.

5. die Erteilung und Entziehung der technischen Verwaltungs- und Zugangsberechtigungen.¹²⁶

§ 78l Notarverzeichnis

(1) Die Bundesnotarkammer führt ein elektronisches Verzeichnis der Notare und Notariatsverwalter (Notarverzeichnis). Jede Notarkammer gibt die Daten zu den in ihr zusammengeschlossenen Notaren und zu den in ihrem Bezirk bestellten Notariatsverwaltern in das Notarverzeichnis ein. Die Notarkammern nehmen Eintragungen unverzüglich auf Grund der Benachrichtigungen durch die Landesjustizverwaltung gemäß § 67 Absatz 6 vor.

(2) Das Notarverzeichnis dient der Information der Behörden und Gerichte, der Rechtsuchenden und der anderen am Rechtsverkehr Beteiligten. Darüber hinaus dient es der Erfüllung der Aufgaben der jeweiligen Notarkammer und der Bundesnotarkammer. Die Einsicht in das Verzeichnis steht jedem unentgeltlich zu. Die Suche in dem Verzeichnis wird durch ein elektronisches Suchsystem ermöglicht.

(3) In das Notarverzeichnis sind einzutragen:

1. die von der Landesjustizverwaltung nach § 67 Absatz 6 mitgeteilten Tatsachen unter Angabe des jeweils maßgeblichen Datums,
2. der Familienname und der oder die Vornamen sowie frühere Familiennamen, die der Notar seit seiner Bestellung geführt hat,
3. Zuständigkeiten für die Aktenverwahrung, die dem Notar nach § 51 Absatz 1 und 3 übertragen sind,
4. der Amtssitz, die Anschrift von Geschäftsstellen sowie die Orte und Termine auswärtiger Sprechtage,
5. die Kammerzugehörigkeit,
6. die Bezeichnung des besonderen elektronischen Notarpostfachs,
7. die Telekommunikationsdaten, die der Notar mitgeteilt hat,
8. Sprachkenntnisse, soweit der Notar solche mitteilt.

Die Eintragungen zu Satz 1 Nummer 1 bis 5 sind von der jeweiligen Notarkammer, die Eintragungen zu Satz 1 Nummer 6 bis 8 von der Bundesnotarkammer vorzunehmen. Die Eintragung von Notarvertretern kann auch unmittelbar durch die zuständige Aufsichtsbehörde erfolgen. Die Notarkammern, die Bundesnotarkammer und die Aufsichtsbehörde tragen die datenschutzrechtliche Verantwortung für die jeweils von ihnen in das Verzeichnis eingegebenen Daten.

(4) Absatz 3 gilt für Notariatsverwalter entsprechend.

(5) Ist ein Notar zu gleichzeitiger Amtsausübung neben dem Beruf des Rechtsanwalts bestellt, können die zu seiner Person zu erhebenden Daten auch automatisiert aus dem Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer (§ 31 der Bundesrechtsanwaltsordnung) abgerufen werden. Das Gleiche gilt bei der Bestellung eines Rechtsanwalts zum Notarvertreter.

(6) Wenn die Eintragungen zur Information der in Absatz 2 Satz 1 genannten Beteiligten über die Zuständigkeit für die Verwahrung von Akten und Verzeichnissen eines Notars oder sonst zur Erfüllung der Aufgaben der Notarkammer oder der Bundesnotarkammer nicht mehr erforderlich sind, werden sie gelöscht.¹²⁷

§ 78m Verordnungsermächtigung zum Notarverzeichnis

(1) Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz regelt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Einzelheiten der Datenerhebung für das Notarverzeichnis, der

126 QUELLE
09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift eingefügt.

127 QUELLE
09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift eingefügt.

Führung des Notarverzeichnisses und der Einsichtnahme in das Notarverzeichnis. Soweit in der Rechtsverordnung nicht anders geregelt, bleibt die Zulässigkeit der Einrichtung gemeinsamer Verfahren nach § 11 des E-Government-Gesetzes unberührt.

(2) Die Rechtsverordnung kann vorsehen oder gestatten, dass weitere den in § 78l Absatz 2 Satz 1 und 2 genannten Zwecken sowie der Bestellung eines Notarvertreters und seiner Tätigkeit dienende Angaben gespeichert werden. Sie hat in diesem Fall deren Verwendungszweck näher zu bestimmen. Dabei kann insbesondere das Einsichtsrecht beschränkt oder ausgeschlossen werden.¹²⁸

§ 78n Besonderes elektronisches Notarpostfach; Verordnungsermächtigung

(1) Die Bundesnotarkammer richtet zum 1. Januar 2018 für jeden in das Notarverzeichnis eingetragenen Notar ein persönliches elektronisches Postfach ein (besonderes elektronisches Notarpostfach).

(2) Die Bundesnotarkammer hat sicherzustellen, dass der Zugang zum besonderen elektronischen Notarpostfach nur durch ein sicheres Verfahren mit zwei voneinander unabhängigen Sicherungsmitteln möglich ist. Die Bundesnotarkammer kann unterschiedlich ausgestaltete Zugangsberechtigungen für Notare und andere Personen vorsehen. Sie ist berechtigt, die in dem besonderen elektronischen Notarpostfach gespeicherten Nachrichten nach angemessener Zeit zu löschen. Das besondere elektronische Notarpostfach soll barrierefrei ausgestaltet sein.

(3) Wird das Erlöschen des Amtes des Notars oder die vorläufige Amtsenthebung in das Notarverzeichnis eingetragen, hebt die Bundesnotarkammer die Zugangsberechtigung zum besonderen elektronischen Notarpostfach auf. Sie löscht das besondere elektronische Notarpostfach, sobald es nicht mehr benötigt wird.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten für Notariatsverwalter entsprechend.

(5) Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz regelt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Einzelheiten der besonderen elektronischen Notarpostfächer, insbesondere Einzelheiten

1. ihrer Einrichtung und der hierzu erforderlichen Datenübermittlung,
2. ihrer technischen Ausgestaltung einschließlich ihrer Barrierefreiheit,
3. ihrer Führung,
4. der Zugangsberechtigung und der Nutzung,
5. des Löschens von Nachrichten und
6. ihrer Löschung.¹²⁹

§ 78o Beschwerde

(1) Gegen Entscheidungen der Registerbehörde nach den §§ 78a bis 78g und der Urkundenarchivbehörde nach § 78j, auch soweit diese auf Grund einer Rechtsverordnung oder Satzung nach den genannten Vorschriften erfolgen, findet ohne Rücksicht auf den Wert des Beschwerdegegenstandes die Beschwerde nach den Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit statt, soweit sich nicht aus den folgenden Absätzen etwas anderes ergibt.

(2) Die Beschwerde ist bei der Behörde einzulegen, die die Entscheidung getroffen hat. Diese kann der Beschwerde abhelfen. Beschwerden, denen sie nicht abhilft, legt sie dem Landgericht am Sitz der Bundesnotarkammer vor.

128 QUELLE

09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift eingefügt.

129 QUELLE

09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift eingefügt.

(3) Die Rechtsbeschwerde ist nicht zulässig.¹³⁰

§ 79

Die Organe der Bundesnotarkammer sind das Präsidium und die Vertreterversammlung.¹³¹

§ 80

Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten, zwei Stellvertretern und vier weiteren Mitgliedern. Vier Mitglieder des Präsidiums müssen zur hauptberuflichen Amtsausübung bestellte Notare sein, drei Mitglieder müssen Anwaltsnotare sein. Ein Stellvertreter muß ein zur hauptberuflichen Amtsausübung bestellter Notar, ein Stellvertreter Anwaltsnotar sein.¹³²

§ 81

(1) Das Präsidium wird von der Vertreterversammlung gewählt. Wählbar ist jedes Mitglied der Vertreterversammlung.

(2) Die Mitglieder des Präsidiums werden auf vier Jahre gewählt. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so ist in der auf sein Ausscheiden folgenden Vertreterversammlung für den Rest seiner Wahlzeit ein neues Mitglied zu wählen.¹³³

§ 81a

Für die Pflicht der Mitglieder des Präsidiums der Bundesnotarkammer, der von ihr zur Mitarbeit herangezogenen Notare und Notarassessoren sowie der Angestellten der Bundesnotarkammer zur Verschwiegenheit gilt § 69a entsprechend.¹³⁴

§ 82

(1) Der Präsident vertritt die Bundesnotarkammer gerichtlich und außergerichtlich.

(2) In den Sitzungen des Präsidiums führt der Präsident den Vorsitz.

(3) Das Präsidium erstattet dem Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz jährlich einen schriftlichen Bericht über die Tätigkeit der Bundesnotarkammer und des Präsidiums. Es zeigt ihm ferner das Ergebnis der Wahlen zum Präsidium an.¹³⁵

130 QUELLE

09.06.2017.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift eingefügt.

131 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Organe“.

132 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 38a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Satz 2 durch die Sätze 2 und 3 ersetzt. Satz 2 lautete: „Der Präsident, ein Stellvertreter und zwei weitere Mitglieder müssen zur hauptberuflichen Amtsausübung bestellte Notare, ein Stellvertreter des Präsidenten und zwei Mitglieder Anwaltsnotare sein.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Präsidium“.

133 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Wahl des Präsidiums“.

134 QUELLE

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 23 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Verschwiegenheitspflicht“.

135 ÄNDERUNGEN

§ 83

(1) Die Bundesnotarkammer faßt ihre Beschlüsse regelmäßig auf Vertreterversammlungen.

(2) Die der Bundesnotarkammer in § 78 Abs. 1 Nr. 4 zugewiesenen Aufgaben erledigt das Präsidium nach Anhörung der Vertreterversammlung. In dringenden Fällen kann die Anhörung unterbleiben; die Mitglieder sind jedoch unverzüglich von den getroffenen Maßnahmen zu unterrichten.¹³⁶

§ 84

Die Notarkammern werden in der Vertreterversammlung durch ihre Präsidenten oder durch ein anderes Mitglied vertreten.¹³⁷

§ 85

(1) Die Vertreterversammlung wird durch den Präsidenten einberufen. Er führt den Vorsitz in der Vertreterversammlung. Der Präsident muß sie einberufen, wenn das Präsidium oder mindestens drei Notarkammern es beantragen. Der Antrag der Notarkammern soll schriftlich gestellt werden und den Gegenstand angeben, der in der Vertreterversammlung behandelt werden soll.

(2) In dringenden Fällen kann der Präsident die Vertreterversammlung mit einer kürzeren als der in der Satzung für die Einberufung vorgesehenen Frist einberufen. Der Gegenstand, über den Beschluß gefaßt werden soll, braucht in diesem Fall nicht angegeben zu werden.

(3) Beschlüsse der Vertreterversammlung können auch in Textform gefaßt werden, wenn nicht mehr als drei Notarkammern widersprechen.¹³⁸

§ 86

(1) In der Vertreterversammlung hat jede Notarkammer eine Stimme. Im Fall des § 65 Abs. 1 Satz 2 hat die Notarkammer so viele Stimmen, als sie Oberlandesgerichtsbezirke oder Teile von Oberlandesgerichtsbezirken umfaßt; jedoch bleibt hierbei ein Teil eines Oberlandesgerichtsbezirks außer Betracht, wenn die Zahl der in ihm zugelassenen Notare geringer ist als die Zahl der Notare, die in einem nicht zu derselben Notarkammer gehörigen Teil des Oberlandesgerichtsbezirks zugelassen sind.

(2) Zu den Vertreterversammlungen können von jeder Notarkammer so viele Notare entsandt werden, wie die Notarkammer Stimmen hat. Zu den Vertreterversammlungen können darüber hinaus auch Notare zur gutachtlichen Äußerung zu einzelnen Fragen zugelassen werden.

08.09.2015.—Artikel 136 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) hat in Abs. 3 Satz 1 „und für Verbraucherschutz“ nach „Justiz“ eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Aufgaben des Präsidenten und des Präsidiums“.

136 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 39 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 2 „Abs. 1“ nach „§ 78“ eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Vertreterversammlung“.

137 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Vertretung in der Vertreterversammlung“.

138 ÄNDERUNGEN

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 13 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat in Abs. 3 „schriftlich oder telegrafisch“ durch „in Textform“ ersetzt.

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 26 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 1 Satz 2 „Versammlung“ durch „Vertreterversammlung“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Einberufung der Vertreterversammlung“.

(3) Die Vertreterversammlung faßt ihre Beschlüsse, soweit in diesem Gesetz oder in der Satzung nichts anderes bestimmt ist, mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag; bei Wahlen entscheidet das Los.

(4) Die Ausführung von Beschlüssen unterbleibt, wenn ihr eine Mehrheit von mindestens drei Vierteln der Vertreter, die hauptberufliche Notare sind, oder von mindestens drei Vierteln der Vertreter, die Anwaltsnotare sind, widerspricht.¹³⁹

§ 87

Das Präsidium hat der Vertreterversammlung über alle wichtigen Angelegenheiten zu berichten.¹⁴⁰

§ 88

Die Mitglieder des Präsidiums und der Vertreterversammlung sind ehrenamtlich tätig.¹⁴¹

§ 89

Die näheren Bestimmungen über die Organe der Bundesnotarkammer und ihre Befugnisse trifft die Satzung.¹⁴²

§ 90

Die Bundesnotarkammer ist befugt, zur Erfüllung der ihr durch Gesetz oder Satzung zugewiesenen Aufgaben von den Notarkammern Berichte und Gutachten einzufordern.¹⁴³

§ 91

(1) Die Bundesnotarkammer erhebt von den Notarkammern Beiträge, die zur Deckung des persönlichen und sachlichen Bedarfs bestimmt sind.

(2) Die Höhe der Beiträge wird von der Vertreterversammlung festgesetzt.¹⁴⁴

Dritter Teil Aufsicht. Disziplinarverfahren¹⁴⁵

139 ÄNDERUNGEN

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 27 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 2 Satz 1 und 2 jeweils „Versammlungen“ durch „Vertreterversammlungen“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Zusammensetzung und Beschlussfassung der Vertreterversammlung“.

140 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Bericht des Präsidiums“.

141 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Status der Mitglieder“.

142 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Regelung durch Satzung“.

143 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Auskunftsrecht“.

144 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Erhebung von Beiträgen“.

145 ÄNDERUNGEN

**1. Abschnitt
Aufsicht¹⁴⁶**

§ 92

Das Recht der Aufsicht steht zu

1. dem Präsidenten des Landgerichts über die Notare und Notarassessoren des Landgerichtsbezirks;
2. dem Präsidenten des Oberlandesgerichts über die Notare und Notarassessoren des Oberlandesgerichtsbezirks;
3. der Landesjustizverwaltung über sämtliche Notare und Notarassessoren des Landes.¹⁴⁷

§ 93

(1) Den Aufsichtsbehörden obliegt die regelmäßige Prüfung und Überwachung der Amtsführung der Notare und des Dienstes der Notarassessoren. Zusätzliche Zwischenprüfungen und Stichproben sind ohne besonderen Anlaß zulässig. Bei einem Neubestellten Notar wird die erste Prüfung innerhalb der ersten zwei Jahre seiner Tätigkeit vorgenommen.

(2) Gegenstand der Prüfung ist die ordnungsmäßige Erledigung der Amtsgeschäfte des Notars. Die Prüfung erstreckt sich auch auf die Einrichtung der Geschäftsstelle, auf die Führung und Aufbewahrung der Bücher, Verzeichnisse und Akten, auf die ordnungsgemäße automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten, auf die vorschriftsmäßige Verwahrung von Wertgegenständen, auf die rechtzeitige Anzeige von Vertretungen sowie auf das Bestehen der Haftpflichtversicherung. In jedem Fall ist eine größere Anzahl von Urkunden und Nebenakten durchzusehen und dabei auch die Kostenberechnung zu prüfen.

(3) Die Zuständigkeit zur Durchführung der Prüfung richtet sich nach den hierzu erlassenen Bestimmungen der Landesjustizverwaltung. Die Aufsichtsbehörde kann nach Anhörung der Notarkammer Notare zu Prüfungen hinzuziehen. Zur Durchsicht und Prüfung der Verzeichnisse und Bücher und zur Prüfung der Kostenberechnungen und Abrechnungen über Gebührenabgaben einschließlich deren Einzugs sowie der Verwahrungsgeschäfte und dergleichen dürfen auch Beamte der Justizverwaltung herangezogen werden; eine Aufsichtsbefugnis steht diesen Beamten nicht zu. Soweit bei dem Notar die Kostenberechnung und der Kosteneinzug bereits von einem Beauftragten der Notarkasse geprüft wird, ist eine Prüfung nicht erforderlich.

(4) Der Notar ist verpflichtet, den Aufsichtsbehörden oder den von diesen mit der Prüfung Beauftragten Akten, Verzeichnisse und Bücher sowie die in seiner Verwahrung befindlichen Urkunden zur Einsicht vorzulegen und auszuhändigen, Zugang zu den Anlagen zu gewähren, mit denen personenbezogene Daten automatisiert verarbeitet werden, sowie die notwendigen Aufschlüsse zu geben. Personen, mit denen sich der Notar zur gemeinsamen Berufsausübung verbunden oder mit denen er gemeinsame Geschäftsräume hat oder hatte, sind verpflichtet, den Aufsichtsbehörden Auskünfte zu erteilen und Akten vorzulegen, soweit dies für die Prüfung der Einhaltung der Mitwirkungsverbote erforderlich ist. Dies gilt auch für Dritte, mit denen eine berufliche Verbindung im Sinne von § 27 Abs. 1 Satz 2 besteht oder bestanden hat.¹⁴⁸

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 2 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in der Überschrift des Teils „Dritter Teil“ durch „Teil 3“ und den Punkt durch ein Semikolon ersetzt.

146 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 2 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in der Überschrift des Abschnitts „1. Abschnitt“ durch „Abschnitt 1“ ersetzt.

147 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Aufsichtsbehörden“.

148 ÄNDERUNGEN

§ 94

(1) Die Aufsichtsbehörden sind befugt, Notaren und Notarassessoren bei ordnungswidrigem Verhalten und Pflichtverletzungen leichter Art eine Mißbilligung auszusprechen. § 75 Abs. 2, Abs. 3 Satz 1 und 2 gilt entsprechend.

(2) Gegen die Mißbilligung kann der Notar oder Notarassessor innerhalb eines Monats nach der Zustellung schriftlich bei der Aufsichtsbehörde, die die Mißbilligung ausgesprochen hat, Beschwerde einlegen. Die Aufsichtsbehörde kann der Beschwerde abhelfen. Hilft sie ihr nicht ab, entscheidet über die Beschwerde die nächsthöhere Aufsichtsbehörde. Die Entscheidung ist zu begründen und dem Notar oder Notarassessor zuzustellen. Wird die Beschwerde gegen die Mißbilligung zurückgewiesen, kann der Notar oder Notarassessor die Entscheidung des Oberlandesgerichts als Disziplinargericht für Notare beantragen. § 75 Abs. 5 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

(3) Die Mißbilligung läßt das Recht der Aufsichtsbehörden zu Maßnahmen im Disziplinarwege unberührt. Macht die Aufsichtsbehörde von diesem Recht Gebrauch, wird die Mißbilligung unwirksam. Hat jedoch das Oberlandesgericht die Mißbilligung aufgehoben, weil es ein ordnungswidriges Verhalten nicht festgestellt hat, ist eine Ausübung der Disziplinarbefugnis wegen desselben Sachverhalts nur auf Grund solcher Tatsachen oder Beweismittel zulässig, die dem Gericht bei seiner Entscheidung nicht bekannt waren.¹⁴⁹

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 40 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Den Aufsichtsbehörden obliegt die Prüfung und Überwachung der Amtsführung der Notare und des Dienstes der Notarassessoren.

(2) Der Notar ist verpflichtet, den Aufsichtsbehörden oder den von diesen beauftragten Richtern Akten, Verzeichnisse und Bücher sowie die in seiner Verwahrung befindlichen Urkunden zur Einsicht vorzulegen. Zur Durchsicht und Prüfung der Verzeichnisse und Bücher sowie zur Prüfung der Kostenberechnungen und Abrechnungen über Gebührenabgaben und dergleichen dürfen auch Beamte der Justizverwaltung herangezogen werden; eine Aufsichtsbefugnis steht diesen Beamten nicht zu.“

18.12.2007.—Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) hat Abs. 4 Satz 3 eingefügt.

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 14 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat in Abs. 3 Satz 4 „und der Kosteneinzug“ nach „Kostenberechnung“ eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 16 lit. a des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in Abs. 2 Satz 2 „Bücher, Verzeichnisse und Akten“ durch „Akten und Verzeichnisse“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 16 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 3 Satz 3 „und Bücher“ nach „Verzeichnisse“ gestrichen.

Artikel 1 Nr. 16 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 4 neu gefasst. Die neue Fassung lautet:

„(4) Der Notar ist verpflichtet, den Aufsichtsbehörden oder den von diesen mit der Prüfung Beauftragten Einsicht in die Akten und Verzeichnisse sowie die in seiner Verwahrung befindlichen Urkunden zu gewähren und ihnen diese auszuhändigen. Der Notar hat ihnen zudem den Zugang zu den Anlagen zu gewähren, mit denen personenbezogene Daten automatisiert verarbeitet werden, sowie ihnen die für die Zwecke der Aufsicht notwendigen Auskünfte zu erteilen. § 78i bleibt unberührt. Personen, mit denen sich der Notar zur gemeinsamen Berufsausübung verbunden oder mit denen er gemeinsame Geschäftsräume hat oder hatte, sind verpflichtet, den Aufsichtsbehörden Auskünfte zu erteilen und Akten und Verzeichnisse vorzulegen, soweit dies für die Prüfung der Einhaltung der Mitwirkungsverbote erforderlich ist. Dies gilt auch für Dritte, mit denen eine berufliche Verbindung im Sinne von § 27 Absatz 1 Satz 2 besteht oder bestanden hat.“

Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 desselben Gesetzes hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Befugnisse der Aufsichtsbehörden“.

149 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel 95 Nr. 1 des Gesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) hat „Ordnungswidrigkeiten“ durch „ordnungswidrigem Verhalten“ ersetzt.

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 24 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

2. Abschnitt Disziplinarverfahren¹⁵⁰

§ 95

Notare und Notarassessoren, die schuldhaft die ihnen obliegenden Amtspflichten verletzen, begehen ein Dienstvergehen.¹⁵¹

§ 95a

(1) Sind seit einem Dienstvergehen, das nicht eine zeitlich befristete oder dauernde Entfernung aus dem Amt oder eine Entfernung vom bisherigen Amtssitz rechtfertigt, mehr als fünf Jahre verstrichen, ist eine Verfolgung nicht mehr zulässig. Diese Frist wird durch die Einleitung eines Disziplinarverfahrens, die Erhebung der Disziplinaranzeige oder die Erhebung der Nachtragsdisziplinaranzeige unterbrochen. Sie ist für die Dauer des Widerspruchsverfahrens, des gerichtlichen Disziplinarverfahrens oder für die Dauer der Aussetzung des Disziplinarverfahrens entsprechend § 22 des Bundesdisziplinalgesetzes gehemmt.

(2) Ist vor Ablauf der Frist wegen desselben Sachverhalts ein Strafverfahren eingeleitet worden, so ist die Frist für die Dauer des Strafverfahrens gehemmt.¹⁵²

§ 96

(1) Soweit in diesem Gesetz nichts Abweichendes bestimmt ist, sind die Vorschriften des Bundesdisziplinalgesetzes entsprechend anzuwenden. Die in diesen Vorschriften den Dienstvorgesetzten zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse nehmen die Aufsichtsbehörden, die Aufgaben und Befugnisse der obersten Dienstbehörde nimmt die Landesjustizverwaltung wahr.

(2) Mit der Durchführung der Ermittlungen ist eine Person zu beauftragen, die die Befähigung zum Richteramt hat. Zur Durchführung einer gerichtlichen Vernehmung gemäß § 25 Absatz 2 des Bundesdisziplinalgesetzes kann das Gericht das Amtsgericht um Rechtshilfe ersuchen.

(3) Die über § 3 des Bundesdisziplinalgesetzes anzuwendenden Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung über die Mitwirkung ehrenamtlicher Richter finden keine Anwendung. Die Fristen des § 3 des Bundesdisziplinalgesetzes in Verbindung mit § 116 Absatz 2 und § 117 Absatz 4 der Verwaltungsgerichtsordnung betragen jeweils fünf Wochen.

„Die Aufsichtsbehörden sind befugt, Notaren und Notarassessoren bei ordnungswidrigem Verhalten oder Pflichtverletzungen leichter Art eine Mißbilligung auszusprechen.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Missbilligungen“.

150 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 2 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in der Überschrift des Abschnitts „2. Abschnitt“ durch „Abschnitt 2“ ersetzt.

151 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Dienstvergehen“.

152 QUELLE

14.08.1981.—Artikel 1 Nr. 11 des Gesetzes vom 7. August 1981 (BGBl. I S. 803) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2010.—Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 17. Juni 2009 (BGBl. I S. 1282) hat die Sätze 2 und 3 in Abs. 1 neu gefasst. Die Sätze 2 und 3 lauteten: „Diese Frist wird durch die Verhängung einer Disziplinarverfügung und durch jede sie bestätigende Entscheidung sowie durch die Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens unterbrochen. Sie ist für die Dauer des förmlichen Disziplinarverfahrens gehemmt.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Verjährung“.

(4) Von der Anwendbarkeit des § 41 Absatz 1 Satz 1 des Bundesdisziplingesetzes kann durch Landesgesetz abgesehen werden. Die Landesregierungen werden ermächtigt, die in Absatz 1 Satz 2 genannten Aufgaben und Befugnisse durch Rechtsverordnung auf den Landesjustizverwaltungen nachgeordnete Behörden zu übertragen. Die Landesregierungen können diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.

(5) Auf den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren sind die Vorschriften des Siebzehnten Titels des Gerichtsverfassungsgesetzes anzuwenden. Die Vorschriften dieses Gesetzes, die die Besetzung des Oberlandesgerichts und des Bundesgerichtshofs in Disziplinarsachen gegen Notare regeln, sind nicht anzuwenden.¹⁵³

§ 97

(1) Im Disziplinarverfahren können folgende Maßnahmen verhängt werden:

1. Verweis,
2. Geldbuße,
3. Entfernung aus dem Amt.

Die Disziplinarmaßnahmen des Verweises und der Geldbuße können nebeneinander verhängt werden.

(2) Gegen einen zur hauptberuflichen Amtsausübung bestellten Notar kann als Disziplinarmaßnahme auch auf Entfernung vom bisherigen Amtssitz erkannt werden. In diesem Fall hat die Landesjustizverwaltung dem Notar nach Rechtskraft der Entscheidung, nachdem die Notarkammer gehört worden ist, unverzüglich einen anderen Amtssitz zuzuweisen. Neben der Entfernung vom bisherigen Amtssitz kann auch eine Geldbuße verhängt werden.

(3) Gegen einen Anwaltsnotar kann als Disziplinarmaßnahme auch auf Entfernung aus dem Amt auf bestimmte Zeit erkannt werden. In diesem Fall darf die erneute Bestellung zum Notar nur versagt werden, wenn sich der Notar in der Zwischenzeit eines Verhaltens schuldig gemacht hat, das ihn unwürdig erscheinen läßt, das Amt eines Notars wieder auszuüben.

(4) Geldbuße kann gegen Notare bis zu fünfzigtausend Euro, gegen Notarassessoren bis zu fünf-tausend Euro verhängt werden. Beruht die Handlung, wegen der eine Geldbuße verhängt wird, auf Gewinnsucht, so kann auf Geldbuße bis zum Doppelten des erzielten Vorteils erkannt werden.

153 ÄNDERUNGEN

01.01.2002.—Artikel 12 Nr. 1 des Gesetzes vom 9. Juli 2001 (BGBl. I S. 1510) in der Fassung des Artikels 33 Nr. 3 des Gesetzes vom 13. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3574) hat Satz 1 neu gefasst. Satz 1 lautet: „Soweit in diesem Gesetz nichts Abweichendes bestimmt ist, sind die Disziplinarvorschriften entsprechend anzuwenden, die für Landesjustizbeamte gelten.“

01.01.2006.—Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3679) hat Satz 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Soweit in diesem Gesetz nichts Abweichendes bestimmt ist, sind die für Landesjustizbeamte geltende Disziplinarvorschriften in der am 1. März 2001 geltenden Fassung noch bis zum 1. Januar 2006 entsprechend anzuwenden.“

01.01.2010.—Artikel 1 Nr. 4 des Gesetzes vom 17. Juni 2009 (BGBl. I S. 1282) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Soweit in diesem Gesetz nichts Abweichendes bestimmt ist, sind die für Landesjustizbeamte geltende Disziplinarvorschriften in der am 1. März 2001 geltenden Fassung noch bis zum 1. Januar 2010 entsprechend anzuwenden. Die in diesen Vorschriften den Dienstvorgesetzten zugewiesenen Aufgaben nimmt die Aufsichtsbehörde wahr. Die Befugnisse der Einleitungsbehörde oder der ihr entsprechenden Dienststelle werden von der Landesjustizverwaltung ausgeübt. Zum Untersuchungsführer kann nur ein planmäßiger Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit bestellt werden.“

03.12.2011.—Artikel 3 Nr. 1 des Gesetzes vom 24. November 2011 (BGBl. I S. 2302) hat Abs. 5 eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Anwendung der Vorschriften des Bundesdisziplingesetzes“.

(5) Die Entfernung aus dem Amt nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 hat bei einem Notar, der zugleich Rechtsanwalt ist, zugleich die Ausschließung aus der Rechtsanwaltschaft zur Folge.¹⁵⁴

§ 98

(1) Verweis und Geldbuße können durch Disziplinarverfügung der Aufsichtsbehörden verhängt werden. Soll gegen den Notar auf Entfernung aus dem Amt, Entfernung vom bisherigen Amtssitz oder Entfernung aus dem Amt auf bestimmte Zeit erkannt werden, ist gegen ihn Disziplinaranzeige zu erheben. § 14 Absatz 1 Nummer 2 des Bundesdisziplinargesetzes findet auf die Entfernung vom bisherigen Amtssitz und die Entfernung aus dem Amt auf bestimmte Zeit entsprechende Anwendung.

(2) Der Präsident des Landgerichts kann Geldbußen gegen Notare nur bis zu zehntausend Euro, gegen Notarassessoren nur bis zu eintausend Euro verhängen.¹⁵⁵

154 ÄNDERUNGEN

01.10.1967.—Artikel II § 11 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 20. Juli 1967 (BGBl. I S. 725) hat in Abs. 1 Satz 1 „Strafen“ durch „Maßnahmen“ ersetzt und „Warnung“ nach „werden:“ gestrichen.

Artikel II § 11 Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 1 Satz 2 „Disziplinarstrafen“ durch „Disziplinarmaßnahmen“ ersetzt.

Artikel II §§ 11 Nr. 1 lit. c desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1 jeweils „Disziplinarstrafe“ durch „Disziplinarmaßnahme“ ersetzt.

24.08.1975.—Artikel 3 des Gesetzes vom 20. August 1975 (BGBl. I S. 2258) hat in Abs. 4 Satz 1 „zehntausend Deutsche Mark“ durch „zwanzigtausend Deutsche Mark“ und „tausend Deutsche Mark“ durch „zweitausend Deutsche Mark“ ersetzt.

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 25 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat Abs. 4 neu gefasst. Abs. 4 lautete:

„(4) Geldbuße kann gegen Notare bis zu zwanzigtausend Deutsche Mark, gegen Notarassessoren bis zu zweitausend Deutsche Mark verhängt werden. Beruht die Handlung, wegen der ein Notar oder Notarassessor verurteilt wird, auf Gewinnsucht, so kann auf Geldbuße bis zum Doppelten des erzielten Vorteils erkannt werden.“

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 41 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 4 Satz 1 „fünzigtausend Deutsche Mark“ durch „einhunderttausend Deutsche Mark“ und „fünftausend Deutsche Mark“ durch „zehntausend Deutsche Mark“ ersetzt.

01.01.2002.—Artikel 12 Nr. 2 des Gesetzes vom 9. Juli 2001 (BGBl. I S. 1510) hat in Abs. 4 Satz 1 „einhunderttausend Deutsche Mark“ durch „fünzigtausend Euro“ und „zehntausend Deutsche Mark“ durch „fünftausend Euro“ ersetzt.

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 28 lit. a des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat Satz 1 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Im Disziplinarverfahren können folgende Maßnahmen verhängt werden:

Verweis,

Geldbuße,

Entfernung aus dem Amt.“

Artikel 9 Nr. 28 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 5 „(Absatz 1)“ durch „nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 3“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Disziplinarmaßnahmen“.

155 ÄNDERUNGEN

01.10.1967.—Artikel II § 11 Nr. 2 des Gesetzes vom 20. Juli 1967 (BGBl. I S. 725) hat in Abs. 1 „Warnung,“ am Anfang gestrichen.

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 26 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Geldbußen können vom Präsidenten des Landgerichts nicht verhängt werden.“

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 42 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 2 „zehntausend Deutsche Mark“ durch „zwanzigtausend Deutsche Mark“ und „eintausend Deutsche Mark“ durch „zweitausend Deutsche Mark“ ersetzt.

§ 99

Als Disziplinargerichte für Notare sind im ersten Rechtszug das Oberlandesgericht und im zweiten Rechtszug der Bundesgerichtshof zuständig.¹⁵⁶

§ 100

Sind in einem Land mehrere Oberlandesgerichte errichtet, so kann die Landesregierung durch Rechtsverordnung die Aufgaben, die in diesem Gesetz dem Oberlandesgericht als Disziplinargericht zugewiesen sind, für die Bezirke aller oder mehrerer Oberlandesgerichte einem oder einigen der Oberlandesgerichte oder dem obersten Landesgericht übertragen, wenn dies der Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung dienlich ist. Die Landesregierungen können diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.¹⁵⁷

§ 101

Das Oberlandesgericht entscheidet in Disziplinarsachen gegen Notare in der Besetzung mit dem Vorsitzenden, einem Beisitzer, der planmäßig angestellter Richter ist, und einem Beisitzer, der Notar ist.¹⁵⁸

§ 102

Der Vorsitzende, der mindestens Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht sein muss, seine Stellvertreter sowie die richterlichen Beisitzer und ihre Stellvertreter werden von dem Präsidium des Oberlandesgerichts aus der Zahl der ständigen Mitglieder des Oberlandesgerichts auf die Dauer von fünf Jahren bestellt. Im übrigen gelten die Vorschriften des Zweiten Titels des Gerichtsverfassungsgesetzes und § 6 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz entsprechend.¹⁵⁹

01.01.2002.—Artikel 12 Nr. 3 des Gesetzes vom 9. Juli 2001 (BGBl. I S. 1510) hat in Abs. 2 „zwanzigtausend Deutsche Mark“ durch „zehntausend Euro“ und „zweitausend Deutsche Mark“ durch „eintausend Euro“ ersetzt.

01.01.2010.—Artikel 1 Nr. 5 des Gesetzes vom 17. Juni 2009 (BGBl. I S. 1282) hat Abs. 1 Satz 2 und 3 eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Verhängung der Disziplinarmaßnahmen“.

156 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Disziplinargericht“.

157 ÄNDERUNGEN

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 29 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat Satz 2 eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Übertragung von Aufgaben des Disziplinargerichts durch Rechtsverordnung“.

158 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Besetzung des Oberlandesgerichts“.

159 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel XII Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat Satz 2 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Im übrigen gelten §§ 62 bis 67 und 69 des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechend.“

Artikel XIII § 2 Abs. 1 desselben Gesetzes hat in Satz 1 „Senatspräsidenten“ durch „Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht“ ersetzt.

01.01.2005.—Artikel 3 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 21. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3599) hat in Satz 1 „vier Jahren“ durch „fünf Jahren“ ersetzt.

Artikel 3 Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat in Satz 2 „und § 6 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetzes“ nach „Gerichtsverfassungsgesetzes“ eingefügt.

§ 103

(1) Die Beisitzer aus den Reihen der Notare werden von der Landesjustizverwaltung ernannt. Sie müssen im Zuständigkeitsbereich des Disziplinargerichts als Notare bestellt sein. Sie werden einer Vorschlagsliste entnommen, die der Vorstand der Notarkammer der Landesjustizverwaltung einreicht. Die Landesjustizverwaltung bestimmt, welche Zahl von Beisitzern erforderlich ist; sie hat vorher den Vorstand der Notarkammer zu hören. Die Vorschlagsliste des Vorstandes der Notarkammer muß mindestens die Hälfte mehr als die erforderliche Zahl von Notaren enthalten. Umfaßt ein Oberlandesgericht mehrere Bezirke von Notarkammern oder Teile von solchen Bezirken, so verteilt die Landesjustizverwaltung die Zahl der Beisitzer auf die Bezirke der einzelnen Notarkammern.

(2) Die Beisitzer dürfen nicht gleichzeitig

1. Präsident der Kasse (§ 113 Abs. 3) sein oder dem Vorstand der Notarkammer, dem Verwaltungsrat der Kasse oder dem Präsidium der Bundesnotarkammer angehören;
2. bei der Notarkammer, der Kasse oder der Bundesnotarkammer im Haupt- oder Nebenberuf tätig sein;
3. einem anderen Disziplinargericht (§ 99) angehören.

(3) Zum Beisitzer kann nur ein Notar ernannt werden, der das fünfunddreißigste Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens fünf Jahren ohne Unterbrechung als Notar tätig ist.

(4) Zum Beisitzer kann nicht ernannt werden ein Notar,

1. bei dem die Voraussetzungen für eine vorläufige Amtsenthebung gegeben sind,
2. gegen den ein Disziplinarverfahren oder, sofern der Notar zugleich als Rechtsanwalt zugelassen ist, ein anwaltsgerichtliches Verfahren eingeleitet ist,
3. gegen den die öffentliche Klage wegen einer Straftat, welche die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann, erhoben ist,
4. gegen den in einem Disziplinarverfahren in den letzten fünf Jahren auf einen Verweis oder eine Geldbuße oder in den letzten zehn Jahren auf Entfernung vom bisherigen Amtssitz oder auf Entfernung aus dem Amt auf bestimmte Zeit erkannt worden ist,
5. gegen den in einem anwaltsgerichtlichen Verfahren in den letzten fünf Jahren ein Verweis oder eine Geldbuße oder in den letzten zehn Jahren ein Vertretungsverbot (§ 114 Abs. 1 Nr. 4 der Bundesrechtsanwaltsordnung) verhängt worden ist.

(5) Die Beisitzer werden für die Dauer von fünf Jahren ernannt; sie können nach Ablauf ihrer Amtszeit wieder berufen werden. Scheidet ein Beisitzer vorzeitig aus, so wird für den Rest der Amtszeit ein Nachfolger ernannt.¹⁶⁰

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 15 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat Satz 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Der Vorsitzende und seine Stellvertreter, die mindestens Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht sein müssen, sowie die richterlichen Beisitzer und ihre Stellvertreter werden von dem Präsidium des Oberlandesgerichts aus der Zahl der ständigen Mitglieder des Oberlandesgerichts auf die Dauer von fünf Jahren bestellt.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Bestellung der richterlichen Mitglieder“.

160 ÄNDERUNGEN

01.10.1967.—Artikel II § 11 Nr. 3 des Gesetzes vom 20. Juli 1967 (BGBl. I S. 725) hat in Abs. 4 Nr. 4 „bestraft“ durch „belegt“ ersetzt.

01.01.1975.—Artikel 95 Nr. 2 des Gesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) hat in Abs. 4 Nr. 3 „strafbaren Handlung“ durch „Straftat“ ersetzt.

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 27 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat Nr. 4 in Abs. 4 durch Nr. 4 und 5 ersetzt. Nr. 4 lautete:

„4. der in den letzten fünf Jahren in einem Disziplinarverfahren oder, sofern der Notar zugleich als Rechtsanwalt zugelassen ist, in einem ehrengerichtlichen Verfahren mit einem Verweis oder einer Geldbuße belegt worden ist.“

§ 104

(1) Die Beisitzer aus den Reihen der Notare haben als solche während der Dauer ihres Amtes alle Rechte und Pflichten eines Berufsrichters. Ihr Amt ist ein Ehrenamt. Sie erhalten aus der Staatskasse für den mit ihrer Tätigkeit verbundenen Aufwand eine Entschädigung, die sich auf das Eineinhalbfache des in Nummer 32008 des Kostenverzeichnisses zum Gerichts- und Notarkostengesetz genannten höchsten Betrages beläuft. Außerdem haben sie Anspruch auf Ersatz ihrer Fahrt- und Übernachtungskosten nach Maßgabe der Nummern 32006, 32007 und 32009 des Kostenverzeichnisses zum Gerichts- und Notarkostengesetz.

(1a) Das Amt eines Beisitzers endet, sobald das Amt des Notars erlischt oder nachträglich ein Umstand eintritt, der nach § 103 Abs. 2 der Ernennung entgegensteht, und der Beisitzer jeweils zustimmt. Der Beisitzer, die Kasse und die Notarkammer haben Umstände nach Satz 1 unverzüglich der Landesjustizverwaltung und dem Oberlandesgericht mitzuteilen. Über die Beendigung des Amtes nach Satz 1 entscheidet auf Antrag der Landesjustizverwaltung der Erste Zivilsenat des Oberlandesgerichts, das als Disziplinargericht zuständig ist, wenn das betroffene Mitglied der Beendigung nicht zugestimmt hat; Absatz 2 Satz 3 bis 5 gilt entsprechend.

(2) Ein Beisitzer ist auf Antrag der Landesjustizverwaltung seines Amtes zu entheben,

1. wenn nachträglich bekannt wird, dass er nicht hätte ernannt werden dürfen;
2. wenn nachträglich ein Umstand eintritt, der der Ernennung entgegensteht;
3. wenn er eine Amtspflicht grob verletzt.

Über den Antrag entscheidet der Erste Zivilsenat des Oberlandesgerichts oder des obersten Landesgerichts, das als Disziplinargericht zuständig ist. Bei der Entscheidung dürfen die Mitglieder des Disziplinargerichts (§ 102) nicht mitwirken. Vor der Entscheidung sind der Notar und der Vorstand der Notarkammer zu hören. Die Entscheidung ist endgültig.

(3) Die Landesjustizverwaltung kann einen Beisitzer auf seinen Antrag aus dem Amt entlassen, wenn er aus gesundheitlichen Gründen auf nicht absehbare Zeit gehindert oder es ihm aus gewichtigen persönlichen Gründen nicht zuzumuten ist, sein Amt weiter auszuüben.¹⁶¹

09.09.1994.—Artikel 6 lit. a des Gesetzes vom 2. September 1994 (BGBl. I S. 2278) hat in Abs. 4 Nr. 2 „ehrengerichtliches“ durch „anwaltsgerichtliches“ ersetzt.

Artikel 6 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 4 Nr. 5 „ehrengerichtlichen“ durch „anwaltsgerichtlichen“ ersetzt.

01.01.2005.—Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3599) hat in Abs. 5 Satz 1 „vier Jahren“ durch „fünf Jahren“ ersetzt.

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 16 lit. a des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

Artikel 3 Nr. 16 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Die Beisitzer dürfen nicht gleichzeitig dem Vorstand der Notarkammer angehören oder bei der Notarkammer im Haupt- oder Nebenberuf tätig sein.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Bestellung der notariellen Beisitzer“.

161 ÄNDERUNGEN

01.07.1994.—Artikel 8 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1325) hat in Abs. 1 Satz 3 „sowie eine Reisekostenvergütung“ durch „, die sich auf das Eineinhalbfache des in § 153 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 erster Halbsatz der Kostenordnung genannten höchsten Betrages beläuft“ ersetzt.

Artikel 8 Abs. 1 Nr. 2 desselben Gesetzes hat die Sätze 4 bis 6 in Abs. 1 durch Satz 4 ersetzt. Die Sätze 4 bis 6 lauteten: „Als Aufwandsentschädigung wird für jeden Sitzungstag das Eineinhalbfache des in § 153 Abs. 2 Satz 1 und 2 der Kostenordnung bestimmten Betrages gewährt. Auf die Reisekostenvergütung ist § 153 Abs. 1 der Kostenordnung entsprechend anzuwenden. Die Fahrtkosten sind auch dann zu ersetzen, wenn das Oberlandesgericht an dem Ort tagt, an dem der Beisitzer seinen Wohnsitz hat.“

01.01.2005.—Artikel 3 Nr. 3 des Gesetzes vom 21. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3599) hat Abs. 3 eingefügt.

§ 105

Für die Anfechtung von Entscheidungen des Oberlandesgerichts gelten die Vorschriften des Bundesdisziplargesetzes über die Anfechtung von Entscheidungen des Verwaltungsgerichts entsprechend.¹⁶²

§ 106

Der Bundesgerichtshof entscheidet in Disziplinarsachen gegen Notare in der Besetzung mit dem Vorsitzenden, zwei Richtern und zwei Notaren als Beisitzern.¹⁶³

§ 107

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 17 lit. a des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat Abs. 1a eingefügt.

Artikel 3 Nr. 17 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 1 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Ein Beisitzer ist auf Antrag der Landesjustizverwaltung seines Amtes zu entheben, wenn ein Umstand eintritt oder bekannt wird, welcher der Ernennung entgegensteht.“

Artikel 3 Nr. 17 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) Das Amt des Beisitzers, der als Beisitzer bei dem Gericht des höheren Rechtszuges berufen wird, endet mit dieser Berufung.“

01.08.2013.—Artikel 14 Nr. 4 lit. a des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586) hat in Abs. 1 Satz 3 „§ 153 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 erster Halbsatz der Kostenordnung“ durch „Nummer 32008 des Kostenverzeichnisses zum Gerichts- und Notarkostengesetz“ ersetzt.

Artikel 14 Nr. 4 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 1 Satz 4 „des § 153 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und 3 sowie Abs. 4 der Kostenordnung“ durch „der Nummern 32006, 32007 und 32009 des Kostenverzeichnisses zum Gerichts- und Notarkostengesetzes“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Rechte und Pflichten der notariellen Beisitzer“.

162 ÄNDERUNGEN

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 28 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat „der Bundesdisziplinkammer“ durch „des Bundesdisziplinargerichts“ ersetzt.

01.01.2002.—Artikel 12 Nr. 4 des Gesetzes vom 9. Juli 2001 (BGBl. I S. 1510) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Für die Anfechtung von Entscheidungen des Oberlandesgerichts gelten die Vorschriften der Bundesdisziplinarordnung über die Anfechtung von Entscheidungen des Bundesdisziplinargerichts entsprechend.“

01.01.2006.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3679) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Für die Anfechtung von Entscheidungen des Oberlandesgerichts gelten noch bis zum 1. Januar 2006 die Vorschriften der Bundesdisziplinarordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 1967 (BGBl. I S. 750, 984), die zuletzt durch Artikel 19 Abs. 3 des Gesetzes vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1666) geändert worden ist, über die Anfechtung von Entscheidungen des Bundesdisziplinargerichts entsprechend.“

01.01.2010.—Artikel 1 Nr. 6 des Gesetzes vom 17. Juni 2009 (BGBl. I S. 1282) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Für die Anfechtung von Entscheidungen des Oberlandesgerichts gelten noch bis zum 1. Januar 2010 die Vorschriften der Bundesdisziplinarordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 1967 (BGBl. I S. 750, 984), die zuletzt durch Artikel 19 Abs. 3 des Gesetzes vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1666) geändert worden ist, über die Anfechtung von Entscheidungen des Bundesdisziplinargerichts entsprechend.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Anfechtung von Entscheidungen des Oberlandesgerichts“.

163 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Besetzung des Bundesgerichtshofs“.

Der Vorsitzende, der mindestens Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof sein muss, seine Stellvertreter sowie die richterlichen Beisitzer und ihre Stellvertreter werden von dem Präsidium des Bundesgerichtshofes aus der Zahl der ständigen Mitglieder des Bundesgerichtshofes auf die Dauer von fünf Jahren bestellt. Im übrigen gelten die Vorschriften des Zweiten Titels des Gerichtsverfassungsgesetzes und § 6 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz entsprechend.¹⁶⁴

§ 108

(1) Die Beisitzer aus den Reihen der Notare werden von dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz berufen. Sie werden einer Vorschlagsliste entnommen, die das Präsidium der Bundesnotarkammer auf Grund von Vorschlägen der Notarkammern dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz einreicht. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz bestimmt, welche Zahl von Beisitzern erforderlich ist; er hat vorher das Präsidium der Bundesnotarkammer zu hören. Die Vorschlagsliste muß mindestens die doppelte Zahl von Notaren enthalten und sich je zur Hälfte aus hauptberuflichen Notaren und Anwaltsnotaren zusammensetzen.

(2) § 103 Abs. 2 bis 5 und § 104 Abs. 1 Satz 2 bis 6, Abs. 1a bis 3 gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz an die Stelle der Landesjustizverwaltung tritt und vor der Entscheidung über die Amtsenthebung eines Beisitzers auch das Präsidium der Bundesnotarkammer zu hören ist.

(3) Die Notare sind ehrenamtliche Richter. Sie haben in der Sitzung, zu der sie als Beisitzer herangezogen werden, die Stellung eines Berufsrichters.

(4) Die Notare haben über Angelegenheiten, die ihnen bei ihrer Tätigkeit als Beisitzer bekannt werden, Verschwiegenheit zu bewahren. § 69a ist entsprechend anzuwenden. Die Genehmigung zur Aussage erteilt der Präsident des Bundesgerichtshofes.

(5) Die zu Beisitzern berufenen Notare sind zu den einzelnen Sitzungen in der Reihenfolge einer Liste heranzuziehen, die der Vorsitzende des Senats nach Anhörung der beiden ältesten der zu Beisitzern berufenen Notare vor Beginn des Geschäftsjahres aufstellt.¹⁶⁵

164 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel XII Nr. 1 lit. b des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat Satz 2 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Im übrigen gelten §§ 62 bis 67 und 69 des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechend.“

Artikel XIII § 2 Abs. 1 desselben Gesetzes hat in Satz 1 „Senatspräsidenten“ durch „Vorsitzende Richter am Bundesgerichtshof“ ersetzt.

01.01.2005.—Artikel 3 Nr. 4 lit. a des Gesetzes vom 21. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3599) hat in Satz 1 „vier Jahren“ durch „fünf Jahren“ ersetzt.

Artikel 3 Nr. 4 lit. b desselben Gesetzes hat in Satz 2 „und § 6 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz“ nach „Gerichtsverfassungsgesetzes“ eingefügt.

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 18 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat Satz 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Der Vorsitzende und seine Stellvertreter, die mindestens Vorsitzende Richter am Bundesgerichtshof sein müssen, sowie die richterlichen Beisitzer und ihre Stellvertreter werden von dem Präsidium des Bundesgerichtshofes aus der Zahl der ständigen Mitglieder des Bundesgerichtshofes auf die Dauer von fünf Jahren bestellt.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Bestellung der richterlichen Mitglieder“.

165 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel 11 des Gesetzes vom 20. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3686) hat in Abs. 2 Satz 2 „§ 107 Absatz 4 und“ nach „sowie“ gestrichen.

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 52 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 1 Satz 1 uns 2 jeweils „Bundesminister“ durch „Bundesministerium“ und in Abs. 1 Satz 3 „Der Bundesminister“ durch „Das Bundesministerium“ ersetzt.

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 19 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat Abs. 2 durch Abs. 2 bis 5 ersetzt. Abs. 2 lautete:

§ 109

Auf das Verfahren des Bundesgerichtshofs in Disziplinarsachen gegen Notare sind die Vorschriften des Bundesdisziplinalgesetzes über das Disziplinarverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht entsprechend anzuwenden.¹⁶⁶

§ 110

(1) Ob über eine Verfehlung eines Notars, der zugleich Rechtsanwalt ist, im Disziplinarverfahren oder im anwaltsgerichtlichen Verfahren für Rechtsanwälte zu entscheiden ist, bestimmt sich danach, ob die Verfehlung vorwiegend mit dem Amt als Notar oder der Tätigkeit als Rechtsanwalt im Zusammenhang steht. Ist dies zweifelhaft oder besteht ein solcher Zusammenhang nicht, so ist, wenn es sich um einen Anwaltsnotar handelt, im anwaltsgerichtlichen Verfahren für Rechtsanwälte, andernfalls im Disziplinarverfahren zu entscheiden.

(2) Hat ein Anwaltsgericht oder ein Disziplinargericht sich zuvor rechtskräftig für zuständig oder unzuständig erklärt, so ist das andere Gericht an diese Entscheidung gebunden.¹⁶⁷

„(2) Die Beisitzer dürfen nicht gleichzeitig dem Vorstand einer Notarkammer oder einem anderen Disziplinargericht für Notare angehören oder bei einer Notarkammer im Haupt- oder Nebenberuf tätig sein. Im übrigen gelten § 103 Abs. 3 bis 5 und § 104 Abs. 1 Satz 2 bis 6 dieses Gesetzes sowie §§ 109 bis 111 der Bundesrechtsanwaltsordnung entsprechend mit der Maßgabe, daß vor der Entscheidung über die Amtsenthebung eines Beisitzers auch das Präsidium der Bundesnotarkammer zu hören ist.“

08.09.2015.—Artikel 136 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) hat in Abs. 1 Satz 1 bis 3 und Abs. 2 jeweils „und für Verbraucherschutz“ nach „Justiz“ eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Bestellung der notariellen Beisitzer“.

166 ÄNDERUNGEN

14.08.1981.—Artikel 1 Nr. 12 des Gesetzes vom 7. August 1981 (BGBl. I S. 803) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Auf das Verfahren des Bundesgerichtshofs in Disziplinarsachen gegen Notare sind die für das Verfahren des Bundesdisziplinarhofs geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Die im Verfahren vor dem Bundesdisziplinarhof dem Bundesdisziplinaranwalt zustehenden Befugnisse werden von dem Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof wahrgenommen.“

01.01.2002.—Artikel 12 Nr. 5 des Gesetzes vom 9. Juli 2001 (BGBl. I S. 1510) hat Satz 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Auf das Verfahren des Bundesgerichtshofs in Disziplinarsachen gegen Notare sind die für das Verfahren des Bundesverwaltungsgerichts in Disziplinarsachen geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden; § 95a bleibt unberührt.“

01.01.2010.—Artikel 1 Nr. 7 des Gesetzes vom 17. Juni 2009 (BGBl. I S. 1282) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Auf das Verfahren des Bundesgerichtshofs in Disziplinarsachen gegen Notare sind die Vorschriften der Bundesdisziplinarordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 1967 (BGBl. I S. 750, 984), die zuletzt durch Artikel 19 Abs. 3 des Gesetzes vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1666) geändert worden ist, über das Verfahren des Bundesverwaltungsgerichts in Disziplinarsachen entsprechend anzuwenden. Die im Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht dem Bundesdisziplinaranwalt zustehenden Befugnisse werden von dem Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof wahrgenommen.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Anzuwendende Verfahrensvorschriften“.

167 ÄNDERUNGEN

16.01.1969.—Artikel III Nr. 2 lit. a und b des Gesetzes vom 13. Januar 1969 (BGBl. I S. 25) hat die Sätze 2 und 3 durch Satz 2 ersetzt. Die Sätze 2 und 3 lauteten: „Besteht ein solcher Zusammenhang nicht, so ist, wenn es sich um einen Anwaltsnotar handelt, im ehrengerichtlichen Verfahren für Rechtsanwälte, andernfalls im Disziplinarverfahren zu entscheiden. In Zweifelsfällen bestimmt die Landesjustizverwaltung nach Anhörung der Notarkammer und der Rechtsanwaltskammer, in welchem Verfahren zu entscheiden ist.“

§ 110a

(1) Eintragungen in den über den Notar geführten Akten über einen Verweis oder eine Geldbuße sind nach zehn Jahren zu tilgen, auch wenn sie nebeneinander verhängt wurden. Die über diese Disziplinarmaßnahmen entstandenen Vorgänge sind aus den über den Notar geführten Akten zu entfernen und zu vernichten.

(2) Die Frist beginnt mit dem Tage, an dem die Disziplinarmaßnahme unanfechtbar geworden ist.

(3) Die Frist endet nicht, solange gegen den Notar ein Strafverfahren, ein Disziplinarverfahren, ein Anwaltsgerichtliches oder ein berufsgerichtliches Verfahren schwebt, eine anderen Disziplinarmaßnahme berücksichtigt werden darf oder ein auf Geldbuße lautendes Urteil noch nicht vollstreckt ist.

(4) Nach Ablauf der Frist gilt der Notar als von Disziplinarmaßnahmen oder eine anwaltsgerichtliche Maßnahme nicht betroffen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten für Ermahnungen durch die Notarkammer und für Mißbilligungen durch die Aufsichtsbehörde entsprechend. Die Frist beträgt fünf Jahre.

(6) Eintragungen über strafgerichtliche Verurteilungen oder über andere Entscheidungen in Verfahren wegen Straftaten, Ordnungswidrigkeiten oder der Verletzung von Berufs- oder Amtspflichten, die nicht zu einer Disziplinarmaßnahme, einer Ermahnung oder Mißbilligung geführt haben, sind nach fünf Jahren zu tilgen. Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 und 3 gelten entsprechend.¹⁶⁸

**Vierter Teil
Übergangs- und Schlußbestimmungen¹⁶⁹**

Artikel III Nr. 2 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 2 eingefügt.

09.09.1994.—Artikel 6 lit. b des Gesetzes vom 2. September 1994 (BGBl. I S. 2278) hat in Abs. 1 Satz 1 und 2 jeweils „ehrengerichtlichen“ durch „anwaltsgerichtlichen“ ersetzt.

Artikel 6 lit. c desselben Gesetzes hat in Abs. 2 „Ehrengericht“ durch „Anwaltsgericht“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Maßgebliches Verfahren“.

168 QUELLE

14.08.1981.—Artikel 1 Nr. 13 des Gesetzes vom 7. August 1981 (BGBl. I S. 803) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 29 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat Abs. 6 eingefügt.

09.09.1994.—Artikel 6 lit. a des Gesetzes vom 2. September 1994 (BGBl. I S. 2278) hat in Abs. 3 „ehrengerichtliches“ durch „anwaltsgerichtliches“ ersetzt.

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 43 lit. a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat in Abs. 1 Satz 1 „, auch wenn sie nebeneinander verhängen wurden“ am Ende eingefügt.

Artikel 1 Nr. 43 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 3 „oder eine anwaltsgerichtliche Maßnahme“ nach „Disziplinarmaßnahme“ eingefügt.

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 30 lit. a des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat Satz 3 in Abs. 1 aufgehoben. Satz 3 lautete: „Nach Ablauf der Frist dürfen diese Maßnahmen bei weiteren Disziplinarmaßnahmen nicht mehr berücksichtigt werden.“

Artikel 9 Nr. 30 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 6 Satz 1 „auf Antrag des Notars“ nach „sind“ gestrichen.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Tilgung von Disziplinäreintragungen“.

169 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 2 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in der Überschrift des Teils „Vierter Teil“ durch „Teil 4“ und „Schlußbestimmungen“ durch „Schlussbestimmungen“ ersetzt.

§ 111

(1) Das Oberlandesgericht entscheidet im ersten Rechtszug über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten nach diesem Gesetz, einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung oder einer Satzung einer der nach diesem Gesetz errichteten Notarkammern, einschließlich der Bundesnotarkammer, soweit nicht die Streitigkeiten disziplinargerichtlicher Art oder einem anderen Gericht ausdrücklich zugewiesen sind (verwaltungsrechtliche Notarsachen).

(2) Der Bundesgerichtshof entscheidet über das Rechtsmittel

1. der Berufung gegen Urteile des Oberlandesgerichts,
2. der Beschwerde nach § 17a Abs. 4 Satz 4 des Gerichtsverfassungsgesetzes.

(3) Der Bundesgerichtshof entscheidet in erster und letzter Instanz

1. über Klagen, die Entscheidungen betreffen, die das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz getroffen hat oder für die dieses zuständig ist,
2. über die Nichtigkeit von Wahlen und Beschlüssen der Bundesnotarkammer.

(4) Das Oberlandesgericht und der Bundesgerichtshof entscheiden in der für Disziplinarsachen gegen Notare vorgeschriebenen Besetzung.¹⁷⁰

170 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 44 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Satz 1 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Verwaltungsakte, die nach diesem Gesetz ergehen, können durch einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung angefochten werden.“

01.06.2007.—Artikel 3 Nr. 4 lit. a des Gesetzes vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 358) hat in Abs. 4 Satz 2 „§§ 37, 39 Abs. 1 und 2“ durch „§ 37 Abs. 1 und 3“ ersetzt und „;“ an die Stelle der Rechtsanwaltskammer tritt die Landesjustizverwaltung“ am Ende eingefügt.

Artikel 3 Nr. 4 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 4 Satz 3 und 4 eingefügt.

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 20 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Verwaltungsakte, die nach diesem Gesetz oder nach einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung oder Satzung ergehen, können durch einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung auch dann angefochten werden, wenn es nicht ausdrücklich bestimmt ist. Der Antrag kann nur darauf gestützt werden, daß der Verwaltungsakt den Antragsteller in seinen Rechten beeinträchtigt, weil er rechtswidrig sei. Soweit die Landesjustizverwaltung ermächtigt ist, nach ihrem Ermessen zu befinden, kann der Antrag nur darauf gestützt werden, daß die gesetzlichen Grenzen des Ermessens überschritten seien oder daß von dem Ermessen in einer dem Zweck der Ermächtigung nicht entsprechenden Weise Gebrauch gemacht worden sei.

(2) Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung kann nur binnen eines Monats nach dem Zeitpunkt gestellt werden, in dem die Verfügung dem Betroffenen bekanntgemacht worden ist. Der Antrag ist auch zulässig, wenn ein Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsakts ohne zureichenden Grund innerhalb von drei Monaten nicht beschieden worden ist.

(3) Zuständig für die Entscheidung ist im ersten Rechtszug das Oberlandesgericht, im zweiten Rechtszug der Bundesgerichtshof. Diese Gerichte entscheiden in der in Disziplinarsachen gegen Notare vorgeschriebenen Besetzung. § 100 gilt entsprechend.

(4) Gegen die Entscheidung des Oberlandesgerichts ist die sofortige Beschwerde an den Bundesgerichtshof zulässig. Im übrigen gelten für das Verfahren § 37 Abs. 1 und 3, §§ 40, 41 und 42 Abs. 4 bis 6, für die Kosten §§ 200 bis 203 der Bundesrechtsanwaltsordnung entsprechend; an die Stelle der Rechtsanwaltskammer tritt die Landesjustizverwaltung. Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung gegen einen Bescheid oder eine Verfügung der Landesjustizverwaltung ist gegen die Landesjustizverwaltung zu richten; das Gleiche gilt für Anträge auf gerichtliche Entscheidung, die darauf gestützt werden, dass die Landesjustizverwaltung innerhalb von drei Monaten einen Bescheid nicht erteilt hat. Vertretern der Landesjustizverwaltung, dem Präsidenten des Oberlandesgerichts oder seinem Beauftragten, den Beamten der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht und Mitgliedern oder Vertretern des Vorstandes der Notarkammer ist der Zutritt zu der Verhandlung gestattet; Gleiches gilt im Tätigkeitsbereich der Notarkasse für ihren Präsidenten und seine Stellvertreter und im Tätigkeitsbereich der Ländernotarkasse für ihren Präsidenten und seinen Stellvertreter.“

§ 111a

Örtlich zuständig ist das Oberlandesgericht, in dessen Bezirk der Verwaltungsakt erlassen wurde oder zu erlassen wäre; für hoheitliche Maßnahmen, die berufsrechtliche Rechte und Pflichten der Beteiligten beeinträchtigen oder verwirklichen, gilt dies sinngemäß. In allen anderen Angelegenheiten ist das Oberlandesgericht zuständig, in dessen Bezirk der Beklagte seine Geschäftsstelle oder ansonsten seinen Wohnsitz hat. Sind in einem Land mehrere Oberlandesgerichte errichtet, so kann die Landesregierung durch Rechtsverordnung die Zuständigkeit eines oder mehrerer Oberlandesgerichte abweichend regeln. Die Landesregierungen können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.¹⁷¹

§ 111b

(1) Soweit dieses Gesetz keine abweichenden Bestimmungen über das gerichtliche Verfahren enthält, gelten die Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung entsprechend. Das Oberlandesgericht steht einem Oberverwaltungsgericht gleich; § 111d bleibt unberührt.

(2) Die Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung über die Mitwirkung ehrenamtlicher Richter sowie die §§ 35, 36 und 47 der Verwaltungsgerichtsordnung sind nicht anzuwenden. Die Fristen des § 116 Abs. 2 und des § 117 Abs. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung betragen jeweils fünf Wochen.

(3) Notare und Notarassessoren können sich selbst vertreten.

(4) Die aufschiebende Wirkung der Anfechtungsklage endet abweichend von § 80b der Verwaltungsgerichtsordnung mit der Unanfechtbarkeit des Verwaltungsaktes.¹⁷²

§ 111c

(1) Die Klage ist gegen die Notarkammer oder Behörde zu richten,

28.12.2010.—Artikel 6 Nr. 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2248) hat Nr. 1 in Abs. 3 neu gefasst. Nr. 1 lautete:

„1. über Klagen, die Entscheidungen betreffen, die das Bundesministerium der Justiz oder die Bundesnotarkammer getroffen hat oder für die das Bundesministerium der Justiz oder die Bundesnotarkammer zuständig ist,“.

08.09.2015.—Artikel 136 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) hat in Abs. 3 Nr. 1 „und für Verbraucherschutz“ nach „Justiz“ eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Sachliche Zuständigkeit“.

171 QUELLE

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 20 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

28.12.2010.—Artikel 6 Nr. 3 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2248) hat Satz 3 durch die Sätze 3 und 4 ersetzt. Satz 3 lautete: „§ 100 gilt entsprechend.“

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 31 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Satz 4 „durch Rechtsverordnung“ nach „Ermächtigung“ eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Örtliche Zuständigkeit“.

172 QUELLE

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 20 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Verfahrensvorschriften“.

1. die den Verwaltungsakt erlassen hat oder zu erlassen hätte; für hoheitliche Maßnahmen, die berufsrechtliche Rechte und Pflichten der Beteiligten beeinträchtigen oder verwirklichen, gilt dies sinngemäß;
2. deren Entschließung Gegenstand des Verfahrens ist.

Klagen gegen Prüfungsentscheidungen und sonstige Maßnahmen des Prüfungsamtes sind gegen den Leiter des Prüfungsamtes zu richten.

(2) In Verfahren zwischen einem Mitglied des Präsidiums oder Vorstandes und der Notarkammer wird die Notarkammer durch eines ihrer Mitglieder vertreten, das der Präsident des zuständigen Gerichts besonders bestellt.¹⁷³

§ 111d

Gegen Endurteile einschließlich der Teilurteile, Grundurteile und Zwischenurteile über die Zulässigkeit steht den Beteiligten die Berufung zu, wenn sie vom Oberlandesgericht oder vom Bundesgerichtshof zugelassen wird. Für das Berufungsverfahren gilt der Zwölfte Abschnitt der Verwaltungsgerichtsordnung mit der Maßgabe, dass das Oberlandesgericht an die Stelle des Verwaltungsgerichts und der Bundesgerichtshof an die Stelle des Obergerichts tritt.¹⁷⁴

§ 111e

(1) Wahlen und Beschlüsse der Organe der Notarkammern, der Bundesnotarkammer und der Kassen mit Ausnahme der Richtlinienbeschlüsse nach § 71 Abs. 4 Nr. 2 können für ungültig oder nichtig erklärt werden, wenn sie unter Verletzung des Gesetzes oder der Satzung zustande gekommen oder wenn sie ihrem Inhalt nach mit dem Gesetz oder der Satzung nicht vereinbar sind.

(2) Die Klage kann durch die Behörde, die die Staatsaufsicht führt, oder ein Mitglied der Notarkammer erhoben werden. Die Klage eines Mitglieds der Notarkammer gegen einen Beschluss ist nur zulässig, wenn es geltend macht, durch den Beschluss in seinen Rechten verletzt zu sein.

(3) Ein Mitglied der Notarkammer kann den Antrag nur innerhalb eines Monats nach der Wahl oder Beschlussfassung stellen.¹⁷⁵

§ 111f

In verwaltungsrechtlichen Notarsachen werden Gebühren nach dem Gebührenverzeichnis der Anlage zu diesem Gesetz erhoben. Im Übrigen sind die für Kosten in Verfahren vor den Gerichten

173 QUELLE

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 20 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Beklagter“.

174 QUELLE

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 20 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Berufung“.

175 QUELLE

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 20 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 32 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 3 „Kammer“ durch „Notarkammer“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Klagen gegen Wahlen und Beschlüsse“.

der Verwaltungsgerichtsbarkeit geltenden Vorschriften des Gerichtskostengesetzes entsprechend anzuwenden, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist.¹⁷⁶

§ 111g

(1) Der Streitwert bestimmt sich nach § 52 des Gerichtskostengesetzes. Er wird von Amts wegen festgesetzt.

(2) In Verfahren, die Klagen auf Bestellung zum Notar oder die Ernennung zum Notarassessor, die Amtsenthebung, die Entfernung aus dem Amt oder vom bisherigen Amtssitz oder die Entlassung aus dem Anwärterdienst betreffen, ist ein Streitwert von 50 000 Euro anzunehmen. Unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls, insbesondere des Umfangs und der Bedeutung der Sache sowie der Vermögens- und Einkommensverhältnisse des Klägers, kann das Gericht einen höheren oder einen niedrigeren Wert festsetzen.

(3) Die Festsetzung ist unanfechtbar; § 63 Abs. 3 des Gerichtskostengesetzes bleibt unberührt.¹⁷⁷

§ 111h

Auf den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren sind die Vorschriften des Siebzehnten Titels des Gerichtsverfassungsgesetzes anzuwenden. Die Vorschriften dieses Gesetzes, die die Besetzung des Oberlandesgerichts und des Bundesgerichtshofs in verwaltungsrechtlichen Notarsachen regeln, sind nicht anzuwenden.¹⁷⁸

§ 112

Die Landesregierungen werden ermächtigt, die Aufgaben und Befugnisse, die den Landesjustizverwaltungen nach diesem Gesetz zustehen, durch Rechtsverordnung auf diesen nachgeordnete Behörden zu übertragen. Die Landesregierungen können diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.¹⁷⁹

176 QUELLE

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 20 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Gebühren“.

177 QUELLE

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 20 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat die Vorschrift eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Streitwert“.

178 QUELLE

03.12.2011.—Artikel 3 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. November 2011 (BGBl. I S. 2302) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren“.

179 ÄNDERUNGEN

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 30 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat in Satz 2 „zu bestellen (§ 12 Satz 1) und“ nach „Notare“ gestrichen.

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 45 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Satz 2 aufgehoben. Satz 2 lautete: „Das gilt jedoch nicht für die Zuständigkeit, Notare ihres Amtes zu entheben (§ 50 Abs. 3).“

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 20 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Die Landesjustizverwaltung kann Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, auf nachgeordnete Behörden übertragen.“

§ 113

(1) Die Notarkasse ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts des Freistaates Bayern. Sie hat ihren Sitz in München. Ihr Tätigkeitsbereich umfasst den Freistaat Bayern und den Bezirk des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken. Sie führt ein Dienstsiegel. Sie untersteht der Rechtsaufsicht des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz. Dieses übt die Aufsicht nach näherer Vereinbarung der beteiligten Justizverwaltungen aus. Die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Notarkasse wird vom Bayerischen Obersten Rechnungshof nach Maßgabe der Vorschriften der Bayerischen Haushaltsordnung geprüft.

(2) Die Ländernotarkasse ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts des Freistaates Sachsen. Sie hat ihren Sitz in Leipzig. Ihr Tätigkeitsbereich umfasst die Bezirke der Notarkammern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Sie führt ein Dienstsiegel. Sie untersteht der Rechtsaufsicht des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz. Dieses übt die Aufsicht nach näherer Vereinbarung der beteiligten Justizverwaltungen aus. Die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Ländernotarkasse wird vom Sächsischen Rechnungshof nach Maßgabe der Sächsischen Haushaltsordnung geprüft.

(3) Die Notarkasse und die Ländernotarkasse (Kassen) haben folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Ergänzung des Berufseinkommens der Notare, soweit dies zur Aufrechterhaltung einer geordneten vorsorgenden Rechtspflege erforderlich ist;
2. Versorgung der ausgeschiedenen Notare im Alter und bei Amtsunfähigkeit, der Notarassessoren bei Dienstunfähigkeit sowie Versorgung ihrer Hinterbliebenen, wobei sich die Höhe der Versorgung unabhängig von der Höhe der geleisteten Abgaben nach der ruhegehaltfähigen Dienstzeit einschließlich An- und Zurechnungszeiten bemisst;
3. einheitliche Durchführung der Versicherung der Notare nach § 19a und der Notarkammern nach § 61 Abs. 2 und § 67 Abs. 3 Nr. 3;
4. Förderung der wissenschaftlichen und praktischen Fortbildung der Notare und Notarassessoren sowie der fachlichen Ausbildung des Personals der Notare einschließlich der Durchführung von Prüfungen;
5. Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel der im Gebiet der Kasse gebildeten Notarkammern;
6. Zahlung der Bezüge der Notarassessoren an Stelle der Notarkammern;
7. wirtschaftliche Verwaltung der von einem Notariatsverwalter wahrgenommenen Notarstellen an Stelle der Notarkammern;
8. Erstattung notarkostenrechtlicher Gutachten, die eine Landesjustizverwaltung, ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde im Tätigkeitsbereich der Kasse anfordert.

(4) Die Kassen können weitere, dem Zweck ihrer Errichtung entsprechende Aufgaben wahrnehmen. Sie können insbesondere

1. fachkundige Mitarbeiter beschäftigen, die den Notaren im Tätigkeitsbereich der Kasse zur Dienstleistung zugewiesen werden,
2. allein oder gemeinsam mit der anderen Kasse oder Notarkammern Einrichtungen im Sinne von § 67 Abs. 4 Nr. 3 unterhalten,
3. über Absatz 3 Nr. 3 hinausgehende Anschlussversicherungen abschließen,
4. die zentrale Erledigung von Verwaltungsaufgaben der einzelnen Notarstellen bei freiwilliger Teilnahme unter Ausschluss der Gewinnerzielung gegen Kostenerstattung übernehmen.

(5) Aufgaben der Notarkammern können mit deren Zustimmung und der Zustimmung der Kasse durch die Landesjustizverwaltungen der Kasse übertragen werden.

(6) Die Notare sind verpflichtet, die ihnen zur Dienstleistung zugewiesenen, in einem Dienstverhältnis zur Kasse stehenden Mitarbeiter zu beschäftigen.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Übertragung von Befugnissen der Landesjustizverwaltung“.

(7) Auf die nach Absatz 3 Nr. 2 und 6 gegen die Kasse begründeten Versorgungs- und Besoldungsansprüche sind die für Beamtenbezüge geltenden verfahrensrechtlichen Vorschriften entsprechend anzuwenden.

(8) Die Organe der Kasse sind der Präsident und der Verwaltungsrat.

(9) Der Präsident vertritt die Kasse gerichtlich und außergerichtlich. Er leitet ihre Geschäfte und ist für die Erledigung derjenigen Angelegenheiten zuständig, die nicht dem Verwaltungsrat obliegen. Der Präsident führt den Vorsitz in den Sitzungen des Verwaltungsrates und vollzieht dessen Beschlüsse.

(10) Der Präsident der Notarkasse wird von den Notaren im Tätigkeitsbereich der Notarkasse für die Dauer von vier Jahren gewählt. Der Präsident der Ländernotarkasse wird von dem Verwaltungsrat der Ländernotarkasse für die Dauer von vier Jahren gewählt. Der Präsident muss Notar im Tätigkeitsbereich der Kasse und darf nicht zugleich Mitglied des Verwaltungsrates sein.

(11) Der Verwaltungsrat beschließt insbesondere über

1. Satzungen und Verwaltungsvorschriften,
2. den Haushaltsplan sowie die Anpassung der Abgaben an den Haushaltsbedarf,
3. die Höhe der Bezüge der Notarassessoren,
4. die Grundsätze für die Ausbildung, Prüfung und Einstellung von fachkundigen Mitarbeitern,
5. die Festlegung der Gesamtzahl und der Grundsätze für die Zuteilung von fachkundigen Mitarbeitern an die Notare,
6. die Grundsätze für die Vermögensanlage der Kasse.

Der Verwaltungsrat fasst seine Beschlüsse mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit durch Satzung nichts anderes bestimmt ist.

(12) Die Mitglieder des Verwaltungsrates der Notarkasse werden für die Dauer von vier Jahren durch die Notare in den jeweiligen Oberlandesgerichtsbezirken im Tätigkeitsbereich der Notarkasse gewählt. Die Notare eines Oberlandesgerichtsbezirks wählen jeweils zwei Mitglieder in den Verwaltungsrat. Übersteigt die Zahl der Einwohner in einem Oberlandesgerichtsbezirk zwei Millionen, so erhöht sich die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder aus diesem Oberlandesgerichtsbezirk für je weitere angefangene zwei Millionen um ein Mitglied. Die Mitglieder des Verwaltungsrates müssen Notar mit Amtssitz im Bezirk des jeweiligen Oberlandesgerichts sein.

(13) Die Mitglieder des Verwaltungsrates der Ländernotarkasse werden für die Dauer von vier Jahren durch die Notare in den jeweiligen Notarkammern im Tätigkeitsbereich der Ländernotarkasse gewählt. Die Notare einer Notarkammer wählen jeweils zwei Mitglieder in den Verwaltungsrat; bei mehr als drei Millionen Einwohnern in dem Bezirk einer Notarkammer sind drei Mitglieder zu wählen. Die Mitglieder des Verwaltungsrates müssen Notar mit Amtssitz im Bezirk der jeweiligen Notarkammer sein.

(14) Für die Organe und Mitarbeiter der Kasse gilt § 69a entsprechend. Der Verwaltungsrat kann von der Verpflichtung zur Verschwiegenheit befreien. Er erteilt in gerichtlichen Verfahren die Aussagegenehmigung.

(15) Vor der Ausschreibung und Einziehung von Notarstellen und der Ernennung von Notarassessoren im Tätigkeitsbereich der Kasse ist diese anzuhören.

(16) Vor dem Beschluss ihres Haushaltsplans hören die Notarkammern im Tätigkeitsbereich der Kasse diese an. Bei der Kasse wird zur Beratung in Angelegenheiten des Absatzes 3 Nr. 5 ein Beirat gebildet, in den jede Notarkammer im Tätigkeitsbereich der Kasse ein Mitglied und der Verwaltungsrat ebenso viele Mitglieder entsenden. Den Vorsitz in den Beiratssitzungen führt der Präsident der Kasse. Die Kasse ist an das Votum des Beirats nicht gebunden.

(17) Die Kasse erhebt von den Notaren Abgaben auf der Grundlage einer Abgabensatzung, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Zur Sicherstellung der Verpflichtungen, die sich aus den Aufgaben der Kasse ergeben, kann Vermögen gebildet werden. Die Höhe der Abgaben richtet sich nach der Leistungsfähigkeit des Notars. Die Abgaben können auch gestaffelt nach der Summe der durch den Notar zu erhebenden Gebühren festgesetzt werden. Die Abgabensatzung kann Freibeträge und von der Abgabepflicht ausgenommene Gebühren festlegen. Sie regelt ferner

1. die Bemessungsgrundlagen für die Abgaben,
2. die Höhe, die Festsetzung und die Fälligkeit der Abgaben,
3. das Erhebungsverfahren,
4. die abgaberechtlichen Nebenpflichten des Notars,
5. die Stundung und Verzinsung der Abgabeschuld sowie die Geltendmachung von Säumniszuschlägen und Sicherheitsleistungen,
6. ob und in welcher Höhe die Bezüge von Notarassessoren (§ 7 Abs. 4 Satz 4) oder fachkundigen Mitarbeitern, die einem Notar zugewiesen sind, zu erstatten sind.

Fehlt eine Abgabensatzung, kann die Aufsichtsbehörde die Abgaben vorläufig festsetzen. Rückständige Abgaben können auf Grund einer vom Präsidenten ausgestellten, mit der Bescheinigung der Vollstreckbarkeit versehenen Zahlungsaufforderung nach den Vorschriften über die Vollstreckbarkeit gerichtlicher Entscheidungen in Zivilsachen eingezogen werden. Die Kasse kann die Erfüllung der Abgabepflicht einschließlich der zu Grunde liegenden Kostenberechnungen und des Kosteneinzugs durch den Notar nachprüfen. Der Notar hat den mit der Prüfung Beauftragten Einsicht in seine Akten, Urkunden, Konten, Verzeichnisse und Bücher zu gestatten, diese auszuhändigen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

(18) Die Kasse kann in Ausübung ihrer Befugnisse von den Notaren und Notarassessoren Auskünfte, die Vorlage von Büchern und Akten sowie das persönliche Erscheinen vor dem Präsidenten oder dem Verwaltungsrat verlangen. Der Präsident kann zur Erzwingung dieser Pflichten nach vorheriger schriftlicher Androhung, auch wiederholt, Zwangsgeld festsetzen. Das einzelne Zwangsgeld darf eintausend Euro nicht übersteigen. Das Zwangsgeld fließt der Kasse zu; es wird wie eine rückständige Abgabe beigetrieben.

(19) Im Übrigen bestimmen sich die Aufgaben und Rechtsverhältnisse der Kassen, ihrer Organe und deren Zuständigkeiten nach einer Satzung. Erlass und Änderungen der Satzung und der Abgabensatzung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde und der Bekanntmachung. Für die Notarkasse erfolgt die Bekanntmachung im „Amtlichen Mitteilungsblatt der Landesnotarkammer Bayern und der Notarkasse“. Für die Ländernotarkasse erfolgt die Bekanntmachung im „Amtlichen Mitteilungsblatt der Ländernotarkasse“.¹⁸⁰

180 ÄNDERUNGEN

01.01.1983.—Artikel 1 Nr. 14 des Gesetzes vom 7. August 1981 (BGBl. I S. 803) hat Nr. 5 in Abschnitt I Abs. 3 neu gefasst. Nr. 5 lautete:

„5. die einheitliche Durchführung der Haftpflichtversicherung;“.

ENTSCHEIDUNG DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS

§ 113 Abschnitt I ist nach Maßgabe der Gründe mit Artikel 12 Abs. 1 des Grundgesetzes unvereinbar (Beschluss vom 13. Juli 2004 – 1 BvR 1298/94, 1299/94, 1332/95, 613/97 – BGBl. I S. 2931).

ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 46 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift geändert. Die Vorschrift lautete:

„I.

(1) Die Notarkasse in München ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts des Landes Bayern. Ihr bisheriger Tätigkeitsbereich (Bayern und Regierungsbezirk Pfalz des Landes Rheinland-Pfalz) bleibt unverändert.

(2) Die Notarkasse untersteht der Aufsicht des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz. Dieses übt die Aufsicht nach näherer Vereinbarung der beteiligten Justizverwaltungen aus.

(3) Die Aufgaben der Notarkasse sind

1. die erforderliche Ergänzung des Berufseinkommens der Notare;
2. Die Versorgung der ausgeschiedenen Notare im Alter und bei Amtsunfähigkeit sowie die Versorgung ihrer Hinterbliebenen;
3. die Besoldung der Notariatsbeamten, ihre Versorgung im Alter und bei Dienstunfähigkeit und die Versorgung ihrer Hinterbliebenen sowie die Besoldung der sonstigen in einem Dienstverhältnis zur Notarkasse stehenden Hilfskräfte nach Maßgabe der Satzung;

4. die Erfüllung der bei Übernahme des Vermögens des vormaligen Pensionsvereins der Bayerischen Notariatsgehilfen übernommenen Verpflichtungen sowie die Gewährung von Unterstützungen und Unterhaltsbeiträgen an ehemalige Notariatsgehilfen und deren Hinterbliebene nach Maßgabe der geltenden Grundsätze;
5. die einheitliche Durchführung der Versicherung der Notare nach § 19a und der Notarkammern nach § 61 Abs. 2 und § 67 Abs. 2 Nr. 3;
6. die Förderung der wissenschaftlichen und praktischen Fortbildung der Notare und Notarassessoren sowie der fachlichen Ausbildung des Personals der Notare;
7. die Bereitstellung der Haushaltsmittel der im Gebiet der Notarkasse gebildeten Notarkammern;
8. die Zahlung der Bezüge der Notarassessoren an Stelle der Notarkammer sowie die Versorgung der Notarassessoren bei Dienstunfähigkeit und die Versorgung ihrer Hinterbliebenen nach Maßgabe der Satzung;
9. die wirtschaftliche Verwaltung der von einem Notariatsverweser wahrgenommenen Notarstellen an Stelle der Notarkammer.

(4) Die Organe der Notarkasse sind der Präsident und der Verwaltungsrat; bis zur anderweitigen Regelung durch die Satzung bleibt für die Bearbeitung der Personalangelegenheiten der Notariatsbeamten das bisherige Personalamt als besondere Einrichtung der Notarkasse bestehen. Der Sitz der Notarkasse ist München; sie wird durch den Präsidenten gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Die Haushaltsrechnung wird vom Bayerischen Obersten Rechnungshof geprüft.

(5) Im übrigen bestimmen sich die Aufgaben und Rechtsverhältnisse der Notarkasse nach einer Satzung. Die nach diesem Gesetz erforderliche erste Änderung der Satzung beschließt der bisherige Beirat; sie wird mit der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde wirksam. Bis dahin gilt die bisherige Satzung. Bis zur Amtsübernahme der auf Grund der neuen Satzung bestellten Organe bleiben die bisherigen im Amt. Künftige Satzungsänderungen beschließt der Verwaltungsrat; sie bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde.

(6) Auf die nach Absatz 3 Nr. 2, 3 und 8 gegen die Notarkasse begründeten Ansprüche der Notare und ihrer Hinterbliebenen, der Notariatsbeamten und ihrer Hinterbliebenen sowie die Versorgungsansprüche der Notarassessoren und ihrer Hinterbliebenen sind die für Beamtenbezüge geltenden verfahrensrechtlichen Vorschriften entsprechend anzuwenden.

(7) Die Notarkasse hat von den Notaren Abgaben zu erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Im Fall der Weigerung kann das Bayerische Staatsministerium der Justiz die Abgaben festsetzen. Rückständige Abgaben können auf Grund einer vom Präsidenten ausgestellten, mit der Bescheinigung der Vollstreckbarkeit versehenen Zahlungsaufforderung nach den Vorschriften über die Vollstreckung der Urteile in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten eingezogen werden. Die Notarkasse kann die Erfüllung der Abgabepflicht nachprüfen; die Notare haben dem mit der Prüfung Beauftragten Einsicht in ihre Akten, Urkunden, Verzeichnisse und Bücher zu gestatten und die erforderlichen dienstlichen Aufschlüsse zu geben.

II.

Für das Tätigkeitsgebiet der Notarkasse gelten ferner folgende besondere Vorschriften:

(1) Ein Notar kann seines Amtes enthoben werden, wenn er das siebzigste Lebensjahr vollendet hat. Der Notar darf in diesem Fall seine Amtsbezeichnung ‚Notar‘ mit dem Zusatz ‚außer Dienst (a.D.)‘ weiterführen. § 52 Abs. 3 Satz 1 und 2 gilt entsprechend.

(2) Die Rechtsverhältnisse der Notariatsbeamten und deren Hinterbliebenen bleiben bis zum Erlaß anderweitiger landesrechtlicher Vorschriften unberührt. Neue Notariatsbeamte werden nicht mehr ernannt. Die Notare sind verpflichtet, die ihnen zur Dienstleistung zugewiesenen Notariatsbeamten und sonstigen in einem Dienstverhältnis zur Notarkasse stehenden Hilfskräfte zu beschäftigen.

(3) Aufgaben der Notarkammern können durch die Landesjustizverwaltungen der Notarkasse übertragen werden.“

ENTSCHEIDUNG DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS

§ 113 ist nach Maßgabe der Gründe mit Artikel 12 Abs. 1 des Grundgesetzes unvereinbar (Beschluss vom 13. Juli 2004 – 1 BvR 1298/94, 1299/94, 1332/95, 613/97 – BGBl. I S. 2931).

ÄNDERUNGEN

20.07.2006.—Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 15. Juli 2006 (BGBl. I S. 1531) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Notarkasse ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts des Freistaates Bayern. Sie hat ihren Sitz in München. Ihr Tätigkeitsbereich umfaßt den Freistaat Bayern und den Bezirk des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken. Sie führt ein Dienstsiegel.

(2) Die Notarkasse untersteht der Aufsicht des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz. Dieses übt die Aufsicht nach näherer Vereinbarung der beteiligten Justizverwaltungen aus.

(3) Die Aufgaben der Notarkasse sind

1. die erforderliche Ergänzung des Berufseinkommens der Notare;
2. Die Versorgung der ausgeschiedenen Notare im Alter und bei Amtsunfähigkeit sowie die Versorgung ihrer Hinterbliebenen nach Maßgabe der Satzung;
3. die Besoldung der in einem Dienstverhältnis zur Notarkasse stehenden Hilfskräfte nach Maßgabe der Satzung, ferner die Versorgung der Notariatsbeamten im Alter und die Versorgung ihrer Hinterbliebenen;
4. die einheitliche Durchführung der Versicherung der Notare nach § 19a und der Notarkammern nach § 61 Abs. 2 und § 67 Abs. 3 Nr. 3;
5. die Förderung der wissenschaftlichen und praktischen Fortbildung der Notare und Notarassessoren sowie der fachlichen Ausbildung des Personals der Notare einschließlich der Durchführung von Prüfungen;
6. die Bereitstellung der Haushaltsmittel der im Gebiet der Notarkasse gebildeten Notarkammern;
7. die Zahlung der Bezüge der Notarassessoren an Stelle der Notarkammer sowie die Versorgung der Notarassessoren bei Dienstunfähigkeit und die Versorgung ihrer Hinterbliebenen nach Maßgabe der Satzung;
8. die wirtschaftliche Verwaltung der von einem Notariatsverwalter wahrgenommenen Notarstellen an Stelle der Notarkammer.

(4) Aufgaben der Notarkammern können durch die Landesjustizverwaltungen der Notarkasse übertragen werden.

(5) Die Organe der Notarkasse sind der Präsident und der Verwaltungsrat. Sie wird durch den Präsidenten gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Ihre Haushalts- und Wirtschaftsführung wird vom Bayerischen Obersten Rechnungshof nach Maßgabe der Vorschriften der Bayerischen Haushaltsordnung geprüft.

(6) Im übrigen bestimmen sich die Aufgaben und Rechtsverhältnisse der Notarkasse nach einer Satzung. Änderungen der Satzung beschließt der Verwaltungsrat. Sie bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde.

(7) Auf die nach Absatz 3 Nr. 2, 3 und 7 gegen die Notarkasse begründeten Ansprüche der Notare und ihrer Hinterbliebenen, der Notariatsbeamten und ihrer Hinterbliebenen sowie die Versorgungsansprüche der Notarassessoren und ihrer Hinterbliebenen sind die für Beamtenbezüge geltenden verfahrensrechtlichen Vorschriften entsprechend anzuwenden.

(8) Die Notarkasse hat von den Notaren Abgaben zu erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Die Abgabensatzung beschließt der Verwaltungsrat; Absatz 6 Satz 3 gilt entsprechend. Im Falle der Weigerung kann das Bayerische Staatsministerium der Justiz die Abgaben festsetzen. Die Höhe der Abgaben richtet sich nach der Leistungsfähigkeit des Notars. Abgaben können insbesondere gestaffelt nach der Summe der durch den Notar zu erhebenden Kosten festgesetzt werden. Rückständige Abgaben können auf Grund einer vom Präsidenten ausgestellten, mit der Bescheinigung der Vollstreckbarkeit versehenen Zahlungsaufforderung nach den Vorschriften über die Vollstreckung der Urteile in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten eingezogen werden. Die Notarkasse kann die Erfüllung der Abgabepflicht einschließlich der zugrundeliegenden Kostenberechnungen durch den Notar nachprüfen. Der Notar hat den mit der Prüfung Beauftragten Einsicht in seine Akten, Urkunden, Verzeichnisse und Bücher zu gestatten und die erforderlichen dienstlichen Aufschlüsse zu geben.

(9) Die Notare sind verpflichtet, die ihnen zur Dienstleistung zugewiesenen, in einem Dienstverhältnis zur Notarkasse stehenden Hilfskräfte zu beschäftigen. Neue Notariatsbeamte werden nicht mehr ernannt.“

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 21 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat Nr. 2 und 3 in Abs. 4 Satz 2 in Nr. 3 und 4 unnummeriert und Abs. 4 Satz 2 Nr. 2 eingefügt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 17 lit. a des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat in Abs. 17 Satz 10 „Akten, Urkunden, Konten, Verzeichnisse und Bücher“ durch „Urkunden, Akten, Verzeichnisse und Konten“ ersetzt.

§ 113a¹⁸¹

Artikel 1 Nr. 17 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 18 Satz 1 „Büchern und Akten“ durch „Akten und Verzeichnissen“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 desselben Gesetzes hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Notarkasse und Ländernotarkasse“.

181 QUELLE

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 47 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift eingefügt.

AUFHEBUNG

20.07.2006.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 15. Juli 2006 (BGBl. I S. 1531) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Ländernotarkasse in Leipzig ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihr Tätigkeitsgebiet umfaßt die Bezirke der Notarkammern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Sie führt ein Dienstsiegel.

(2) Die Ländernotarkasse untersteht der Aufsicht des Ministeriums der Justiz im Sitzland. Dieses übt die Aufsicht nach näherer Vereinbarung mit den beteiligten Justizverwaltungen aus.

(3) Die Aufgaben der Ländernotarkasse sind die Durchführung folgender Maßnahmen für Notare, die zur hauptberuflichen Amtsausübung bestellt sind:

1. die erforderliche Ergänzung des Berufseinkommens;
2. die Versorgung der ausgeschiedenen Berufsangehörigen im Alter und bei Amtsunfähigkeit sowie die Versorgung ihrer Hinterbliebenen nach Maßgabe der Satzung;
3. die einheitliche Durchführung der Versicherungen der Notare nach § 19a und der Notarkammern nach § 61 Abs. 2 und § 67 Abs. 3 Nr. 3;
4. die Förderung der wissenschaftlichen und praktischen Fortbildung der Notare und Notarassessoren sowie der fachlichen Ausbildung des Personals der Notare einschließlich der Durchführung von Prüfungen;
5. die Bereitstellung der Haushaltsmittel der im Gebiet der Ländernotarkasse gebildeten Notarkammern;
6. die Zahlung der Bezüge der Notarassessoren anstelle der Notarkammern sowie der Versorgung der Notarassessoren bei Dienstunfähigkeit und die Versorgung ihrer Hinterbliebenen nach Maßgabe der Satzung;
7. die wirtschaftliche Verwaltung der von einem Notariatsverwalter wahrgenommenen Notarstellen anstelle der Notarkammern.

(4) Die Ländernotarkasse kann nach Maßgabe der Satzung fachkundige Hilfskräfte in ein Dienstverhältnis übernehmen; die Aus- und Fortbildung der in einem Dienstverhältnis zur Ländernotarkasse stehenden und von ihr zu übernehmenden Hilfskräfte und ihre Besoldung sind in einer Satzung zu regeln. Die zur hauptberuflichen Amtsausübung bestellten Notare sind verpflichtet, die ihnen zur Dienstleistung zugewiesenen, in einem Dienstverhältnis zur Ländernotarkasse stehenden Hilfskräfte zu beschäftigen.

(5) Die Organe der Ländernotarkasse sind der Präsident und der Verwaltungsrat. Die Ländernotarkasse wird durch den Präsidenten gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Ihre Haushalts- und Wirtschaftsführung wird vom Rechnungshof des Sitzlandes nach Maßgabe der für diesen geltenden Vorschriften geprüft.

(6) Im übrigen bestimmen sich Aufgaben und Rechtsverhältnisse der Ländernotarkasse nach einer Satzung. Die Satzung und künftige Satzungsänderungen beschließt der Verwaltungsrat; sie werden mit der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde wirksam.

(7) Auf die nach Absatz 3 Nr. 2 und 6 sowie Absatz 4 gegen die Ländernotarkasse begründeten Ansprüche der Notare und ihrer Hinterbliebenen, der Notarassessoren und ihrer Hinterbliebenen sowie der Hilfskräfte und ihrer Hinterbliebenen sind die für Beamtenbezüge geltenden verfahrensrechtlichen Vorschriften entsprechend anzuwenden.

(8) Die Ländernotarkasse hat von den Notaren Abgaben entsprechend einer Abgabensatzung zu erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlich ist. Die Abgabensatzung beschließt der Verwaltungsrat; Absatz 6 Satz 2 gilt entsprechend. Im Falle der Weigerung kann das Ministerium der Justiz des Sitzlandes die Abgaben festsetzen. Die Höhe der Abgaben richtet sich nach der Leistungsfä-

§ 113b

Notarkammern außerhalb der Tätigkeitsbereiche der Notarkasse und Ländernotarkasse, in deren Bereich Notare zur hauptberuflichen Amtsausübung bestellt sind, können:

1. Maßnahmen zur erforderlichen Unterstützung von Amtsinhabern neu besetzter Notarstellen treffen;
2. Beiträge nach § 73 Abs. 1 mit Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Notare gestaffelt erheben; Bemessungsgrundlage können insbesondere einzeln oder gemeinsam die Geschäftszahlen und die Summe der durch den Notar erhobenen Kosten sein;
3. außerordentliche Beiträge von einem Notar erheben, der eine Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung mit dem Amtsnachfolger nicht fortsetzt.¹⁸²

§ 114

(1) Im Land Baden-Württemberg werden Notare nach § 3 Absatz 1 bestellt. Ergänzend gelten dort die besonderen Vorschriften der Absätze 2 bis 7.

(2) Wer am 31. Dezember 2017 als Notar im Landesdienst oder als Notarvertreter im Sinne des baden-württembergischen Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit vom 12. Februar 1975 (Gesetzblatt für Baden-Württemberg S. 116), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 21. April 2015 (Gesetzblatt für Baden-Württemberg S. 281) geändert worden ist, in der am 31. Dezember 2017 geltenden Fassung bei den Abteilungen ‚Beurkundung und vorsorgende Rechtspflege‘ der staatlichen Notariate tätig war und mit Ablauf des 31. Dezember 2017 auf eigenen Antrag aus dem Landesdienst entlassen wurde, gilt als am 1. Januar 2018 zum Notar im Sinne des § 3 Absatz 1 bestellt. Die Landesjustizverwaltung erteilt als Nachweis über die Bestellung eine Bestallungsurkunde. § 13 gilt entsprechend.

(3) Die Notare nach Absatz 2 führen die notariellen Geschäfte aus den von ihnen am 31. Dezember 2017 geleiteten Referaten und Abteilungen der staatlichen Notariate in ihrer Eigenschaft als nach § 3 Absatz 1 bestellter Notar fort. Das Land Baden-Württemberg bleibt nach den bisherigen landesrechtlichen Vorschriften einschließlich der Überleitungsvorschriften an den Kostenforderungen insoweit berechtigt, als ein Notar im Verhältnis zu einem Notariatsverwalter nach § 58 Absatz 2 Satz 2 berechtigt wäre. Die Notare nach Absatz 2 übernehmen die notariellen Akten und Bücher sowie die amtlich übergebenen Urkunden und Wertgegenstände, die in diesen Referaten und Abteilungen geführt oder die ihnen übergeben wurden. Die Notare nach Absatz 2 können bis zum 31. Dezember 2019 vollständige Jahrgänge von Akten und Büchern sowie hierzu amtlich übergebe-

higkeit des Notars; Abgaben können insbesondere gestaffelt nach der Summe der durch den Notar zu erhebenden Kosten festgesetzt werden. Rückständige Abgaben können auf Grund einer vom Präsidenten der Ländernotarkasse ausgestellten, mit der Bescheinigung der Vollstreckbarkeit versehenen Zahlungsaufforderung nach den Vorschriften über die Vollstreckbarkeit gerichtlicher Entscheidungen in Zivilsachen eingezogen werden. Die Ländernotarkasse kann die Erfüllung der Abgabepflicht einschließlich der zugrundeliegenden Kostenberechnung durch den Notar nachprüfen; die Notare haben dem mit der Prüfung Beauftragten Einsicht in ihre Akten, Urkunden, Verzeichnisse und Bücher zu gestatten und die erforderlichen dienstlichen Aufschlüsse zu geben.

(9) Aufgaben der Notarkammern können durch die Landesjustizverwaltungen der Ländernotarkasse übertragen werden.“

182 QUELLE

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 48 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Notarkammern außerhalb der Tätigkeitsbereiche von Notarkasse und Ländernotarkasse“.

ne Urkunden, die sie zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht mehr benötigen, gemäß § 51 Absatz 1 in Verwahrung geben.

(4) Die am 31. Dezember 2017 noch nicht abgeschlossenen notariellen Geschäfte der Referate und Abteilungen der staatlichen Notariate, die nicht nach Absatz 3 fortgeführt werden, werden von Notariatsabwicklern abgewickelt. Die näheren Bestimmungen zum Amt des Notariatsabwicklers ergeben sich aus Landesrecht.

(5) Personen, die am 31. Dezember 2017 zum Notar im Landesdienst bestellt waren oder die Voraussetzungen für die Ernennung zum Bezirksnotar erfüllten und sich um eine Bestellung zum Notar nach § 3 Absatz 1 bewerben, stehen Bewerbern gleich, die einen dreijährigen Anwärterdienst als Notarassessor geleistet haben und sich im Anwärterdienst des Landes Baden-Württemberg befinden. § 5 Satz 1 gilt insoweit nicht. § 6 Absatz 3 Satz 1 und 2 gilt mit der Maßgabe, dass auch der berufliche Werdegang der Bewerber zu berücksichtigen ist, vor allem die im Justizdienst des Landes erbrachten Leistungen.

(6) Zugang zum Anwärterdienst im Sinne des § 7 hat auch, wer am 31. Dezember 2017 die Befähigung für die Laufbahn des Bezirksnotars besaß. Die Landesjustizverwaltung kann davon absehen, Personen mit Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz in den Anwärterdienst zu übernehmen, wenn geeignete Bewerber mit Befähigung für die Laufbahn des Bezirksnotars nach Satz 1 zur Verfügung stehen; die Auswahl unter solchen Bewerbern ist nach der persönlichen und fachlichen Eignung unter besonderer Berücksichtigung des Ergebnisses der Laufbahnprüfung vorzunehmen. Wer einen dreijährigen Anwärterdienst geleistet hat und sich im Anwärterdienst des Landes Baden-Württemberg befindet, gilt als befähigt im Sinne des § 5.

(7) Die Aufsichtsbehörden können auch Beamte des Landes Baden-Württemberg, die am 31. Dezember 2017 zum Notar im Landesdienst bestellt waren oder die die Voraussetzungen für die Ernennung zum Bezirksnotar erfüllten, mit der Prüfung und Überwachung der Amtsführung der Notare und des Dienstes der Notarassessoren beauftragen.¹⁸³

183 ÄNDERUNGEN

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 31 lit. a des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat Satz 3 in Abs. 1 aufgehoben. Satz 3 lautete: „Dies gilt auch für ihre Amtstätigkeit als öffentlicher Notar (Artikel 95 des württembergischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch); ihre Zuständigkeit als öffentliche Notare bestimmt sich nach diesem Gesetz.“

Artikel 1 Nr. 31 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) Zu Notaren nach diesem Gesetz können auch Bezirksnotare und Anwärter bestellt werden, die nach den im Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart geltenden Bestimmungen zur Anstellung als Bezirksnotar befähigt sind.“

29.07.2005.—Artikel 1 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 22. Juli 2005 (BGBl. I S. 2188) hat „den Bezirk des Oberlandesgerichts Stuttgart“ durch „das württembergische Rechtsgebiet“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 1 lit. b litt. aa desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 „Notarkammer für den Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart“ durch „für den Bezirk des Oberlandesgerichts Stuttgart gebildeten Notarkammer“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 1 lit. b litt. bb desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 4 „Stuttgart“ nach „Notarkammer“ gestrichen.

21.07.2009.—Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 15. Juli 2009 (BGBl. I S. 1798) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Für das württembergische Rechtsgebiet gelten folgende besondere Vorschriften:

(1) Dieses Gesetz gilt für die Bezirksnotare nicht. Die Vorschriften über ihre Dienstverhältnisse, ihre Zuständigkeit und das von ihnen bei ihrer Amtstätigkeit zu beobachtende Verfahren einschließlich des Rechtsmittelzugs bleiben unberührt.

(2) Die Bezirksnotare sind berechtigt, der für den Bezirk des Oberlandesgerichts Stuttgart gebildeten Notarkammer als Mitglieder ohne Stimmrecht beizutreten. Dem Vorstand der Notarkammer gehört ein Bezirksnotar an, der nicht stimmberechtigt ist. Er nimmt auch an den Vertreterversammlungen der Bundesnotarkammer ohne Stimmrecht teil. Dieser Bezirksnotar und sein Vertreter werden von den Bezirksnotaren aus dem Kreis derjenigen Bezirksnotare gewählt, die der Notarkammer beigetreten sind.

(3) Die Landesjustizverwaltung kann Bezirksnotare und Personen, welche die Voraussetzungen für die Ernennung zum Bezirksnotar erfüllen, zu Notaren nach § 3 Abs. 1 bestellen. Die Auswahl unter den in Satz 1 genannten Personen ist nach der persönlichen und fachlichen Eignung unter besonderer Berücksichtigung des Ergebnisses der Laufbahnprüfung und des beruflichen Werdegangs, vor allem der im Justizdienst des Landes erbrachten Leistungen, vorzunehmen. Die Landesjustizverwaltung kann davon absehen, einen Anwärterdienst nach § 7 für Bewerber mit Befähigung zum Richteramt einzurichten und solche Bewerber zu Notaren nach § 3 Abs. 1 zu bestellen, wenn geeignete Bewerber nach Satz 1 zur Verfügung stehen.“

01.04.2012.—Artikel 15 Nr. 2 des Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515) hat in Abs. 2 Satz 3 „Satz 1“ nach „§ 5“ eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 23. November 2015 (BGBl. I S. 2090) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Für das Land Baden-Württemberg gelten folgende besondere Vorschriften:

(1) Neben Notaren nach § 3 Abs. 1 können Notare im Landesdienst bestellt werden.

(2) Notare im Landesdienst, die sich um eine Bestellung zum Notar nach § 3 Abs. 1 bewerben, stehen Bewerbern gleich, die einen dreijährigen Anwärterdienst als Notarassessor geleistet haben und sich im Anwärterdienst des Landes Baden-Württemberg befinden. Das Gleiche gilt für Personen, welche die Voraussetzungen für die Ernennung zum Bezirksnotar erfüllen. § 5 Satz 1 zweiter Halbsatz gilt insoweit nicht. § 6 Abs. 3 gilt mit der Maßgabe, dass auch der berufliche Werdegang der Bewerber zu berücksichtigen ist, vor allem die im Justizdienst des Landes erbrachten Leistungen.

(3) Dieses Gesetz gilt für die Notare im Landesdienst nicht. Die Vorschriften über ihre Dienstverhältnisse, ihre Zuständigkeit und das von ihnen bei ihrer Amtstätigkeit zu beachtende Verfahren einschließlich des Rechtsmittelzugs bleiben unberührt.

(4) Die Notare im Landesdienst sind berechtigt, einer in Baden-Württemberg gebildeten Notarkammer als Mitglieder ohne Stimmrecht beizutreten. Dem Vorstand einer Notarkammer, der Notare im Landesdienst angehören, gehört für das badische und für das württembergische Rechtsgebiet je ein Notar im Landesdienst an, der nicht stimmberechtigt ist. Er nimmt auch an den Vertreterversammlungen der Bundesnotarkammer ohne Stimmrecht teil. Der Notar im Landesdienst und sein Vertreter werden von den Notaren im Landesdienst nach Rechtsgebieten aus dem Kreis derjenigen Notare im Landesdienst gewählt, die der Notarkammer beigetreten sind.

(5) Zugang zum Anwärterdienst im Sinne des § 7 hat auch, wer die Befähigung für die Laufbahn des Bezirksnotars besitzt. Die Landesjustizverwaltung kann davon absehen, Personen mit Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz in den Anwärterdienst zu übernehmen, wenn geeignete Bewerber mit Befähigung für die Laufbahn des Bezirksnotars nach Satz 1 zur Verfügung stehen; die Auswahl unter solchen Bewerbern ist nach der persönlichen und fachlichen Eignung unter besonderer Berücksichtigung des Ergebnisses der Laufbahnprüfung vorzunehmen. Wer einen dreijährigen Anwärterdienst geleistet hat und sich im Anwärterdienst des Landes Baden-Württemberg befindet, gilt als befähigt im Sinne des § 5.

(6) Für Stellenbesetzungsverfahren im badischen Rechtsgebiet, für die die in der Ausschreibung gesetzte Frist vor dem 21. Juli 2009 abgelaufen ist, gilt § 6b Abs. 3 nicht für Bezirksnotare und für Personen, die die Voraussetzungen für die Ernennung zum Bezirksnotar erfüllen.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Sondervorschriften für das Land Baden-Württemberg“.

184 ÄNDERUNGEN

03.02.1991.—Artikel 1 Nr. 32 des Gesetzes vom 29. Januar 1991 (BGBl. I S. 150) hat in Satz 2 „nach den Vorschriften des badischen Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit bestellten Notare“ durch „Notare im Landesdienst“ ersetzt.

29.07.2005.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2005 (BGBl. I S. 2188) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Dieses Gesetz gilt im Oberlandesgerichtsbezirk Karlsruhe nicht. Die Vorschriften über die Dienstverhältnisse der Notare im Landesdienst, ihre Zuständigkeit und das bei ihrer Amtstätigkeit zu beobachtende Verfahren einschließlich des Rechtsmittelzugs bleiben unberührt. Die Notare können an

§ 116

(1) Anwaltsnotare, die am 31. Dezember 2017 in Baden-Württemberg bestellt sind, bleiben im Amt. Sie können auf Antrag nach Anhörung der Notarkammer an ihrem bisherigen Amtssitz zum Notar im Sinne des § 3 Absatz 1 bestellt werden. § 6 Absatz 1 Satz 2, Absatz 3 Satz 1 und 2 sowie die §§ 6b, 7 und 13 finden keine Anwendung. Mit der Bestellung zum Notar im Sinne des § 3 Absatz 1 gilt die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft als bestandskräftig widerrufen. Die Landesjustizverwaltung hat eine Bestellung nach Satz 4 der Rechtsanwaltskammer mitzuteilen.

(2) In den Ländern Hamburg und Rheinland-Pfalz gilt § 3 Abs. 2 nicht. Soweit am 1. April 1961 dort Rechtsanwälte das Amt des Notars im Nebenberuf ausgeübt haben, behält es dabei sein Bewenden.

(3) In dem in Artikel 1 Abs. 1 des Staatsvertrages zwischen den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen über die Umgliederung der Gemeinden im ehemaligen Amt Neuhaus und anderer Gebiete nach Niedersachsen genannten Gebiet werden ausschließlich Anwaltsnotare bestellt.¹⁸⁵

§ 117

Besteht für mehrere Länder ein gemeinschaftliches Oberlandesgericht, so gilt folgendes:

1. Die Landesjustizverwaltung des Landes, in dem das Oberlandesgericht seinen Sitz nicht hat, kann die nach diesem Gesetz dem Oberlandesgerichtspräsidenten zustehenden Befugnisse auf einen anderen Richter übertragen.

den Vertreterversammlungen der Bundesnotarkammer durch einen von ihnen gewählten Vertreter ohne Stimmrecht teilnehmen.“

AUFHEBUNG

21.07.2009.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 15. Juli 2009 (BGBl. I S. 1798) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Für das badische Rechtsgebiet gelten folgende besondere Vorschriften:

(1) Neben Notaren nach § 3 Abs. 1 können Notare im Landesdienst bestellt werden.

(2) Notare im Landesdienst, die sich um eine Bestellung zum Notar nach § 3 Abs. 1 bewerben, stehen Bewerbern gleich, die einen dreijährigen Anwärterdienst als Notarassessor geleistet haben und sich im Anwärterdienst des Landes Baden-Württemberg befinden. § 6 Abs. 3 gilt mit der Maßgabe, dass auch der berufliche Werdegang der Bewerber zu berücksichtigen ist, vor allem die im Justizdienst des Landes erbrachten Leistungen.

(3) Dieses Gesetz gilt nicht für die Notare im Landesdienst. Die Vorschriften über ihre Dienstverhältnisse, ihre Zuständigkeit und das von ihnen bei ihrer Amtstätigkeit zu beobachtende Verfahren einschließlich des Rechtsmittelzugs bleiben unberührt.

(4) Die Notare im Landesdienst sind berechtigt, der für den Bezirk des Oberlandesgerichts Karlsruhe gebildeten Notarkammer als Mitglieder ohne Stimmrecht beizutreten. § 114 Abs. 2 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.“

185 ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 49 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat Abs. 3 eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 23. November 2015 (BGBl. I S. 2090) und Artikel 9 Nr. 33 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) haben Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) In den Gerichtsbezirken der früher württembergischen und hohenzollerischen Teile des Landes Baden-Württemberg, in denen am 1. April 1961 Rechtsanwälte zur nebenberuflichen Amtsausübung als Notare bestellt werden konnten, können auch weiterhin Anwaltsnotare bestellt werden. § 7 ist insoweit nicht anzuwenden. § 4 gilt entsprechend.“

06.12.2019.—Artikel 12 Nr. 1 des Gesetzes vom 30. November 2019 (BGBl. I S. 1942) hat Satz 4 in Abs. 1 aufgehoben. Satz 4 lautete: „Ein Antrag nach Satz 2 ist bis zum 31. Dezember 2019 bei der Landesjustizverwaltung schriftlich zu stellen.“

Artikel 12 Nr. 2 desselben Gesetzes hat im neuen Abs. 1 Satz 5 „Satz 5“ durch „Satz 4“ ersetzt.

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Sondervorschriften für einzelne Länder“.

2. Die Notare eines jeden Landes bilden eine Notarkammer. § 86 Abs. 1 Satz 2 ist nicht anzuwenden.¹⁸⁶

§ 117a

(1) Im Bereich des Oberlandesgerichtsbezirks Frankfurt am Main können abweichend von § 65 Abs. 1 Satz 1 zwei Notarkammern bestehen.

(2) Die am 8. September 1998 in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bestehenden Notarkammern, deren Sitz sich abweichend von § 65 Abs. 2 nicht am Sitz des Oberlandesgerichts befindet, bleiben bestehen.¹⁸⁷

§ 117b

Abweichend von § 5 kann auch zum Notar bestellt werden, wer ein rechtswissenschaftliches Studium an einer Universität oder Hochschule der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Staatsexamen abgeschlossen und einen zweijährigen Vorbereitungsdienst mit einer Staatsprüfung absolviert hat. Auf den Vorbereitungsdienst mit der Staatsprüfung wird verzichtet, wenn der Bewerber als Notar in einem Staatlichen Notariat tätig war oder zehn Jahre als Jurist gearbeitet hat und notarspezifische Kenntnisse nachweist.¹⁸⁸

§ 118¹⁸⁹

186 ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Gemeinschaftliches Oberlandesgericht für mehrere Länder“.

187 QUELLE

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 50 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Notarkammern im Oberlandesgerichtsbezirk Frankfurt am Main und in den neuen Bundesländern“.

188 QUELLE

25.04.2006.—Artikel 39 Nr. 2 des Gesetzes vom 19. April 2006 (BGBl. I S. 866) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 34 lit. a litt. bb des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat in Abs. 1 Satz 1 „ein deutscher Staatsangehöriger zum Notar bestellt werden, der“ durch „zum Notar bestellt werden, wer“ ersetzt.

Artikel 9 Nr. 34 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 aufgehoben. Abs. 2 lautete:

„(2) Abweichend von § 47 Nr. 1 können in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bestellte Notare, die am 8. September 1998 das 58. Lebensjahr vollendet haben, bis zum Ablauf des 7. September 2010 im Amt bleiben.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 19 Satz 3 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Überschrift eingefügt. Die Überschrift wird lauten: „Sondervorschriften für Notarassessoren und Notare aus den neuen Bundesländern“.

189 ÄNDERUNGEN

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 22 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Für das von den Notaren bei ihren Amtshandlungen zu beobachtende Verfahren bleiben, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, die bisherigen Rechtsvorschriften unberührt.“

AUFHEBUNG

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 35 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die vor dem 1. September 2009 eingeleiteten Verwaltungsverfahren in Notarsachen werden in der Lage, in der sie sich an diesem Tag befinden, nach diesem Gesetz in der ab diesem Tag geltenden

§ 119¹⁹⁰

Fassung fortgeführt, soweit nichts anderes bestimmt ist. Maßnahmen, die auf Grund des bis zum 31. August 2009 geltenden Rechts getroffen worden sind, bleiben rechtswirksam. Auf vor dem 1. September 2009 eingeleitete Verwaltungsverfahren in Notarsachen sind die bis zu diesem Tag geltenden kostenrechtlichen Regelungen weiter anzuwenden.

(2) Die Zulässigkeit von Rechtsbehelfen gegen Entscheidungen, die vor dem 1. September 2009 ergangen sind, bestimmt sich ebenso wie das weitere Verfahren nach dem bis zu diesem Tag geltenden Recht.

(3) Die vor dem 1. September 2009 anhängigen gerichtlichen Verfahren in verwaltungsrechtlichen Notarsachen werden nach den bis zu diesem Tag geltenden Bestimmungen einschließlich der kostenrechtlichen Regelungen fortgeführt.“

QUELLE

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 18 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift eingefügt. Die Vorschrift wird lauten:

„§ 118 Übergangsvorschrift für Akten, Bücher und Verzeichnisse

(1) Für die Bücher des Notars der Jahrgänge bis einschließlich 2021 gelten die die Akten und Verzeichnisse betreffenden Regelungen der §§ 45, 51a, 55 Absatz 1 und 2, des § 58 Absatz 1 und 3 Satz 3, der §§ 63, 74, 93 Absatz 2 Satz 2, Absatz 3 Satz 3 und Absatz 4 Satz 1 und 2 sowie des § 113 Absatz 17 und 18 entsprechend.

(2) Für Akten, Bücher und Verzeichnisse, die das Amtsgericht bereits vor dem 1. Januar 2022 in Verwahrung genommen hat, sind die §§ 45, 51 Absatz 1 Satz 2 und 3 und Absatz 3, § 55 Absatz 1 und § 58 Absatz 1 in ihrer am 31. Dezember 2021 geltenden Fassung weiter anzuwenden.

(3) Die Aufbewahrungsfristen für die von dem Amtsgericht oder der Notarkammer verwahrten Akten, Bücher und Verzeichnisse richten sich nach den für den Notar geltenden Vorschriften.“

190 AUFHEBUNG

08.09.1998.—Artikel 1 Nr. 51 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2585) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Beschränkungen für den Zugang zum Notariat, die sich aus landesrechtlichen Vorschriften über den Abschluß der politischen Befreiung ergeben, bleiben unberührt.“

QUELLE

20.07.2006.—Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 15. Juli 2006 (BGBl. I S. 1531) hat die Vorschrift eingefügt.

AUFHEBUNG

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 23 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„Die Organe der Kasse (§ 113) sind innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Sechsten Gesetzes zur Änderung der Bundesnotarordnung vom 15. Juli 2006 (BGBl. I S. 1531) zu wählen. Bis dahin amtieren die bisherigen Organe weiter.“

QUELLE

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 18 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift eingefügt. Die Vorschrift wird lauten:

„§ 119 Übergangsvorschrift für bereits verwahrte Urkundensammlungen

(1) Das Amtsgericht kann von ihm verwahrte Schriftstücke aus den Urkundensammlungen der Notare einschließlich der Vermerksblätter in die elektronische Form übertragen. Die elektronischen Dokumente sind in elektronischen Urkundensammlungen zu verwahren. Für jede elektronische Urkundensammlung ist ein Urkundenverzeichnis anzulegen. § 55 Absatz 2 des Beurkundungsgesetzes gilt entsprechend. Die in den Urkundensammlungen verwahrten Erbverträge sind zuvor zu gesonderten Sammlungen zu nehmen und in den Urkundensammlungen durch beglaubigte Abschriften zu ersetzen. Für die Übertragung der Papierdokumente in die elektronische Form und die Einstellung der elektronischen Dokumente in die elektronischen Urkundensammlungen gilt § 56 Absatz 1 und 2 des Beurkundungsgesetzes entsprechend; anstelle des Notars handelt der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle. Für die rechtliche Stellung der elektronischen Dokumente gilt § 56 Absatz 3 des Beurkundungsgesetzes entsprechend. In das Urkundenverzeichnis werden aus der Urkundenrolle mindestens die Angaben

§ 120

Für Besetzungsverfahren, die bei Inkrafttreten des Artikels 1 Nr. 1 des Gesetzes zur Änderung der Bundesnotarordnung (Neuregelung des Zugangs zum Anwaltsnotariat) vom 2. April 2009 (BGBl. I S. 696) nicht abgeschlossen sind, gilt § 6 der Bundesnotarordnung in der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung.¹⁹¹

zum Namen und Amtssitz des Notars, zum Jahrgang der Urkundenrolle und zu der laufenden Nummer aufgenommen, unter der das Amtsgeschäft in der Urkundenrolle eingetragen ist.

(2) An den jeweiligen elektronischen Dokumenten setzen sich die bis zur Übertragung geltenden Aufbewahrungsfristen fort. Die Aufbewahrungsfristen für die übertragenen Dokumente richten sich ab der Übertragung nach den ab dem 1. Januar 2022 für den Notar geltenden Vorschriften. Die Aufbewahrungsfristen für die übertragenen Dokumente beginnen mit dem ersten Tag des auf die Einstellung der elektronischen Dokumente in das Elektronische Urkundenarchiv folgenden Kalenderjahres neu und enden spätestens mit dem Ablauf der Aufbewahrungsfrist für die jeweiligen elektronischen Dokumente. Für die Urkundenverzeichnisse gelten die Aufbewahrungsfristen für die Urkundenrollen entsprechend.

(3) Der Notar kann Schriftstücke aus von ihm verwahrten Urkundensammlungen der Jahrgänge bis einschließlich 2021 einschließlich der Vermerkblätter in die elektronische Form übertragen sowie auch ohne eine solche Übertragung Urkundenverzeichnisse anlegen. Absatz 1 Satz 2 bis 8 und Absatz 2 gelten entsprechend.

(4) Die Notarkammer kann Schriftstücke aus von ihr verwahrten Urkundensammlungen der Jahrgänge bis einschließlich 2021 einschließlich der Vermerkblätter in die elektronische Form übertragen sowie auch ohne eine solche Übertragung Urkundenverzeichnisse anlegen. Absatz 1 Satz 2 bis 8, Absatz 2 und § 70 Absatz 1 Satz 2 gelten entsprechend.“

191 QUELLE

09.04.2009.—Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 2. April 2009 (BGBl. I S. 696) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

28.12.2010.—Artikel 6 Nr. 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2248) hat Abs. 3 eingefügt.

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 36 lit. b des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat Abs. 2 und 3 aufgehoben. Abs. 2 und 3 lauteten:

„(2) Eine Zulassung zur notariellen Fachprüfung ist erst vom 1. Februar 2010 an möglich.

(3) Die Notarkammern werden ermächtigt, die Ausbildungsordnung gemäß § 6 Absatz 2 Satz 4 in der Fassung von Artikel 1 Nummer 1 des Gesetzes vom 2. April 2009 (BGBl. I S. 696) bereits vor dem 1. Mai 2011 zu erlassen. Bewerber können die Praxisausbildung gemäß § 6 Absatz 2 Satz 2 bis 4 in der Fassung des in Satz 1 genannten Gesetzes auf der Grundlage der von der Notarkammer erlassenen und von der Landesjustizverwaltung genehmigten Ausbildungsordnung bereits vor dem 1. Mai 2011 durchlaufen.“

01.01.2022.—Artikel 1 Nr. 18 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1396) hat die Vorschrift neu gefasst. Die neue Fassung lautet:

„§ 120 Übergangsvorschrift für die Übernahme durch ein öffentliches Archiv

(1) Zum Ablauf der jeweiligen Aufbewahrungsfristen sind die Urkundenrolle, das Namensverzeichnis zur Urkundenrolle und die in der Urkundensammlung verwahrten Schriftstücke der Jahrgänge bis einschließlich 2021 dem zuständigen öffentlichen Archiv nach den jeweiligen archivrechtlichen Vorschriften zur Übernahme anzubieten.

(2) Werden Urkundensammlungen der Jahrgänge bis einschließlich 2021, deren Aufbewahrungsfristen noch nicht abgelaufen sind, bereits vom zuständigen öffentlichen Archiv verwahrt, so werden Ausfertigungen, vollstreckbare Ausfertigungen und Abschriften vom Notar erteilt, wenn es sich um Urkunden eines noch in seinem Amt befindlichen Notars oder um Urkunden handelt, die auf Grund des § 51 Absatz 1 Satz 2 einem anderen Notar zur Verwahrung übergeben worden waren. In sonstigen Fällen werden sie von dem Amtsgericht erteilt, in dessen Bezirk der Notar seinen Sitz hatte. § 45 Absatz 4 und 5 Satz 1 dieses Gesetzes sowie § 797 Absatz 3 der Zivilprozessordnung gelten entsprechend. Für die Erteilung von Ausfertigungen und Abschriften durch das Amtsgericht gelten die Vorschriften über

§ 121¹⁹²

Anlage

(zu § 11f Satz 1)

[BGBl. I 2009 S. 2465]¹⁹³

die Erteilung von Ausfertigungen oder Abschriften gerichtlicher Urkunden. Abweichend von § 45 Absatz 5 stehen die Kosten in diesem Fall der Staatskasse zu.“

192 QUELLE

01.01.2010.—Artikel 1 Nr. 8 des Gesetzes vom 17. Juni 2009 (BGBl. I S. 1282) hat die Vorschrift eingefügt.

AUFHEBUNG

18.05.2017.—Artikel 9 Nr. 37 des Gesetzes vom 12. Mai 2017 (BGBl. I S. 1121) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die vor dem 1. Januar 2010 eingeleiteten Disziplinarverfahren werden in der Lage, in der sie sich an diesem Tag befinden, nach diesem Gesetz in der ab diesem Tag geltenden Fassung fortgeführt, soweit nichts anderes bestimmt ist. Maßnahmen, die aufgrund des bis zum 31. Dezember 2009 geltenden Rechts getroffen worden sind, bleiben rechtswirksam. Die Fortführung eines Disziplinarverfahrens nach Satz 1 steht der Einleitung eines Disziplinarverfahrens im Sinne des § 95a Absatz 1 Satz 2 gleich.

(2) Die vor dem 1. Januar 2010 eingeleiteten förmlichen Disziplinarverfahren werden nach dem bis zum 31. Dezember 2009 geltenden Recht fortgeführt. In diesen Verfahren ist für die Einleitung und Durchführung des gerichtlichen Verfahrens ebenfalls das bis zum 31. Dezember 2009 geltende Recht anzuwenden.

(3) Die vor dem 1. Januar 2010 anhängigen gerichtlichen Disziplinarverfahren oder gerichtlichen Verfahren gemäß § 75 Absatz 5 werden nach dem bis zum 31. Dezember 2009 geltenden Recht fortgeführt.

(4) Die Zulässigkeit von Rechtsbehelfen gegen Entscheidungen in Disziplinarverfahren, die vor dem 1. Januar 2010 ergangen sind, bestimmt sich nach dem bis zum 31. Dezember 2009 geltenden Recht. Im weiteren Verfahren gelten ebenfalls die Bestimmungen des bis zu diesem Tag geltenden Rechts.

(5) Die bis zum 31. Dezember 2009 in einem Disziplinarverfahren ergangenen Entscheidungen sind nach dem bis zu diesem Tag geltenden Recht zu vollstrecken, wenn sie unanfechtbar geworden sind.“

193 QUELLE

01.09.2009.—Artikel 3 Nr. 24 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat die Anlage eingefügt.